

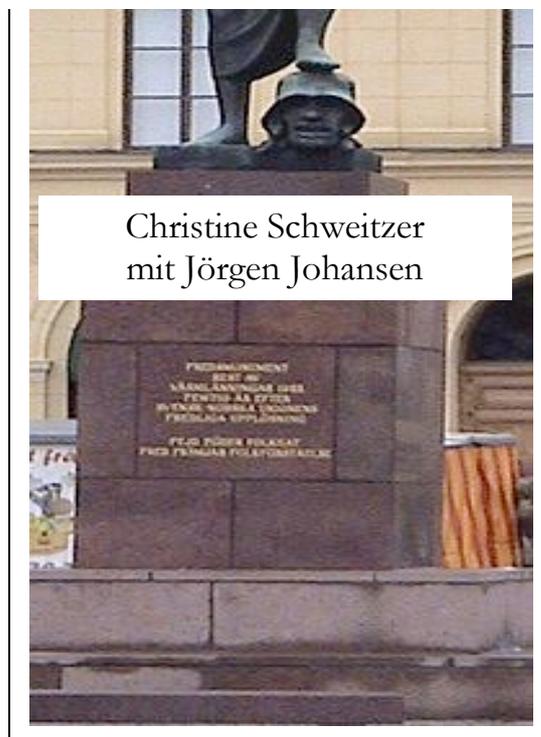
Institut für
Friedensarbeit
und Gewaltfreie
Konfliktaustragung



INSTITUTE FOR PEACE WORK AND NONVIOLENT CONFLICT TRANSFORMATION



Kriege verhindern oder stoppen Der Beitrag von Friedensbewegungen



Christine Schweitzer
mit Jörgen Johansen

Juli 2014

IFGK Arbeitspapier Nr. 26
ISSN 1439-4006
IFGK, Hauptstr. 35, D-55491 Wahlenau
Internet: www.ifgk.de
Unverbindliche Preisempfehlung: 4 €

Institut für Friedensarbeit und Gewaltfreie Konfliktaustragung (IFGK)

Das IFGK ist ein gemeinnütziger Verein, gebildet von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, die in verschiedenen Orten Deutschlands ansässig sind. Einige von uns betreiben Wissenschaft als Lebensunterhalt, andere zusätzlich zu ihrem Beruf. Allen gemeinsam ist, dass wir ein Katalysator sein wollen für Lernen, Verstehen und Handeln in Gewaltfreiheit. Wir sehen uns als Teil der weltweiten Bewegung für soziale Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Lebensgrundlagen.

Arbeitsfelder

- Grundlagen- und Aktionsforschung zu Bedingungen, Verlaufsformen und Wirkungen gewaltfreien Handelns und die Diskussion der Ergebnisse mit Praktikerrinnen und Praktikern
- Erstellung von Dokumentationen und Durchführung von Evaluationen
- Durchführung von Studientagen, auf denen Forschungsarbeiten in jedem Stadium der Bearbeitung von der Idee bis zur Fertigstellung vorgestellt und diskutiert werden
- Nachwuchsförderung durch Betreuung von Studien- und Abschlussarbeiten
- Lehr- und Bildungstätigkeit zum Thema "Gewaltfreie Konfliktaustragung"
- Publikation von Arbeitspapieren und Studien.

Die vorliegende Publikation ist urheberrechtlich geschützt.

Alle Rechte sind vorbehalten.

Verantwortlich für den Inhalt sind die AutorInnen.

Foto: Eine Statue in Karlstad, wo 1905 das Abkommen zwischen Schweden und Norwegen verhandelt wurde. Sie erinnert an die Rolle der Frauen bei der Kriegsverhinderung.

Fotograf: Jan Ainali, Quelle: http://commons.wikimedia.org/wiki/File:Unionsuppl%C3%B6sningen_staty.JPG
Permission is granted to copy, distribute and/or modify this document under the terms of the **GNU Free Documentation License**, Version 1.2 or any later version published by the Free Software Foundation; with no Invariant Sections, no Front-Cover Texts, and no Back-Cover Texts. A copy of the license is included in the section entitled *GNU Free Documentation License*.

Druck: IFGK

Abstract

This paper discusses on the basis of seven examples of peace movements of the last 110 years which impact movements may have had on the prevention or the ending of wars their own governments were engaging in. These examples are:

- Norway- – Sweden 1905
- The movement against the Vietnam war in the 1960s and early 1970s
- The movement against the support of the Contras in Nicaragua in the 1980s
- The peace movement of the 1980s against nuclear weapons
- The case of the Women in White in Liberia 2002-2003
- The movement against the Iraq war in 1991
- The movement against the Iraq war in 2003.

The main finding of the comparison is that to prevent or stop wars is probably the most difficult objective a social movement may set itself. With the exception of the early Scandinavian case which was a case of successful war prevention, some of the movements against wars impacted both the conduct of the conflict and its eventual end but none of them could be attributed with stopping it alone.

However, there was also clear evidence that the respective movements had a long-term influence on public opinion and helped to raise public awareness on issues of wars and so-called “humanitarian interventions” which had an influence on later crises and how governments dealt with them in regard to engaging or not engaging in war.

Zusammenfassung

Dieses Papier diskutiert auf der Basis von Beispielen von sieben Friedensbewegungen der letzten 110 Jahre, welchen Einfluss Bewegungen auf die Verhinderung oder die Beendigung von Kriegen gehabt haben, in die ihre eigene Regierung verwickelt war. Diese Beispiele sind:

- Norwegen- – Schweden 1905
- die Anti-Vietnamkrieg-Bewegung in den 1960er und frühen 1970er Jahren
- die Bewegung gegen die Unterstützung der Contras in Nicaragua in den 1980er Jahren
- die Friedensbewegung gegen atomare Aufrüstung der 1980er Jahre
- der Fall der Frauen in Weiß in Liberia 2002-2003
- die Bewegung gegen den Irakkrieg 1991
- die Bewegung gegen den Irakkrieg 2003.

Das Hauptergebnis des Vergleichs ist, dass einen Krieg zu verhindern oder zu stoppen wahrscheinlich die schwierigste Aufgabe ist, die sich eine soziale Bewegung setzen kann. Mit der Ausnahme des frühen skandinavischen Falls, der ein Fall einer erfolgreichen Verhinderung von Krieg ist, beeinflussten einige der Bewegungen sowohl den Verlauf wie das eventuelle Ende des Konfliktes, aber keiner von ihnen kann zugeschrieben werden, dass sie die allein Ausschlaggebenden waren. Abgesehen davon konnte eine langfristige Wirkung der Bewegungen auf die öffentliche Meinung und auf verstärktes Bewusstsein der breiten Öffentlichkeit im Hinblick auf Fragen von Krieg und Frieden und „humanitäre Interventionen“ festgestellt werden, was das Verhalten von Regierungen in späteren Krisen beeinflusste.

Inhalt

1. Einleitung	7
1.1 Die Fragestellung	7
1.2 Lehren aus der Bewegungsforschung	8
1.3 Lehren aus der Wirkungsforschung zu Ziviler Konfliktbearbeitung.....	10
1.4 Lehren aus neuen Forschungen über gewaltfreie Aufstände und zivilen Widerstand.....	10
1.5 Methodik	11
1.6 Auswahl der Fallbeispiele.....	11
1.7 Wirkungsfaktoren.....	12
2. Friedensbewegungen	15
2.1 Norwegen – Schweden 1905	15
2.1.1 Historischer Zusammenhang und Überblick	15
2.1.2 Die Antikriegsbewegung: Entstehung und Verlauf.....	18
2.1.3 Mitwirkende	18
2.1.4 Positionen und Forderungen	21
2.1.5 Strategien und Aktionsformen.....	22
2.1.6 Repression.....	25
2.1.7 Wirkungen.....	25
2.2 Der Vietnamkrieg und die Anti-Vietnamkrieg-Bewegung	27
2.2.1 Historischer Zusammenhang und Überblick	27
2.2.2 Die Antikriegsbewegung: Entstehung und Verlauf.....	28
2.2.3 Mitwirkende	30
2.2.4 Positionen und Forderungen	32
2.2.5 Strategien und Aktionsformen.....	32
2.2.6 Repression.....	33
2.2.7 Wirkungen.....	33
2.3 Die Anti-Contra-Krieg-Bewegung der 1980er Jahre	37
2.3.1 Historischer Zusammenhang und Überblick	37
2.3.2 Die Antikriegsbewegung: Entstehung und Verlauf.....	38
2.3.3 Mitwirkende	38
2.3.4 Positionen.....	38
2.3.5 Strategien und Aktionsformen.....	39
2.3.6 Repression.....	40
2.3.7 Wirkungen.....	41
2.4 Die deutsche Friedensbewegung der 1980er Jahre	42
2.4.1 Historischer Zusammenhang und Überblick	42
2.4.2 Die Antikriegsbewegung: Entstehung und Verlauf.....	42
2.4.3 Mitwirkende	44
2.4.4 Positionen.....	45
2.4.5 Strategien und Aktionsformen.....	45
2.4.6 Repression.....	46
2.4.7 Wirkungen.....	46

2.5 Die Frauen in Weiß in Liberia	49
2.5.1 Historischer Zusammenhang und Überblick	49
2.5.2 Die Antikriegsbewegung: Entstehung und Verlauf.....	49
2.5.3 Mitwirkende	51
2.5.4 Positionen.....	51
2.5.5 Strategien und Methoden.....	52
2.5.6 Repression.....	52
2.5.7 Wirkungen.....	52
2.6 Der Irak-Krieg 1990-1991	52
2.6.1 Historischer Zusammenhang und Überblick	52
2.6.2 Die Antikriegsbewegung: Entstehung und Verlauf.....	53
2.6.3 Mitwirkende	54
2.6.4 Positionen.....	54
2.6.5 Strategien und Aktionsformen.....	55
2.6.6 Repression.....	55
2.6.7 Wirkungen.....	55
2.7 Der Irak-Krieg 2003	56
2.7.1 Historischer Zusammenhang und Überblick	56
2.7.2 Die Antikriegsbewegung: Entstehung und Verlauf.....	57
2.7.3 Mitwirkende	57
2.7.4 Positionen.....	58
2.7.5 Strategien und Aktionsformen.....	58
2.7.6 Repression.....	58
2.7.7 Wirkungen.....	58
2.8 Weitere Fallbeispiele.....	59
2.8.1 Weitere Beispiele aus der Literatur.....	59
2.8.2 Die Kriege im ehemaligen Jugoslawien.....	60
2.8.3 Der Afghanistankrieg	61
2.8.4 Westliche Militärintervention in Syrien	61
3. Schlussfolgerungen	64
3.1 Wirkungen.....	64
3.2 Faktoren, die zu Erfolg oder Misserfolg beitrugen	65
3.2.1 Zum Krieg.....	66
3.2.2 Zur Bewegung.....	66
3.2.3. Kontext.....	69
3.3 Fazit.....	70
Literatur.....	72
Danksagung.....	81
Zu den AutorInnen.....	81

1. Einleitung

Dieses Arbeitspapier beschreibt die Resultate eines Kleinprojektes, das die Autorin im Rahmen des IFGK durchgeführt hat. Es ist das Ergebnis einer vom Umfang her begrenzten Untersuchung, die in erster Linie anhand von Sekundärliteratur über die gewählten Bewegungen angestellt wurde. Ein ehrgeizigeres Vorhaben, verschiedene Bewegungen durchgängig anhand von Originalquellen zu vergleichen, scheiterte daran, dass es nicht gelang, Geldgeber zur Finanzierung eines größeren Forschungsprojektes zu gewinnen.¹ Es ist aber geplant, die Studie, angereichert um einen ausführlicheren theoretischen und einen auswertenden Teil und ggf. zusätzliche Fallbeispiele, 2015 als Buch (in englischer Sprache) herauszugeben, in Co-Autorenschaft mit Jörgen Johansen, der zu diesem Papier hier schon einen Abschnitt über eine Antikriegsbewegung in Schweden und Norwegen 1905 beigesteuert hat.

Im folgenden Abschnitt wird zunächst die Fragestellung beschrieben. Anschließend skizziere ich, welche Informationen und methodischen Ansätze aus der Bewegungsforschung, der Erforschung von Wirkungen der (internationalen) Zivilen Konfliktbearbeitung und der Untersuchung gewaltfreier Aufstände herangezogen werden können, die bei der Bearbeitung der Fragestellung von Nutzen sein können. Die Einleitung endet mit einem Abschnitt über die Methodik der Kurzstudie.

Das folgende Kapitel befasst sich dann mit sieben Beispielen von Friedensbewegungen zwischen den 1960er Jahren und 2003. Die Studie endet mit einem Kapitel, das die wesentlichen Befunde zusammenfasst und ein Fazit zieht.

1.1 Die Fragestellung

"*Wir haben noch nie einen Krieg verhindert!*" betitelte das Neue Deutschland am 13. Februar 2013 ein Interview mit zwei bekannten Persönlichkeiten der deutschen Friedensbewegung, Peter Strutynski und Reiner Braun.² Dieses Arbeitspapier will der Frage nachgehen, ob dies in der Tat so ist bzw. welche Rolle Friedensbewegungen in Bezug auf die Verhinderung oder die Beendigung von Kriegen spielten. Dabei geht es ausschließlich um solche Kriege, die entweder im eigenen Land stattfanden oder die das eigene Land anderenorts führte. Es geht also nicht um „Peace -Making“ oder „Peace -Enforcement“ in der Sprache der Vereinten Nationen, wo eine dritte Partei dabei behilflich ist, einen bewaffneten Konflikt beizulegen oder dessen Beilegung erzwingt³, sondern um Fälle, wo Bürgerinnen und Bürger sich gegen das auf die Austragung eines Konfliktes mit Waffengewalt ausgerichtete Handeln ihrer eigenen Regierung stellten.

Lassen sich Fälle ausmachen, wo bewaffnete Konflikte von BürgerInnen beendet wurden? Gibt es Beispiele, wo man begründet vermuten kann, dass es ohne das Eingreifen einer Friedensbewegung zu einem Krieg gekommen bzw. ein schon vorhandener bewaffneter Konflikt wesentlich ausgedehnt worden wäre? Oder, bescheidener, welchen Einfluss hatte eine Friedensbewegung auf die Verhinderung, den Beginn, die Fortsetzung oder die Beendigung von Krieg?

Diese Studie vergleicht sieben Friedensbewegungen, bei denen es um diese Anliegen ging, nicht um die Ächtung bestimmter Waffentypen oder der Stärkung völkerrechtlicher Regelun-

¹ Mit der Ausnahme einer privaten Spende von Detlev Müller.

² <http://www.koop-frieden.de/> [1.4.2013]

³ Siehe Boutros Boutros-Ghali (2002)

gen.⁴ Dabei ging ich ursprünglich intuitiv davon aus, dass ich einige Fälle gewählt hätte, die „Erfolgsgeschichten“ waren und ein paar andere, die es eindeutig nicht waren. Doch im Laufe der Untersuchung stellte sich heraus, dass beide Vorannahmen so nicht stimmten – die scheinbar eindeutigen „Erfolge“ waren vielschichtig und weniger eindeutig als vermutet, während die „Niederlagen“ und die scheinbar „erfolglosen“ Bewegungen doch Wirkungen zeitigten, wenngleich manchmal verzögert oder indirekt.

1.2 Lehren aus der Bewegungsforschung

Die Frage der Wirkung von sozialen Bewegungen ist eine, die in der Bewegungsforschung nicht so häufig gestellt wird, wie man annehmen möchte. Noch 1999 stellte Guigni fest: „*The study of the consequences of social movements is one of the most neglected topics in the literature*“ (Giugni 1999:xiv-xv). Oftmals sind Untersuchungen sozialer Bewegungen deskriptiv und/oder interessieren sich mehr für die einzelnen Akteure, deren Verflechtungen, Motivationen oder die biographischen Auswirkungen der Mitwirkung in einer Bewegung. Es konnte für diese Studie keine Vollständigkeit beanspruchende Sichtung der Literatur zu neuen sozialen Bewegungen erfolgen, aber die Probleme bei der Erfassung von Wirkungen sind überdeutlich.

Zum einen: Was ist eigentlich „Erfolg“ und woran misst man ihn? Sind die explizit gemachten Ziele, wie die Akteure sie formulieren, der Gradmesser? Was wären alternative Kriterien und deren Indikatoren? Wie geht man damit um, wenn es in einer Bewegung keine Einigkeit über die Ziele gibt (siehe Giugni 1999)? Gamson bezeichnet Erfolg als eine „*elusive idea*“ (S. 350). Er schlägt vor:

„*It is useful to think of success as a set of outcomes, recognizing that a given challenging group may receive different scores on equally valid, different measures of outcome. These outcomes fall into two basic clusters: one concerned with the fate of the challenging group as an organization and one with the distribution of new advantages to the group's beneficiary. The central issue in the first cluster focuses on the acceptance of a challenging group by its antagonists as a valid spokesman for a legitimate set of interests. The central issue in the second cluster focuses on whether the group's beneficiary gains new advantages during the challenge and its aftermath.*“ (Gamson 2003:350)

Diese Unterscheidung ist, wie die untersuchten Fälle zeigten, durchaus von Relevanz auch für Friedensbewegungen, wenngleich Gamson wohl eher an andere Bewegungen gedacht hat. Sie übersetzt sich für Friedensbewegungen in die Divergenz zwischen Akzeptanz der Bewegung und das Teilen von deren Anliegen durch eine (relative oder absolute) Mehrheit der Bevölkerung einerseits, und das unmittelbare und kurzfristige Erreichen des jeweiligen Ziels (z. B. Beendigung eines Krieges und Vermeidung von (mehr) Kriegsopfern und Zerstörung) andererseits.

Zum zweiten sind Wirkungen in komplexen sozialen Prozessen schwer zu erfassen – zwar sind Veränderungen und Wandel unzweifelhaft auszumachen, aber ihre Gründe und Ursachen sind i. d. R. vielfältiger Natur, und es ist selten möglich, einem bestimmten Faktor eine bestimmte Wirkung ohne Zweifel zuzuschreiben. Und wenn Wirkungen festgestellt werden: Sind sie eigentlich auf Variablen zurückzuführen, die von den Bewegungen kontrolliert werden, oder sind es eher externe, aus dem Umfeld bzw. Kontext stammende Ursachen (s. Rucht 2007:33 und Giugni 1999)? Viele AutorInnen sehen die Fähigkeit zu direkten Wirkungen von

⁴ Zum Beispiel Bewegungen, die sich um Streumunition, Landminen, Atomwaffen oder neuerdings Drohnen drehen, oder die einforderten, dass das Recht auf Kriegsdienstverweigerung internationale Anerkennung finde. Einige von ihnen waren unzweifelhaft erfolgreich (Landminen, Streumunition, z.B. s. Küchenmeister 2010).

Friedensbewegungen in Bezug auf ihr Ziel als begrenzt an:

„Peace movements can bring states to the arms negotiating table, get them to sit down and talk, but cannot make them agree. States are still able to reserve the right, still have the power, to make treaties (nor not) with their adversaries. But ... the simple act of sitting down to the table puts pressure on formal democracies to reach an agreement.“ (Breyman 2001: 274)

Könnte man dann nicht einfach die Handelnden – im vorliegenden Fall die PolitikerInnen, die über Krieg und Frieden entschieden – fragen, welchen Einfluss die Friedensbewegung auf ihre Entscheidungen ausübte? Theoretisch ja, aber Regierende geben i. d. R. ungern zu, dass sie beeinflusst wurden, schon gar nicht öffentlich. Und selbst wenn, so wäre es natürlich immer noch eine rein subjektive Äußerung und kein „Beweis“, denn auch Handelnde selbst sind sich nicht immer all der Faktoren bewusst, die sie zu einer Aktion oder deren Unterlassung veranlassen. Und wie sieht es mit AktivistInnen aus den Friedensbewegungen aus? Überraschenderweise tendieren soziale Bewegungen oftmals dazu, ihre eigene Wirkung und ihre eigenen Erfolge zu unterschätzen oder gar nicht zu erkennen (vergl. Moyer 1987). Das Ganze wird dadurch noch schwieriger gemacht, dass manchmal der angestrebte Wandel zu einem Zeitpunkt eintritt, wo Bewegungsaktivitäten schon stark zurückgegangen sind oder die Bewegung gar nicht mehr existiert (Raschke 1988:388).

Zum dritten müssen direkte und indirekte sowie intendierte und nicht intendierte Wirkungen unterschieden werden. Indirekte Wirkungen sind solche, die weiterer Vermittlung benötigen, u. a. durch andere politische Akteure und Nachfolgebewegungen (Raschke 1988:385). Das heißt, sie erreichen ihr Ziel nicht unmittelbar während der Hochzeit ihrer Aktivitäten, aber das angestrebte Ziel tritt schließlich ein, weil es von anderen Akteuren weiterverfolgt wird. Die Unterscheidung zwischen intendierten und nicht intendierten Wirkungen ist eine, die der Evaluationsforschung sehr vertraut ist. Auf das hier behandelte Thema übertragen könnte eine nicht intendierte Wirkung z. B. sein, dass ein Friedensabkommen verzögert wird, weil die eine Konfliktsseite davon ausgeht, dass die Bewegung, die auf der anderen Seite gegen den Krieg mobilisiert, erreichen wird, dass jene auf jeden Fall für eine Beendigung des Krieges sorgen wird. (Im Falle des Vietnamkrieges gibt es Indizien für eine solche Situation, s. Abschnitt 2.2.)

Vereinzelt haben BewegungsforscherInnen verschiedene Variablen identifiziert, die gegeben sein müssen, wenn Bewegungen erfolgreich sein sollen. So kam Stephen Zunes bezüglich des Golfkriegs 1991 und unter Bezug auf die Arbeiten des Soziologen Todd Gitlin zu folgenden drei Kriterien:

1. Eliten sind gespalten.
2. Menschen müssen das Gefühl haben, dass es eine überzeugende Alternative gibt.
3. Menschen müssen den Eindruck haben, dass der Krieg schlecht läuft (Zunes 2011:360f).

Eine weitere Frage ist die nach der Rolle, die Gewaltanwendung in einer Bewegung spielt. Hier gibt es zwei gegensätzliche Thesen: Gewöhnlich wird angenommen, dass Gewalt der Erreichung der Bewegungsziele eher schade. Auf der anderen Seite wird unter Berufung auf eine Studie von Gamson (1990) auch die gegensätzliche These vertreten, nämlich dass „*disruptive tactics*“, worunter er in erster Linie Gewalt versteht, erfolgreicher seien als moderate Aktionen. Raschke nimmt an, dass die Frage, ob Gewalt oder Gewaltlosigkeit erfolversprechender seien, wesentlich damit zusammenhänge, welche Gewaltanwendung in der öffentlichen Meinung als legitim anerkannt wird (Raschke 1988:393; siehe auch Giugni 1999:xv ff).

Schock (2005:157) spricht den (mit dem letzten Punkt verwandten) Aspekt von Effekten eines „radikalen Flügels“ („*radical flank effects*“) an. Dabei geht es darum, dass manchmal Bewegungen, in denen es moderate und radikale Flügel gibt, von ihrem radikalen Flügel insofern profitieren, als dass die Forderungen der „Moderaten“ dann leichter annehmbar erscheinen. In anderen Fällen können Bewegungen durch Extremismus (aber) auch diskreditiert werden, weil

deren Positionen oder/und zerstörerische Aktivitäten für die Bevölkerungsmehrheit nicht akzeptabel sind.

1.3 Lehren aus der Wirkungsforschung zu Ziviler Konfliktbearbeitung

In den letzten zehn Jahren ist eine Reihe von Studien veröffentlicht worden, die sich mit Wirkungen von Ziviler Konfliktbearbeitung (ZKB) und der Rolle von Zivilgesellschaft bei der Konfliktbearbeitung befassen. Ohne auf einzelne Debatten – nicht alle Befunde sind völlig unumstritten – eingehen zu können, sollen hier ein paar zentrale Lehren dargestellt werden:

1. Eine der Funktionen, die einheimische Zivilgesellschaft erfolgversprechend in der Konfliktbearbeitung wahrnimmt, ist die Ermöglichung und Vermittlung von Dialog auf der lokalen und nationalen Ebene zwischen den verschiedensten Akteuren (Paffenholz 2010).
2. Was Vermittlung als externe Partei angeht, so gibt es eine kleine Handvoll internationaler NROs, die hier mit ‚guten Diensten‘ und in Ausnahmefällen auch als Mediatoren direkt tätig sind; für die große Masse der international Aktiven ist der Zugang zu der obersten politischen Ebene aber eher verbaut (s. Schweitzer 2010:125ff und die dort diskutierte Literatur).
3. Zivilgesellschaft ist nicht ‚allmächtig‘ – am wirkungsvollsten sind Bemühungen der Konfliktbearbeitung, wenn sie Hand in Hand mit anderen Akteuren geschehen, darunter vor allem auch den staatlichen (Barnes 2007, Paffenholz 2010, Heinemann-Grüder & Bauer 2013 Hrsg.).

Diese Befunde sind insofern relevant für die hier zu untersuchende Fragestellung, als dass sie die Bedeutung von Kommunikation und Kooperation zwischen Bewegung und der politischen Elite hervorheben.

1.4 Lehren aus neuen Forschungen über gewaltfreie Aufstände und zivilen Widerstand

Es sind in den letzten zehn Jahren mehrere Studien erschienen, die sich auf vergleichender wissenschaftlicher Basis mit gewaltfreien Aufständen befassen und Faktoren herausgearbeitet haben, die solche Aufstände so erfolgreich machten.⁵ Auf den ersten Blick ist der Sturz eines Regimes ein viel weitergehendes Ziel als die Verhinderung oder Beendigung eines Krieges – deshalb kann die Hypothese aufgestellt werden, dass die Faktoren, die Aufständen und Revolutionen zum Erfolg verhelfen, auch für Friedensbewegungen relevant sein dürften.

Nepstad (2011:5ff) zufolge entstehen (erfolgreiche) revolutionäre Bewegungen, wenn fünf Bedingungen gegeben sind:

1. Weitverbreitete Vorwürfe gegen den Staat, die Zweifel an der Legitimität des Regimes wecken.
2. Nationale Eliten übertragen ihre Solidarität vom Staat auf die Opposition.
3. Menschen sind über die Ungerechtigkeiten des Regimes so verärgert, dass sie bereit sind, zu handeln.
4. Oppositionsgruppen einigen sich auf eine Ideologie der Rebellion, die die Empörung in eine soziale und ideologische Kritik einbettet.
5. Organisationen sind vorhanden, die mobilisieren und fähig sind, den Aufstand zu koordinieren, zu unterstützen und zu leiten.

⁵ Ein Vergleich zwischen gewaltsamen und gewaltlosen Aufständen, den Chenoweth & Stephan (2011) anstellten, ergab, dass gewaltlose Aufstände in 53% der Fälle erfolgreich dabei, die Regierung zu stürzen, gewaltsame nur in 26%.

Chenoweth und Stephan (2011), Nepstad (2011) und Schock (2005) identifizieren bei der Auseinandersetzung mit den Gründen für Erfolg gewaltloser Bewegungen mehrere Faktoren:

1. Die Verpflichtung der Bewegung auf gewaltfreie Methoden. Wo es Bewegungen nicht gelang, die Gewaltlosigkeit aufrechtzuerhalten, scheiterten sie.
2. Der Aufstand wird im Land und international als legitim angesehen.
3. Eine große Zahl von Bürgerinnen und Bürgern nimmt teil.
4. Übergriffe von Seiten der Regimes stärken den inneren Zusammenhang der Protestierenden und führen dazu, dass noch mehr Menschen dem Regime ihre Unterstützung entziehen. (Unterminierung der Sanktionsmacht).
5. Das Überlaufen und Meutern von staatlichen Sicherheitskräften ist entscheidend. Dies - darin sind sich alle Studien einig - geschieht eher, wenn Protestierende gewaltfrei bleiben und sich gegenüber dem Militär oder Polizei nicht feindlich zeigen (auch nicht verbal), sondern es als "Teil von uns" ansprechen. Da, wo Protestierende die Sicherheitskräfte pauschal als Feinde anstatt als potenzielle Verbündete ansahen, scheiterten sie mit deutlich größerer Wahrscheinlichkeit.
6. Eine Dezentralisierung von Kampagnen ist oft hilfreich.
7. Nepstad erwähnt zwei weitere Faktoren, die Bewegungen zum Scheitern bringen können: ein Konflikt in der Bewegung und eine gesplattene Führung.

Ein weiterer zu berücksichtigender Faktor betrifft die Ebene der individuellen Einstellung zu dem Konflikt und zu der ‚gegnerischen‘ Seite allgemein, nicht nur speziell in Bezug auf die Sicherheitskräfte, wie Martin Arnolds Dissertation zur ‚Gütekraft‘ beschreibt. Er hat die Wirkungsannahmen untersucht, die drei von ihm studierte ProtagonistInnen der ‚Gütekraft‘ (Gandhi, Goss-Mayr, de Ligt) vertraten. Martin Arnold fasst in einer Mitteilung an mich seine Befunde, insoweit sie für unsere Studie hier von Bedeutung sein können, prägnant zusammen: *„Mit großer Wahrscheinlichkeit spielt das Selbstverständnis von Engagierten, die einen Missstand abbauen wollen, eine große Rolle für die Erfolgchancen. Das gilt besonders, wenn es sich um Missstände handelt, für deren Abbau die Mitwirkung anderer am Missstand beteiligter Personen bzw. Gruppen erforderlich ist: Hier spielen die Haltung und Einstellung der Engagierten zu diesen anderen, auch den Konfliktgegnern, eine entscheidende Rolle, weil sie den Kommunikationsstil prägen: Erfolgchancen sind groß, wenn – unbeirrt vom womöglich feindseligen Verhalten der anderen – konsequent versucht wird, die Gegnerschaft abzubauen und, auf Gemeinsamkeiten aufbauend, die anderen für den Abbau des Missstands zu gewinnen.“*

Die in den letzten Abschnitten genannten Faktoren wurden, wie folgend dargestellt, als Variablen bei der Untersuchung der sieben Friedensbewegungen berücksichtigt.

1.5 Methodik

Die gewählte Fragestellung ist nach Kenntnis der AutorInnen in dieser Form noch nicht wissenschaftlich behandelt worden. Was es gibt, sind Studien einzelner Bewegungen, die (zumindest auch) die Frage nach deren Wirkungen behandeln. Und es gibt eine kleine Zahl von Veröffentlichungen von FriedensaktivistInnen, z. B. von Bob Overy (1988) oder die Aufsätze im FriedensForum 1/2010, die Erfolge von Friedensbewegungen diskutieren, sich dabei aber nicht auf die hier zugrunde gelegte Fragestellung beschränken, sondern Bewegungen mit unterschiedlichen Zielen, z. B. auch die in Fußnote 4 benannten Bewegungen zur Beschränkung bestimmter Waffensysteme etc. mit einbeziehen.

1.6 Auswahl der Fallbeispiele

Als Basis wurden sieben Bewegungen ausgewählt, die ausreichend gut dokumentiert sind. Jörgen Johansen beschreibt die Spannungen, die entstanden, als Norwegen sich von Schweden

loslösen wollte, was 1905 beinahe zu einem Krieg geführt hätte.

Die anderen sechs Fälle wurden von Christine Schweitzer untersucht:

- die US-amerikanische Bewegung gegen den Vietnamkrieg in den 1960er und frühen 1970er Jahren,
- die Bewegung in den USA gegen die Unterstützung der nicaraguanischen Contras in den 1980ern,
- die westeuropäisch-nordamerikanische Bewegung gegen die Stationierung neuer atomarer Mittelstreckenraketen ebenfalls in den 1980ern,
- die internationale Bewegung gegen den 2. Golfkrieg 1990-91,
- die von Frauen getragene Bewegung in Liberia gegen den dortigen Bürgerkrieg 2002-2003, und schließlich
- die Bewegung gegen den 3. Golfkrieg 2003.⁶

Diese sieben Beispiele lassen sich in drei tentativ festzuhaltende Typen aufteilen:

a) Bewegungen, die sich gegen einen von den AktivistInnen als ungerecht angesehenen Krieg richteten, den ihre Regierung anderenorts führte (Vietnam, Nicaragua, Irak 1991 und 2003);

b) eine Bewegung, die sich gegen einen in ihrem eigenen Land stattfindenden Bürgerkrieg richtete (Liberia);

c) zwei Bewegungen, die sich gegen einen drohenden Krieg wandten (Schweden 1905, die Friedensbewegung der 1980er Jahre).

Im Rahmen einer größeren wissenschaftlichen Studie müssten diese Fälle zweifelsohne sauberer voneinander getrennt und um weitere Beispiele ergänzt werden. Doch für den begrenzten Rahmen dieses Arbeitspapiers schien es einladend, Friedensbewegungen in unterschiedlichen Kontexten zu betrachten, um zu sehen, ob sich tatsächlich kontextunabhängige eindeutige Unterschiede in Bezug auf die Wirkungen der Bewegungen herausarbeiten lassen.

1.7 Wirkungsfaktoren

Zum Vergleich wurden aus den Fallbeschreibungen, aus der Literatur über Wirkungen von sozialen Bewegungen im allgemeinen und auch aus der jüngsten Literatur über Erfolgsbedingungen gewaltfreier Aufstände (siehe 1.2 bis 1.4) Faktoren destilliert, von denen – generell oder in Einzelfällen – angenommen wird, dass sie den Erfolg oder Misserfolg einer Bewegung mit bestimmten. Anschließend habe ich die Bewegungen anhand dieser Liste von letztlich insgesamt 21 Faktoren verglichen, von denen vermutet werden kann, dass sie einen Einfluss auf die Wirkung der Bewegungen haben.

Faktor	Annahme(n)
ZUM KRIEG	
Dauer des Krieges / Konfliktes	Bewegungen brauchen eine gewisse Zeit, um „ins Laufen“ zu kommen.
Zahl der Opfer auf der „eigenen“ Seite	Je mehr Opfer auf der eigenen Seite, umso

⁶ Es mag vielleicht verwundern, warum die Bewegung gegen den Afghanistankrieg 2001ff nicht mit berücksichtigt wurde. Der Grund ist, dass es über diese Bewegung praktisch keine Untersuchungen gibt, und der Umfang und Ansatz dieser Arbeit es nicht erlaubten, die erforderliche Erhebung primärer Daten selbst zu leisten. Der Verzicht auf eine direkte Militärintervention in Syrien 2013 passierte, als der Entwurf dieser Studie schon beinahe fertiggestellt war und wird wahrscheinlich in der späteren Buchveröffentlichung mit behandelt werden.

	größer der Wunsch in der Bevölkerung nach Ende des Krieges.
Zahl der Opfer auf der gegnerischen Seite	Je mehr Opfer auf der gegnerischen Seite, umso eher hat eine Bewegung die Chance, moralische Empörung zu wecken.
Physische / geographische Nähe des Krieges	Je näher, desto größer die Betroffenheit, und deshalb umso stärker die Bewegung.
ZUR BEWEGUNG	
Dauer der Bewegung	Die Dauer einer Bewegung hat Einfluss auf ihren Wirkungsgrad.
Beteiligung (Zahl der Protestierenden)	Wirkungen steigern sich mit steigenden Zahlen.
Einigkeit in den Zielen	Einigkeit erhöht die Chancen auf Wirkungen.
Soziale Diversität der Mitglieder und UnterstützerInnen	Diversität erhöht die Chancen auf Wirkungen.
Klare AnführerInnen	Identifizierbare SprecherInnen oder AnführerInnen erhöhen die Wirksamkeit.
Taktische Diversität, insbesondere ein gewisses Maß an Zivilem Ungehorsam oder anderen direkten Gewaltfreien Aktionen	Taktische Diversität, insbesondere direkte Gewaltfreie Aktionen, verleihen der Bewegung Nachdruck.
Kontakt zur Regierung des „feindlichen“ bzw. angegriffenen Landes	Sowohl positive wie negative Auswirkungen auf den Erfolg einer Bewegung sind denkbar.
Kontakt zu Menschen in dem angegriffenen Land	Solche Kontakte verstärken die Wirkungsmacht einer Bewegung, weil sie die Betroffenheit steigern.
Konstruktive Programme, humanitäre Hilfe	Annahme, dass solche Aktivitäten seitens der Bewegung deren Wirkungsmacht verstärken, weil sie allgemein akzeptiert sind.
Maß an Gewalt aus Reihen der Bewegung	Sowohl positive wie negative Auswirkungen auf den Erfolg einer Bewegung sind denkbar.
Unterstützung der Bewegung durch andere Staaten (die nicht an den Kriegshandlungen oder -vorbereitungen beteiligt sind)	Sowohl positive wie negative Auswirkungen auf den Erfolg einer Bewegung sind denkbar.
Unterstützung durch ausländische Zivilgesellschaften, Kooperation zwischen Friedensbewegungen	Zumindest in den Fällen, wo die betreffenden Konflikte internationalisiert sind (Militärbündnisse, „Koalitionen der Willigen“) dürfte eine solche Zusammenarbeit die Wirkungskraft der Bewegungen verstärken.
Grad an Sanktionen (Repression) gegen die Bewegung	Sowohl positive wie negative Auswirkungen auf den Erfolg einer Bewegung sind denkbar.
Todesopfer in der Bewegung	Sowohl positive wie negative Auswirkungen

	auf den Erfolg einer Bewegung sind denkbar.
Einstellung zum Konfliktgegner allgemein und /oder speziell zu den Sicherheitskräften des Gegners	Eine positive Einstellung zum Gegner und der Versuch, ihn für die eigene Sache zu gewinnen, sind entscheidend für den Erfolg einer Bewegung.
KONTEXT-ENTWICKLUNGEN IN GESELLSCHAFT:	
Gespaltene Eliten und die Verlagerung von Loyalitäten im eigenen Land	Diese Faktoren gelten als wesentlicher Faktor für die Erfolgchancen einer Bewegung.
Skandalisierbare Ereignisse während des Krieges, Regierungsskandale	Solche Ereignisse geben einer Bewegung die Chance, Glaubwürdigkeit ihrer Kritik am Krieg und am Regierungshandeln zu steigern, wodurch sich ihr Einfluss in der Öffentlichkeit und so ihre Wirkungsmöglichkeiten erhöhen.

2. Friedensbewegungen

In dem folgenden Kapitel werden sieben Beispiele von sozialen Bewegungen gegen Kriege dargestellt. Der letzte Abschnitt befasst sich mit weiteren Fällen, die aber nicht näher untersucht werden konnten.

2.1 Norwegen – Schweden 1905

Von Jörgen Johansen⁷

Die Ereignisse, die 1905 letztlich zu einem friedlichen Ende der Konfrontation zwischen Norwegen und Schweden aus Anlass von Norwegens einseitige Sezession aus einer Union mit Schweden führten, sind vor allem durch skandinavische ForscherInnen dokumentiert worden. Es gibt sehr wenige Publikationen darüber in Englisch oder anderen europäischen Sprachen. Die Rolle, die ArbeiterInnen, AntimilitaristInnen und die Frauenbewegung dabei spielten, ist besonders in zwei Büchern dargestellt worden: Nilsson & Sørensen (Hrsg.) 2005 und Fogelström 1971. Verschiedene Details und andere relevante Informationen sind in anderen Büchern und Artikeln publiziert worden, aber nie in dem Kontext, in dem sie hier dargestellt werden.

2.1.1 Historischer Zusammenhang und Überblick

1905 – Das Ende der Union zwischen Schweden und Norwegen

Die Konflikte⁸ zwischen Norwegen und Schweden, die damit endeten, dass Norwegen 1905 ein selbstständiger Staat wurde, haben ihre Wurzeln in den napoleonischen Kriegen. Großbritannien war der Hauptfeind Napoleons. Englands präemptiver Angriff 1807 auf die dänische Flotte zwang Dänemark und dessen Kolonie Norwegen, sich auf die Seite Napoleons zu stellen. Anschließend zwang Napoleon Dänemark-Norwegen, Schweden 1808 den Krieg zu erklären. Aufgrund der britischen Seeblockade wurde die Kommunikation zwischen Kopenhagen und Norwegen extrem schwierig, und in der norwegischen Hauptstadt Christiania (heute Oslo) wurde eine provisorische Regierung etabliert. Diese erste nationale Regierung nach Hunderten von Jahren unter dänischer Herrschaft wurde zum ersten Anstoß für eine nationalistische Bewegung in Norwegen. Als Napoleon den Krieg verlor, wurde Norwegen im Januar 1814 im Vertrag von Kiel Schweden zugesprochen. Dies war in Norwegen nicht populär und führte zu einer wachsenden Bewegung für Unabhängigkeit.

Unter der Führung des dänischen Prinzips Christian Friedrich erklärte Norwegen seine Unabhängigkeit. Ein Verfassungskomitee legte eine neue Verfassung mit Wahlrecht für 40 % der Männer über 25 Jahre vor (Myhre 2012: 16). Die neue Verfassung wurde am 17. Mai 1814 angenommen.

Schweden griff daraufhin Norwegen an und kontrollierte bald den Großteil des Territoriums. Norwegen hatte keine andere Wahl, als eine sehr unpopuläre Union zu akzeptieren. Schweden stimmte einer eigenen norwegischen Verfassung zu, aber der König Schwedens war gleichzeitig der König von Norwegen. Die Außenpolitik sollte unter schwedischer Kontrolle stehen.

⁷ Dank an Stellan Vinthagen, Henrik Frykberg, Daniel Ritter und Majken Jul Sørensen von NORNONS für sehr hilfreiche Kommentare zu diesem Kapitel. Übersetzung aus dem Englischen von Christine Schweitzer.

⁸ Unter dem Hauptkonflikt/Hauptthema „Union versus Souveränität“ gab es mehrere kontroverse Unterthemen“.

Die meisten NorwegerInnen waren gegen diese Union mit Schweden. Die Forderung nach Unabhängigkeit wuchs mit der Zeit, und gegen Ende des Jahrhunderts war die nationalistische Bewegung in Norwegen eine Macht, die der schwedische König nicht ignorieren konnte. Ein wichtiges Thema für das norwegische Parlament war seit den 1880er Jahren die Einrichtung separater Konsulardienste und schließlich ein völlig getrennter diplomatischer Dienst für Norwegen. In Stockholm wurde dies als ernste Bedrohung für die Union gesehen und war völlig inakzeptabel. In diesen Jahren war die schwedische Bevölkerung über die Frage der Union gespalten, aber die große Mehrheit der Elite war dagegen, „*Norwegen gehen zu lassen*“ (Strath 2005: 251-397). In Norwegen wuchs die Opposition gegen die Union. Sie knüpfte erste Verbindungen zu freundlichen Stimmen in Schweden.

Seit 1893 schmiedete Schweden bereits 1893 Pläne für einen „Feldzug nach Westen“ Er wurde später revidiert und 1903 angepasst (Sørensen 2005: 24).

1895 kündigte der schwedische König an, dass er, wenn notwendig, militärische Gewalt einsetzen würde, um Norwegen in der Union zu halten. Das änderte die Haltung innerhalb der norwegischen konservativen Partei Høire. Diese hatte bis dahin den Standpunkt vertreten, dass Norwegen die Union als eine starke militärische Verteidigung gegen Angriffe benötige. Schweden hatte damals ein viel stärkeres Militär als Norwegen, aber es entschied sich, seine Fähigkeiten zu verstärken, um gegen ein norwegisches Muskelspiel gerüstet zu sein. Das schwedische Militär hatte mehr als 200.000 Soldaten unter Waffen, Norwegen nur 10 % davon.

Norwegen reagierte schnell und entschied sich rasch für eine massive Aufrüstung. Das Parlament beschloss am 17. Mai 1895, dem Tag der Unabhängigkeit, vier neue Küstenverteidigungsschiffe und 22 Torpedoboote anzuschaffen. Die Kosten allein der Küstenschiffe betrugen 19 Millionen Kronen; das waren 20 % des gesamten Verteidigungshaushaltes. Alte Festungen entlang der Grenze wurden verstärkt und mehrere neue gebaut. Für eine militärische Konfrontation wurden konkrete Pläne ausgearbeitet. Beide Seiten bereiteten sich auf den Krieg vor, aber die asymmetrischen Machtbeziehungen blieben die gleichen. Der Militärhaushalt Norwegens betrug 1890 genauso wie 1905 ungefähr ein Drittel des schwedischen (Berg 2005: 226).

Es gibt keinen Zweifel, dass sich beide Seiten auf einen Krieg vorbereiteten. Der Bericht „Geschichte des Kriegsministeriums“ belegt im Detail die großen Anstrengungen an Kriegsvorbereitungen, die von beiden Seiten unternommen wurden (Försvärsstaben 1958).

Der Hauptgrund Hauptargument für die schwedische Aufrüstung in den 1890er Jahren war allerdings nicht eine Bedrohung durch Norwegen, sondern vielmehr die Furcht vor einer Invasion Russlands. Gleichzeitig fehlte es nicht an Stimmen, die sich dafür aussprachen, Norwegen mit militärischen Mitteln in der Union zu halten. Berg vertritt die Ansicht, dass die Armeen auf beiden Seiten fähig, ausgerüstet und bereit waren, einen Krieg anzufangen, sofern es einen Befehl zum Angriff bzw. zur Verteidigung gegeben hätte (Berg 2005). Ein Mangel an Soldaten führte in Schweden 1901 zur Einführung der Wehrpflicht. Aber es gab keine Garantien, dass alle Soldaten den Befehlen folgen würden. Viele sozialistische Soldaten argumentierten, dass die Gewehre nicht auf ihre Brüder in Norwegen gerichtet werden sollten, und deuteten an, dass sie die Option eines bewaffneten Aufstandes innerhalb der schwedischen Armee sahen.

Spionageaktivitäten auf beiden Seiten der Grenze waren üblich, und beide Länder trafen konkrete Kriegsvorbereitungen (Ottosen 2005, Terjesen 2001: 116-138, Gäfvert 2005, Børresen 2004, Burch 2005: 3).

Der norwegische Admiral Urban Jacob Rasmus Børresen, 1905 Stabschef der Skagerak Squadron, befürwortete einen präemptiven Angriff auf die schwedische Marine (Børresen 2005). Obwohl er der Union freundlich gesonnen war und sich als loyal gegenüber König Oscar II

sah, zögerte er 1905 nicht, die Befehle der norwegischen Regierung zu befolgen. Børresen war ein Anhänger des amerikanischen Seemachts-Ideologen Alfred Mahan und daher begierig, die schwedischen Schiffe auf offener See anzugreifen. Dadurch kam er in Konflikt mit seinem Chef der Admiralität, Sparre, der viel zögerlicher und vorsichtiger war. Als Sparre verlangte, dass alle Entscheidungen von ihm gebilligt werden sollten, weigerte sich Børresen, die operative Befehlsgewalt über die Flotte aufzugeben (Børresen 2005). Dies ist ein weiteres Indiz dafür, wie nah 1905 die Situation einem offenen Krieg war.⁹

Die Encyclopedia Britannica von 1911 stellt summarisch fest, dass „*der Sezession eines Mitglieds einer Union gemeinlich Krieg ... folgt*“¹⁰ (Chrisholm 1911). Ein weiteres Indiz für die angespannte Lage war, dass, als die Verhandlungen in Karlstad im September 1905 eine viertägige Pause einlegten, Schweden Marinesoldaten in die Grenzstadt Strömstad schickte und die Norweger mit der Mobilmachung von Truppen reagierten.

Die zehn Jahre zwischen 1895 und 1905 wurden beherrscht von Rüstung, Verhandlungen, Provokationen, öffentlichen Diskussionen und Protesten. Sie werden unten näher beschrieben.

Im Frühjahr 1905 beschloss das norwegische Parlament, eigene Konsulate einzurichten. Als der schwedische König seine Unterschrift unter das Gesetz verweigerte, machte die Konfrontation die Spaltung der Union zur Tatsache (Weibull 1962). Die norwegische Regierung trat zurück, aber der schwedische König lehnte ihren Rücktritt ab. Am 7. Juni 1905 erklärte das norwegische Parlament:

“Da alle Kabinettsmitglieder ihre Ämter niedergelegt haben; da Seine Majestät der König seine Unfähigkeit erklärt hat, eine neue Regierung für das Land zu gewinnen; und da die konstitutionelle Monarchie aufgehört hat zu existieren, autorisiert das Storting [das Parlament, Anm. der Übers.] hiermit das Kabinett, das heute zurückgetreten ist, die Macht auszuüben, die der König in Übereinstimmung mit der norwegischen Verfassung besaß, und Gesetze zu verabschieden – mit den Änderungen, die durch die Auflösung der Union mit Schweden unter einem König nötig wurden, was aus der Tatsache resultiert, dass der König nicht länger als ein norwegischer König fungiert.“¹⁰

Norwegen handelte damit de facto wie ein unabhängiger Staat, war aber nicht von seiner früheren Kolonialmacht Schweden anerkannt. Gemäß internationalem Recht war die Unabhängigkeit daher nicht legal.

Die Reaktionen in Schweden waren schnell und kräftig. Schweden drohte mit militärischen Mitteln und das schwedische Parlament verlangte ein Referendum in Norwegen, bevor die Auflösung der Union anerkannt werde. Das zeigt die beiden schwedischen Seiten in diesem Konflikt: Die eine wollte die Union mit militärischen Mitteln verteidigen, die andere konnte akzeptieren, dass Norwegen völlig unabhängig wurde. Norwegen hatte ein Referendum schon diskutiert und war dabei, es vorzubereiten. Dass die Seite, die ein Ende der Union akzeptierte, letztlich gewann, ist ein direktes Resultat der Antikriegsaktivitäten in Schweden und in Norwegen. Die KriegsgegnerInnen argumentierten, dass Krieg zur Lösung des Konfliktes unakzeptabel war.

⁹ Dank an Jacob Børresen für den Zugang zu Briefen und anderem Material aus den Archiven seines Vorfahren.

¹⁰ Dies ist eine Übersetzung der wichtigsten Klausel aus dem Norwegischen ins Englische durch JJ und aus dem Englischen ins Deutsche durch CS.

2.1.2 Die Antikriegsbewegung: Entstehung und Verlauf

Die Unabhängigkeitsbewegung 1814 wurde in erster Linie durch eine Elite mächtiger Individuen getragen. 1905 stützte sich der Kampf um einen unabhängigen Staat auf eine breite gewaltfreie Volksbewegung und demokratisch gewählte Politiker im Parlament, die die Forderung nach Selbstregierung aktiv unterstützten. Die „Kriegsoption“ wurde nie ausgeschlossen, aber die Opposition in beiden Ländern gegen die Anwendung militärischer Gewalt war stark genug in beiden Staaten, um solch ein Szenario zu verhindern.

Dies sind die Hauptgründe, warum der Konflikt zwischen Norwegen und Schweden 1905 in diese Studie aufgenommen wurde. Die folgenden Abschnitte werden erklären, wer die Hauptakteure waren, welche Argumente sie benutzten, was sie taten, wie ihre Kampagne gesehen wurde und das Endergebnis.

2.1.3 Mitwirkende

Arbeiterbewegung

Die sozialdemokratischen Parteien in Schweden und Norwegen hatten ihre Meinungsunterschiede und Konflikte, aber insgesamt kooperierten sie in dem Kampf um die Unabhängigkeit Norwegens. Die Norwegische Sozialdemokratische Partei war nationalistischer als ihre Schwestern und Brüder in Schweden. In Schweden stand die internationale Solidaritätsperspektive mehr im Vordergrund der Arbeiterbewegung, während die konservativen Parteien eine stärker nationalistische Haltung vertraten (Hagen 2002). Im Allgemeinen hatten die politischen Parteien in Schweden unterschiedliche Meinungen zu der Union mit Norwegen und wie man auf die sich entwickelnde nationalistische Bewegung in Norwegen reagieren sollte.

Wie die meisten sozialistischen Parteien jener Jahre war die Sozialdemokratie antimilitaristisch eingestellt und trat für die internationale Solidarität der Arbeiterklasse ein. Die schwedischen SozialdemokratInnen änderten ihre Meinung zur Union in den letzten Jahren des 19. Jahrhunderts. Führende Frauen in der Partei wie Kata Dahlström und der Jugendzweig forderten schon viele Jahre, die Partei solle die norwegische Forderung unterstützen, die Union aufzulösen. Dahlström agitierte aktiv dafür, dass sie sich weigern sollten, an einem militärischen Angriff auf Norwegen teilzunehmen.

Der Parteiführer Hjalmar Branting sagte in seiner Rede am 1. Mai 1895: *„Sollte das Schreckliche Realität werden und die schwedischen Gewehre den Befehl erhalten, nach Westen zu marschieren, dann sollten die Verantwortlichen auch bedenken, dass jemand, der seine Wurzeln in dem Volkswillen hat, eine Kugel ohne Befehl fliegen lassen könnte, die verhindert, dass Tausende von Brüdern und Verwandten Opfer militärischer Gewalt werden.“*¹¹

Jeder verstand, dass er auf die Ermordung von Charles XII anspielte. Die Kugel, die diesen während eines Angriffs auf Norwegen 1718 tötete, konnte gut aus einem schwedischen Gewehr stammen. Branting wurde beschuldigt, zur Ermordung des Königs und zu Gewalt aufzurufen. Das Oberste Gericht reduzierte seine dreimonatige Gefängnisstrafe zu einer Strafe von 300 Schwedischen Kronen. Das Geld wurde von ArbeiterInnen und FriedensfreundInnen in Norwegen und Schweden gesammelt (Terjesen 2001: 185).

Auf ihrem Kongress 1905 lehnte die Partei unter der Führung von Hjalmar Branting einen Krieg mit Norwegen ab. Als die Krise eskalierte, erfand Branting den Slogan *„Hände weg von Norwegen, König“*. Die SozialdemokratInnen organisierten Widerstand gegen die Einberufung

¹¹ S. oben.

von Reservisten und drohten mit einem Generalstreik gegen den Krieg, sollte ein Angriff auf Norwegen befohlen werden (Store Norske Leksikon Online). Für seinen Einsatz 1905 bekam Branting 1921 zusammen mit dem norwegischen Generalsekretär der Interparlamentarischen Union, Christian Lange, den Friedensnobelpreis.

Der schwedische Parlamentarier, Gründer der Swedish Peace and Arbitration Society (SPAS) und Friedensnobelpreisträger 1908 Klas Pontus Arnoldson,¹², veröffentlichte mehrere Bücher und Artikel gegen den Krieg als Mittel der Konfliktbearbeitung. Einige von ihnen wurden ins Norwegische übersetzt und fanden viel Beachtung. Der norwegische Dichter und Literaturnobelpreisträger Bjørnstjerne Bjørnson schrieb eine Einleitung zu Arnoldsons *Law - Not War*. Für eine englische Übersetzung schrieb der Bischof von Durham die Einleitung (Magnusson 1988:124-25). Bjørnson und Arnoldson diskutierten das Thema Krieg in mehreren persönlichen Briefen. Beide waren wichtige Persönlichkeiten der Öffentlichkeit und kritisierten die Kriegsrhetorik heftig. Arnoldson und die SPAAS sprachen sich für internationale Schiedsgerichte als Alternative zum Einsatz von Armeen aus. 1895 publizierte Arnoldson ein anonymes Pamphlet mit dem Titel „*Frieden mit Norwegen, selbst wenn die Union zerbricht*“¹³ (Magnusson 1988: 147). Arnoldson war eine der vielen Stimmen gegen jene, die die Union mit militärischen Mitteln bewahren wollten.

Frauen gegen Krieg

Ab 1895 beteiligte sich eine wachsende Zahl von Frauen an der öffentlichen Debatte über die Union mit Norwegen und über das Säbelrasseln. Kata Dahlström war eine wichtige und frühe Stimme in der Sozialdemokratischen Partei; viele weitere folgten. Inspiriert durch Bertha von Suttner und ihr Buch „Die Waffen nieder“ von 1889, fand die Gegnerschaft zu Krieg als Mittel der Konfliktbearbeitung viel Unterstützung auch in den radikal liberalen Teilen der Frauenbewegung in Skandinavien. Eine der wichtigen Persönlichkeiten war die Autorin und Prominente Ellen Key. 1898 schrieb sie einen Brief an ihre Freundin Anna Bugge Wicksell: *“Ich bin im Inneren meiner Seele krank angesichts all dieser Kriegsrhetorik”* und *“Wir müssen anfangen, Zustimmung für eine Scheidung ohne Krieg zu erreichen – wir werden uns niemals einigen, glaube ich”* (Hammar 2004: 11). Key verfolgte die öffentliche Debatte über die Union genau und nahm bald an ihr teil. Ihre Debatte in Zeitungen mit Verner von Heidenstam bezog viele Menschen mit ein und beeinflusste sie, ihren Argumenten zu folgen.

„Der Zusammenbruch der Union am 7. Juni 1905 kam, ebenso wie die Kriegsdrohung, zu den meisten Menschen in Schweden als Überraschung. In den folgenden Wochen befand sich Schweden in einem Zustand nationalen Aufruhrs. Dies war zumindest, wie viele SchwedInnen die Situation wahrnahmen. Die Konservativen verurteilten den ‚Verrat‘ Norwegens und schauten mit Bitterkeit auf jene SchwedInnen, die sich mit Norwegen solidarisch erklärten. Bei den Liberalen herrschte ideologisches Chaos, denn vielen fiel es schwer, nicht zu beachten, auf welche Weise Norwegen den Bruch mit der Union vollzog. Nur die SozialistInnen unterstützten Norwegen uneingeschränkt. Die Frauen empfanden diese Atmosphäre als alarmierend. Die Aktivsten versuchten, die Kriegsbetzer durch öffentliche Diskussion zu beruhigen. Persönlichkeiten wie Ellen Key, Königin Sophia, Selma Lagerlöf und Kata Dalström bezogen ebenso wie weniger bekannte Frauen Position zu dem Konflikt. Die Quellen sprechen von Empörung und Entsetzen, aber es gibt keine Belege, dass irgendeine Frau sich für einen Krieg mit Norwegen ausgesprochen hätte. Selbst Frauen, die das Auseinanderbrechen der Union verurteilten, forderten eine friedliche Lösung. Die sozialistischen Frauen standen einmütig hinter der Entscheidung der Männer, die Union friedlich aufzulösen. Unter den liberalen Frauen waren viele, die sich für die

¹² Arnoldson was radical but without a formal party affiliation in the Parliament, except in 1886 when he belonged to the Leftish Party.

¹³ In Schwedisch: “Fred med Norge - Unionen må bära eller brista”

Verhinderung eines Krieges einzusetzen. Dies sind gute Gründe, anzunehmen, dass die schwedischen Frauen zu einer friedlichen Lösung des Konfliktes zwischen Schweden und Norwegen 1905 beitrugen.“ (Hammar 2005:99)

Intellektuelle

Fast alle norwegischen Intellektuellen, AutorInnen und KünstlerInnen waren sich einig in der Befürwortung der Autonomie. Bekannte Personen wie Fritjof Nansen und Bjørnstjerne Bjørnson (Due-Nielsen 2005: 96) sowie Gina Krogh (Blom 2005: 124-125) sprachen sich für die Unabhängigkeit Norwegens aus. Neben ihrer Teilnahme an der öffentlichen Debatte in Norwegen nutzten sie ihre internationalen Kontakte dazu, ihre Sichtweise international darzustellen. Alle hatten sehr gute Kontakte zu den führenden schwedischen Persönlichkeiten, die für ein Ende der Union waren.

Einige bedeutende gesellschaftliche Gruppen Schwedens und Norwegens waren in der Frage Union oder Souveränität keineswegs einig. Die wichtigsten sollen hier kurz erwähnt werden:

Hochrangige Offiziere

Die hochrangigen Militärs sowohl in Norwegen wie in Schweden waren loyal gegenüber ihrer jeweiligen Regierung. Falls der Befehl gegeben worden wäre, einen militärischen Angriff auszuführen, hätten die meisten ihm wahrscheinlich Folge geleistet und ihre Fähigkeiten bestmöglich eingesetzt. Gleichzeitig hatten sie relativ gute Beziehungen zu Offizieren von „der anderen“ Nation bzw. „dem anderen“ Staat. Auf der norwegischen Seite war es der Konflikt zwischen den beiden oben erwähnten Marineoffizieren Børresen und Sparre, der zu einer offenen Konfrontation mit der schwedischen Marine hätte führen können. Børresen sagte: *“Wir können keinen Krieg beginnen, ohne zu kämpfen“* (Børresen & Kristiansen 2005: 106). Die Haltungen und Aktionen des Hitzkopfes Børresen hätten leicht außer Kontrolle geraten können. (Børresen 2004, Børresen 2005).¹⁴

Eine andere Frage ist, bis zu welchem Grade sie ihren Soldaten vertrauen konnten. Wie oben erwähnt, hatten die Sozialistische Jugend und andere Teile der Arbeiterbewegung konkrete Pläne für einen Generalstreik gegen den Krieg und für Kampagnen zu massenhafter Befehlsverweigerung. Bis zu welchem Ausmaß dies eine ernstliche Sorge für die Offiziere war, ist schwer zu beurteilen, aber natürlich diskutierten sie es. Ob sie es als ein „handhabbares Problem“ ansahen oder ernstlich fürchteten, dass die Soldaten ‚ihre Gewehre gegen ihre Kommandeure‘ richten würden, konnte nicht ermittelt werden.

Die Kirche

Die schwedische und die norwegische Kirche hatten in den Jahren der Union sehr wenig Kontakt zueinander (Thorkildsen 2005: 181). Seit der Reformation war die schwedische Kirche schon immer konservativer als ihre Schwesterkirchen in Dänemark und Norwegen gewesen. Allgemein gesprochen spielten die Kirchen eine geringe Rolle in dem Konflikt, obwohl ihre großen Netzwerke im gesamten Land wesentlich dazu beitrugen, Meinungen zu verbreiten und zu bilden. Eine wichtige Ausnahme muss allerdings erwähnt werden: Christopher Bruun, Priester und führende Persönlichkeit der norwegischen Volkshochschulbewegung, glaubte fest, die Union sei für eine Allianz gegen Russland wichtig. Nur ein Priester wurde 1903 in das norwegische Parlament gewählt, das Stortinget. Bischof Bang in Oslo wurde von

¹⁴ In einem Gerichtsverfahren nach der Unabhängigkeit verloren sowohl Børresen wie Sparre ihren Job aufgrund ihrer Konflikte und ihres Verhaltens während der Ereignisse 1905.

einem Freund am 6. Juni 1905 aufgefordert, am nächsten Tag ins Stortinget zu gehen, weil dort eine wichtige Ankündigung zu erwarten sei. Aber er entschied sich, wie üblich ins Büro zu gehen und Papierkram zu erledigen. Beides zeigt, dass die Kirche kein Interesse an Politik hatte (Thorkildsen 2005: 182 f).

Der König

König Oscar von Schweden und Kronprinz Charles John hatten unterschiedliche Positionen zur Union mit Norwegen. Charles war offener gegenüber Norwegens Unabhängigkeit, da die Norweger diese so offensichtlich wollten. Oscar wollte gute Beziehungen mit den Norwegern innerhalb der Union pflegen.

2.1.4 Positionen und Forderungen

Rechte und andere nationalistische Politiker in Schweden waren sämtlich vehement gegen Norwegens Unabhängigkeit. Sie sahen die wachsende nationalistische Bewegung in Norwegen als eine Bedrohung der Union und von Schwedens Recht, Norwegen als Teil seines Territoriums zu besitzen. Jeder Schritt in Richtung mehr Autonomie wurde als Schwäche der früheren „europäischen Supermacht“ gesehen. In der rechten schwedischen Elite gab es nur wenige Stimmen, die die norwegischen Forderungen unterstützten; Ausnahme waren ein paar mutige Frauen.

Teile des schwedischen Adels, auch der König, befürchteten, dass Norwegen eine Republik werden könnte, falls es unabhängig werde. Russland, England und Deutschland hatten die gleiche Sorge (Åselius 2005).

Schweden änderte seine Gesetze, um die Anwendung militärischer Mittel zu ermöglichen. Die Option eines Krieges wurde in schwedischen Zeitungen ab 1890 oft diskutiert. Das Parlament verdoppelte das „Notstands-Kriegs-Budget“ für König Oscar II, und der Generalstab begann mit der konkreten Planung für einen möglichen Krieg. Der liberale Außenminister Carl Lewenhaupt wurde durch den ultrakonservativen Graf Ludvig Douglas ersetzt. (Stråth 2005: 349).

Die konservative schwedische Zeitung *Vårt Land* (Unser Land) publizierte am 20. Dezember 1897 ein Editorial, in dem die Sorge über die Zukunft der Union ausgedrückt wurde. Drei Tage später trug ein Editorial die Überschrift: „*Krieg oder Frieden mit Norwegen?*“ Es war offen feindselig und widersprach der Meinung vieler NorwegerInnen, dass die meisten europäischen Staaten Norwegen in diesem Konflikt unterstützten. Das Editorial argumentierte, dass es Zeit sei, „*den Norwegern zu sagen, dass Schweden seine Politik der Konzessionen nicht unbegrenzt fortsetzen*“ werde.

In das schwedische Parlament wurden regelmäßig Anträge eingebracht, die Schwedische Peace and Arbitration Society (SPAS) und ihre Aktivitäten finanziell zu unterstützen. Die SPAS hat nie etwas bekommen, aber 1903 unterstützte eine Minderheit von 90 von 230 Abgeordneten in der Zweiten Kammer einen Antrag auf 2.500 Kronen (Fogelström 1971: 91). Dies ist ein gutes Indiz dafür, wie die Meinungen im Parlament verteilt waren.

In Norwegen waren die meisten öffentlichen Stimmen für die Unabhängigkeit, aber es gab keine Einmütigkeit darüber, welche Mittel eingesetzt werden sollten, sie zu erreichen. Die Kriegsvorbereitungen passierten das Parlament ohne viel Opposition. Die norwegische Friedensbewegung war schwächer als die schwedische und hatte deshalb nicht den gleichen Einfluss auf die nationale Politik. Protokolle der norwegischen Parlamentsdebatten vom Juni 1905 zeigen, dass die Kriegsoption auf dem Tisch lag (Stortinget 1951).

2.1.5 Strategien und Aktionsformen

Öffentliche Diskussionen

Von führenden VertreterInnen der breiten Friedensbewegung wurden mehrere Bücher veröffentlicht, so zum Beispiel 1892 Klas Pontus Arnoldson *1892 Pax Mundi - A Concise Account Of The Progress of The Movement For Peace By Means of Arbitration, Neutralization, International Law And Disarmament* (Arnoldson 1892). Viele, die sich dem Krieg in der schwedischen Öffentlichkeit aktiv widersetzen, waren Herausgeber von Zeitungen und andere bekannte Persönlichkeiten. Die Herausgeber nutzten ihre Rolle, gegen den Krieg zu agitieren und gute Beziehungen zu Norwegen zu fordern. Neben ihren Kolumnen als Herausgeber hielten sie oft Reden bei Treffen. 1895 sprach der Herausgeber von *Öresundsposten*, Axel Svensson, zu einer Zuhörerschaft von 800 Menschen in Hälsingborg. Der Herausgeber von *Karlstadstidningen*, Mauritz Hellberg, sprach auf mehreren Treffen im Värmland. Im ganzen Land wurden ähnliche Versammlungen abgehalten (Fogelström 1971: 68-105).

Ungsocialisterna ("Die jungen Sozialisten") mit ihren Zeitungen „Fram“ und „Brand“ waren AntimilitaristInnen und setzten sich gemeinsam mit anderen Teilen der Arbeiterbewegung für eine friedliche Regelung mit Norwegen ein (Sørensen 2005: 26). Von 1903 bis 1906 wuchs Ungsocialisterna von sieben Klubs mit rund 450 Mitgliedern zu 300-400 Klubs mit 14.000 bis 15.000 Mitgliedern. Ende 1906 hatten sie rund 25.000 Mitglieder, mit einer großen Anzahl von Organisationen auf lokaler Ebene (Liebknecht 1973). Auf ihrem Kongress 1905 war der mögliche Krieg mit Norwegen das am meisten diskutierte Thema. Sie agitierten in ihren Publikationen heftig gegen die rechten Politiker und deren Argumente, Norwegen mit militärischen Mitteln zu bezwingen.

Sveriges Kvinnliga Fredsförening (Schwedische Friedensassoziation für Frauen) publizierte die Zeitschrift *Ned Med Vapnen* ("Die Waffen nieder"), und in einer Ausgabe 1897 brachte sie einen Appell gegen die Aufrüstung, der von rund fünfzig bekannten, hoch geachteten Frauen unterzeichnet worden war (Fogelström 1971: 74-75).

Der Großteil der schwedischen Friedensbewegung war im Unterschied zur Friedensbewegung in Norwegen aktiv gegen die Union, aber er forderte Respekt und den Verzicht auf Gewalt (Fogelström 1971:76).

Schwedische FriedensaktivistInnen weiteten ihre Aktivitäten in die internationale Arena aus, wobei die Beziehungen mit Norwegen neben den Beziehungen mit Russland und Finnland ein wichtiger Schwerpunkt waren. Sie arbeiteten hart daran, die vielen Übereinkünfte zu beeinflussen, die etabliert wurden, um internationale Beziehungen und Krieg zu regulieren (Jus in bello und Jus ad bellum). Ihre Hauptforderung war der Einsatz von Schiedsgerichten, und zwar nicht erst, wenn ein Konflikt schon ausgebrochen war. Die Beziehungen zu dem Unionspartner Norwegen waren dabei natürlich zentral. 1899 schickte eine Gruppe von Schweden einen Brief an Leo Tolstoj und bat ihn, sich bei den laufenden Verhandlungen in Den Haag für Rechte für Kriegsdienstverweigerer einzusetzen (Fogelström 1971: 87-88).

Im Sommer 1904 fand das fünfte Nordische Friedenstreffen in Kopenhagen statt. Dort wurde gefordert, in allen Schulen ein neues Pflichtfach einzuführen: „Friedenslehre“ oder „Pacilogi“, wie es genannt wurde. Das Übereinkommen zur Schiedsgerichtsbarkeit zwischen Dänemark und den Niederlanden wurde als Beispiel dafür angeführt: Sie sollte zwischen allen nordischen Staaten unterzeichnet werden. Schwedische VertreterInnen nahmen auch an einer Friedenskonferenz in Boston, USA, teil (Fogelström 1971: 92-93). Ein Ziel war es, ihre Anliegen international bekannt zu machen und von [den] Erfahrungen anderer Friedensbewegungen zu lernen.

Demonstrationen

Die SPAS organisierte zahlreiche Demonstrationen gegen einen Krieg mit Norwegen. Auf den 1. Mai-Kundgebungen 1905 nahm der Stockholmer Zweig der SPAAS mit rund 1.000 Mitgliedern und einem großen Banner „*Frieden mit Norwegen! Gerechtigkeit für Norwegen*“ teil. Insgesamt beteiligten sich mehr als 30.000 an der Demonstration (Fogelström 1971: 100).

Die SPAAS war die Einladerin zu dem „Nordischen Friedentreffen“ in Stockholm 1895. Solidarität mit Brüdern und Schwestern in anderen Ländern war die Hauptforderung des Treffens. Viele Zeitungen kritisierten die SPAS dahingehend, dass sie zu viel Sympathie für die norwegischen Nationalisten hätte, die die Union beenden wollten (Fogelström 1971: 70-71). In den Jahren bis 1905 unterhielt die schwedische Friedensbewegung enge und gute Beziehungen zur Arbeiterbewegung und speziell zu den Sozialdemokraten unter Hjalmar Branting (Fogelström 1971: 69).

Soldatenstreiks und Kriegsdienstverweigerung

Ungsocialisterna (Jungsozialisten) veröffentlichten einen Text mit dem Titel „Die Waffen nieder“, in dem sie aktiv die Idee eines Generalstreiks gegen Krieg vertraten. Nach dem Druck und dem Verteilen von 100.000 Kopien wurde der Herausgeber Zeth Höglund wegen Meuterei zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Während er von der herrschenden Klasse Schwedens als ein gefährlicher Rebell verurteilt und eingesperrt wurde, wurde er von anderen gefeiert. Der deutsche Sozialist Karl Liebknecht stellt ihn in seinem Buch „Militarismus und Antimilitarismus“ als einen Helden dar (Liebknecht 1973).

Schweden führte 1901 die Wehrpflicht ein. Dies kann als wichtiger Teil der generellen Aufrüstungsanstrengungen gesehen werden (Wolke 2004: 272, Wolke 1999). Ungsocialisterna agitierten gegen die Wehrpflicht, und viele von ihnen wurden mehrfach wegen Befehlsverweigerung ins Gefängnis geworfen (Fernström 1950: 95-110).

Das Aktivitätsniveau war die letzten beiden Jahre vor 1905 sehr hoch. Im Frühjahr 1904 druckten die JungsozialistInnen 20.000 Exemplare eines Aufrufs an Soldaten (Fernström 1950: 98). Im Mai 1904 wurde die Zeitung „Brand“ mit berühmten und starken antimilitaristischen Bildern des kurz zuvor verstorbenen Vasili Verestechagins illustriert (Fernström 1950: 100). Auf ihrem Kongress 1905 beschlossen die JungsozialistInnen mit großer Mehrheit, ihre Agitation gegen die Wehrpflicht zu verstärken (Fernström 1950: 106). Ihre Klubs in Stockholm veröffentlichten ein Manifest „*Weigerung, Militärdienst zu leisten*“ mit einem Aufruf, für die Gefangenen Lebensmittel und andere nötige Dinge zu spenden (Fernström 1950: 107).

Nicht alle, die das Militär ablehnten, weigerten sich, Soldat zu sein. Ivar Söderholm schrieb in „Brand“, wie sie den Widerstand der Jungsozialisten im Infanterieregiment in Dalarna organisierten. Heimlich trafen sie sich auf dem Schießplatz. Viele von ihnen weigerten sich, Befehle zu befolgen und manchmal gehorchten sie nur langsam und zögerlich. Fast 400 schlossen sich der Organisation an. Später wurden mehr als 100 von ihren Vorgesetzten als „Rebellen“ ausgemacht. Sie erhielten relativ milde Strafen (Fernström 1950: 109-110).

Die JungsozialistInnen in Hälsingborg veröffentlichten und verteilten 5.000 Kopien eines Pamphlets mit dem Titel „*Revelj*“ („Erwachen“) an Soldaten (Fernström 1950: 112).

Das norwegische Parlament beschließt, die Union einseitig aufzulösen

Am 7. Juni 1905 kam das norwegische Parlament, das Stortinget, zusammen. Es stimmte einmütig für die Erklärung, die Union einseitig aufzulösen. Das Hauptargument war, dass Schwedens König Oscar II nicht bereit war, den Beschluss gegenzuzeichnen, dass Norwegen einen getrennten Konsulardienst einrichten dürfe. Dies war ein sehr provokativer Akt, und viele sehen diese Tage als den Haupteskalationspunkt des Konfliktes. Nur wenige waren über die Beschlussabsicht vorher informiert worden, viele wurden davon überrascht. Die Staatskir-

che wurde als wichtiger Kanal benutzt, um die BürgerInnen über die Entscheidung zu informieren. Am folgenden Sonntag wurde eine Erklärung des Parlamentes in allen Kirchen verlesen, und die Priester wurden angewiesen, das Ereignis mit „der reinen Flagge“ ohne schwedische Hoheitszeichen¹⁵ und nationalistische Lieder zu feiern.

Das Referendum

Das schwedische Parlament forderte ein Referendum. Um die Einheit und Stärke der Befürwortung in der Bevölkerung zu zeigen, beschloss das norwegische Parlament, „das Volk zu fragen“. Das Referendum fand am 13. August 1905 statt. Alle Männer über 25 Jahren hatten das Recht, daran teilzunehmen. 85,4 % oder 371.911 Stimmen wurden gezählt, drei Viertel davon von außerhalb der Städte. 3.519 Stimmen wurden als ungültig eingeordnet, hauptsächlich aus den Städten (Nielsen 1906: 442). 368.208 Stimmen (99,95 %) sprachen sich für die Auflösung der Union aus, 184 (0,05 %) dagegen. Dies erwies sich als ein sehr starkes Argument. Niemand konnte mehr Zweifel an dem Willen des norwegischen Volkes haben. Es war eines der eindeutigsten Referenden in der Geschichte. Viele Schweden sahen diese Zahlen als Ergebnis von Fälschungen an und weigerten sich zu glauben, dass die Opposition zu der Union derartig massiv war. Aber es konnte kein Betrug nachgewiesen werden.

1905 hatten nur Männer über 25 Jahre das Wahlrecht; das Frauenwahlrecht wurde erst 1913 eingeführt. Landskvindestemmeretsforeningen (Nationale Assoziation der Frauen für das Wahlrecht) schrieb an das norwegische Parlament und verlangte das Recht, mit abzustimmen. Die Forderung wurde mit den Argumenten abgelehnt, dass sie nicht an Parlamentswahlen teilnehmen durften, dass es kein Verzeichnis aller Frauen in Norwegen gebe und dass es zu zeitaufwändig sein würde, ihre Einbeziehung zu organisieren. Landskvindestemmeretsforeningen hatte zu diesem Zeitpunkt 2.000 Mitglieder und 40 lokale Zweige. Einige führende Frauen waren bereit, das Argument über den Zeitdruck zu akzeptieren, aber Mitglieder einiger lokaler Gruppen begannen ohne jede nationale Koordination, Unterschriften zu sammeln. Dann Landskvindestemmeretsforeningen beschloss, die Führung zu übernehmen und eine Unterschriftensammlung und das Referendum zu organisieren. Die Vorsitzende Fredrikke Marie Qvam war zunächst gegen das Referendum. Sie änderte aber ihre Meinung und ging dazu über, bei der Organisation des Referendums eine zentrale Rolle zu spielen. Dies wurde später als einer ihrer wichtigsten politischen Erfolge gewertet. Weitere bekannte Aktivistinnen in der Assoziation waren Elise Welhaven Gunnerson und Marie Kjølseth. Zusammen brachten sie 279.878 Unterschriften für eine friedliche Auflösung der Union zusammen. Diese Kampagne spielte später eine wichtige Rolle im Kampf für ein allgemeines Wahlrecht in Norwegen.¹⁶ Randhi Blehr, Vorsitzende der Norsk Kvinnesaksforening (Norwegische Assoziation für Frauenrechte) ergriff die Initiative, eine Unterstützungserklärung aller Frauenverbände in Norwegen zu schreiben. Die Organisation übernahm die norwegische Sektion des Internationalen Frauenrats unter Gina Krogh. Am Tag des Referendums überreichte Gina Krogh der Regierung Statements und Adressen von 565 Frauenorganisationen. Premierminister Løvland dankte den Frauen und sagte: *“Die Aktionen norwegischer Frauen aus de gesamten Land sind ein*

¹⁵ Während der Unionsjahre hatte die offizielle rot-weiß-blaue Fahne ein blau-weißes Symbol in einer Ecke, um die Beziehung mit Schweden zu zeigen.

¹⁶ Quelle für diese Zahlen ist die Datenbank in der National Library of Norway http://www.nb.no/baser/1905/tema_folk.html accessed 2013-09-11 http://www.nb.no/baser/1905/tema_folk.html accessed 2013-09-11 http://www.nb.no/baser/1905/tema_folk.html accessed 2013-09-11

wundervoller Beitrag zur norwegischen Geschichte und wird sicherlich dazu beitragen, dass sie die Rechte bekommen, die sie verlangen.“ (Store Norske Leksikon Online)

Die Regierung hatte damit die Bestätigung des Volkes, die Union aufzulösen. 368.208 Männer (85 %) hatten abgestimmt, norwegische Frauen hatten 279.878 Stimmen von Frauen für die Auflösung gesammelt. Die Gesamtbevölkerung 1905 betrug 2,3 Millionen (Kvinneaksjon for unionsoppløsning).

2.1.6 Repression

Ein offensichtlicher Fall von Repression ist die Inhaftierung der Schweden, die sich weigerten, Militärdienst zu leisten oder die gegen Wehrpflicht und Krieg mit Norwegen agitierten, wie oben erwähnt. Eine zentrale Rolle spielte hier die sozialistische Jugendorganisation und ihre lokalen Zweige. In ihrer Zeitschrift „Brand“ argumentierten die JungsozialistInnen vehement gegen einen Krieg mit Norwegen, gegen die Wehrpflicht und für einen Generalstreik gegen den Krieg. Der erste junge Mann, der diesen Dienst verweigerte, war der Eisenbahnarbeiter Josef E. Andersson aus Stockholm. Er wurde auf dem Kongress 1903 gefeiert. Später, im selben Jahr, wurde der Verweigerer Carl August Schönqvist festgenommen. Er bekam einen Monat Gefängnis, wurde später aber erneut einberufen und im Mai 1905 zu zwei weiteren Monaten verurteilt. Fritiof Larsson wurde von einem Militärgericht zu zwei Monaten schwerer Arbeitsstrafe plus zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Auch im Distrikt Skåne berichtete „Brand“ über Kriegsdienstverweigerer. Die Organisation begann, Geld für die Unterstützung der Verweigerer und ihrer Familien zu sammeln (Fernström 1950:95-110). Dies sind nur ein paar Beispiele. Wir haben keine genauen und vollständigen Listen von Kriegsdienstverweigerern aus dieser Zeit.

Einige Autoren politischer Publikationen, die zu Geld- oder Haftstrafen verurteilt wurden, sind bereits genannt worden. Hinkel Berggren musste 50 Kronen für sein öffentliches Statement: „*Wenn die Offiziere gegen uns Gewalt anwenden, dann werden wir das gleiche Mittel gegen sie anwenden*“, bezahlen. Albert Jensen wurde für ein Pamphlet verhaftet, das vom lokalen Zweig in Norrköping verfasst worden war. Es sprach sich in starken Worten dagegen aus, einer Einberufung Folge zu leisten, und hatte eine Auflage von 68.000. Jensen wurde auch wegen einer Rede angeklagt, die er in Mjölby gehalten hatte (Fernström 1950: 109).

2.1.7 Wirkungen

Das Ergebnis des Referendums in Norwegen machte sehr deutlich, was die NorwegerInnen wollten, und das schwedische Parlament hatte auf seine Forderung nach einem Referendum eine klare Antwort erhalten. Die beeindruckende Unterschriftensammlung der Frauen trug zu dem überwältigenden Ergebnis mit bei.

Das Referendum selbst war natürlich nicht der einzige Faktor, der eine Rolle in diesem komplexen Prozess 1905 spielte. Die Zahl an Statements, Briefen und Berichten schwedischer und norwegischer Behörden übersteigt, was in diesem Kapitel erfasst werden kann. LeserInnen, die den Prozess genauer studieren wollen, sei das Buch „The Swedish-Norwegian union crisis a history with documents“ by Nordlund (Nordlund, 1905) empfohlen. Nach der Entscheidung des norwegischen Parlamentes, die Union mit Schweden zu beenden, trat die schwedische Regierung zurück und in einer Sondersitzung des Parlaments wurde eine Kommission eingesetzt, die aus allen Parteien bestand, um die letzten praktischen Verhandlungen zu führen.

Ein unbezweifelbares Ergebnis war das Ende der Union zwischen Norwegen und Schweden; Norwegen wurde ein unabhängiger und souveräner Staat. Dies war eine friedliche Lösung eines drohenden bewaffneten Konflikts.

Infolge des Referendum-Ergebnisses trafen sich vier Delegierte beider Länder in der Loge der Freimaurer in Karlstad, um darüber zu verhandeln, wie es weitergehen sollte. Selbst während dieser Gespräche war die Situation angespannt und beide Seiten sahen Krieg als ein mögliches Ergebnis an. Norwegen mobilisierte Mitte September 22.500 Soldaten entlang der Grenze und in der Marine. Schweden mobilisierte auf die gleiche Art und verlegte Teile seiner Marine in die Stadt Ströstad, nur wenige Seemeilen von der Grenze entfernt. Am 23. September 1905 wurde in Karlstad eine Einigung erzielt und ein Abkommen unterzeichnet. Norwegen musste die meisten seiner Befestigungsanlagen abreißen, und Schweden akzeptierte eine entmilitarisierte Zone auf seiner Seite der Grenze. Beide Staaten verpflichteten sich, alle zukünftigen Konflikte durch internationale Schiedsgerichtbarkeit zu regeln. Der schwedische Monarch Oscar II trat als König von Norwegen zurück. Norwegen wurde bald von anderen Ländern als unabhängiger Staat anerkannt, zuerst von Russland, England und andere folgten. Trotz dieser Übereinkunft gibt es keinen Zweifel, dass die einseitige Unabhängigkeitserklärung und de-facto-Trennung vom 7. Juni nicht internationalem Recht entsprach. Einige NorwegerInnen sehen dies jedoch anders. Der norwegische Professor Nikolaus Gjelsvik argumentierte in einem Artikel 1905 (Gjelsvik 1905), dass die norwegische Entscheidung eine Verletzung der Verfassung darstellte, aber dass internationales Recht Vorrang vor nationalem habe und Norwegen deshalb innerhalb des Rechtssystems gehandelt habe. Sein Hauptargument war, dass Norwegen als souveräner Staat agieren durfte, weil es von Schweden, seinem Partner in der Union, mit Krieg bedroht worden war (Danielsen 2005). Naheliegender ist es, wie die meisten internationalen AutorInnen die Parlamentsentscheidung vom 7. Juni als illegal anzusehen: Norwegen habe als noch nicht souveräner Staat etwas getan, was Revolution, Staatsstreich oder Ziviler Ungehorsam genannt werden könnte.

Ein Set von Faktoren, das hier nicht diskutiert wurde, ist die Haltung und Sichtweise der Nachbarstaaten und der europäischen Großmächte zur Zeit der Auflösung der Union. Sie alle verfolgten ihren Zusammenbruch genau, aber die meisten hatten ihr Hauptaugenmerk auf anderen Konflikten. Die meisten Aktivitäten fanden nach dem 7. Juni 1905 statt, dem Tag des Beschlusses des norwegischen Parlaments (Åselius, 2005, Jungar, 2005, Due-Nielsen, 2005). Es ist schwierig, begründete Argumente zu finden, dass anderen europäische Länder eine größere Rolle in den Jahren vor der Auflösung der Union spielten.

Hat „die Friedensbewegung“ einen Krieg verhindert? Die kurze Antwort lautet: Ja. Wenn wir all die unterschiedlichen Akteure und Beteiligten, die sich jeweils auf ihre Weise in harter Arbeit gegen den Krieg engagierten, als „Friedensbewegung“ definieren, dann gibt es daran keinen Zweifel. Ohne ihren Beitrag hätten die Kriegstreiber in der öffentlichen Debatte gesiegt, und Schweden hätte seine militärischen Mittel genutzt, um die Auflösung der Union zu verhindern. Auch die aggressiven norwegischen Marineoffiziere, mit Børresen als dem extremsten, waren bereit zu einem präemptiven Angriff und hätten ihn wohl begonnen, wenn es nicht die große Gruppe friedlich eingestellter Norweger gegeben hätte, die sich gegen den Einsatz militärischer Mittel aussprachen und entschlossen dagegen arbeiteten.

Konterfaktische Geschichtsschreibung ist ein wichtiger und wertvoller Prozess für jeden, der sich eingehender mit der Untersuchung von Konflikten befassen will. Die Frage «Was wäre passiert, wenn» ermöglicht ein besseres Verständnis der Situation.

Wenn man sie auf die Konflikte zwischen Schweden und Norwegen bis und während 1905 anwendet, dann stellen wir fest, dass die Akteure und öffentlichen Stimmen gegen den Krieg sehr wichtig waren. Wenn es niemand gegeben hätte, der sich in den Jahren vor der Sezession 1905 gegen den Einsatz militärischer Mittel gegen Norwegen zur Wehr gesetzt hätte, dann wäre die Annahme zwingend, dass die politischen, militärischen und adeligen Führer Schwedens Krieg geführt hätten. Sie planten ihn jahrelang, investierten enorme Summen in neue Waffen, erweiterten ihre Spionagenetze und --aktivitäten und argumentierten mehr als zehn

Jahre, dass ein Ende der Union nicht akzeptabel wäre. Was hätte sie daran gehindert zu tun, was sie vorhatten, wenn es keine Stimmen dagegen gegeben hätte, wenn keine AktivistInnen demonstriert, ArbeiterInnen nicht einen Generalstreik gegen den Krieg propagiert, keine Soldaten ihre Beteiligung verweigert und keine Frauen Unterschriften für ein friedliches Ende des Konfliktes gesammelt hätten?

Alle Aktivitäten, die ausgeübt wurden, um eine militärische Konfrontation zu verhindern, können in folgende Kategorien eingeordnet werden: wichtig, notwendig, hinreichend, kontraproduktiv oder irrelevant. Mehr Forschung ist notwendig, um jede dieser Aktionen und Kampagnen zu beurteilen und zu identifizieren, zu welcher Kategorie sie gehören. Aber es gibt keinen Zweifel, dass sie zusammengenommen für die Verhinderung des Krieges zumindest als „notwendig“ angesehen werden müssen. Waren sie hinreichend? Ich neige dazu, sie als hinreichend anzusehen, aber für ein gut begründetes Urteil ist eine tiefere Analyse jeder dieser Aktivitäten und ihres Kontextes notwendig.

2.2 Der Vietnamkrieg und die Anti-Vietnamkrieg-Bewegung

Der Vietnamkrieg ist sehr gut dokumentiert, und auch die Anti-Vietnamkrieg-Bewegung wurde in etlichen Studien beschrieben. Während Geschichtsbücher und Studien aus der Zeit vor 1989 nur westliche Quellen heranzogen, sind jetzt auch Quellen aus Vietnam, der Sowjetunion und Osteuropa verfügbar, die belegen, welche strategischen Überlegungen und Kalküle die Gegner der USA in diesem Krieg leiteten (Lawrence 2008:2).

2.2.1 Historischer Zusammenhang und Überblick

Der Vietnamkrieg begann 1945/46 mit dem Widerstand vietnamesischer Kommunisten gegen die französische Kolonialherrschaft. 1954 wurde das Land in einen kommunistischen, von der Sowjetunion unterstützten Norden und den sich dem westlichen Block zurechnenden Süden geteilt. In der Folge kam es in Südvietnam zu einem Bürgerkrieg zwischen Regierungstruppen und kommunistischer Guerilla, den Viet Cong, die den Anschluss an Nordvietnam anstrebten. 1960 hatten die USA 800 Berater in Südvietnam; 1963 waren es bereits 16.000, die die Regierung unter Diem bei der Aufstandsbekämpfung unterstützten, ohne dass dies zu dem Zeitpunkt in den USA größere Aufmerksamkeit erfuhr (Davies 1989, Small 1996:115). Offiziell wurde von „Trainingsaufgaben“ der Berater gesprochen, wobei später bekannt wurde, dass amerikanische Piloten auch damals schon Kampfeinsätze flogen (Small 1996:115). Das verstärkte Engagement der USA wird in erster Linie mit innenpolitischen Gründen erklärt: nach der Kubakrise 1962 entschied der damalige US-Präsident Kennedy, dass er sich die ablehnende Reaktion zu Hause nicht leisten könne, wenn er das Regime in Saigon in die Hände von Kommunisten fallen ließe (Small 1996:116).

In Südvietnam kam es 1963 zu den ersten Protesten gegen Diem und den Krieg. Mehrere buddhistische Mönche verbrannten sich öffentlich in Anwesenheit von US-Medien. Diese Berichte über die Selbstverbrennungen trugen dazu bei, dass Washington einen Putsch gegen Diem unterstützte, der nach mehreren kurzfristigen Regierungswechseln eine Militärjunta unter Nguyen Van Thieu und Nguyen Cao Kyan die Macht brachte (Small 1996:116, Lawrence 2008:76ff).

Bei den US-Wahlen 1964, die der Demokrat Johnson gewann, spielte der Vietnamkrieg eine Rolle, besonders weil der republikanische Gegenkandidat Goldwater, ein Antikommunist erster Güte, der 1962 in seinem Buch „Why Not Victory“ dazu aufgerufen hatte, die Kommunisten überall auf der Welt zu stürzen, im Wahlkampf damit drohte, in Vietnam Atombomben

einzusetzen (Davies 1989:125ff, Small 1996:118).

In Vietnam eskalierte derweil der Konflikt, wobei die USA zu dem Zeitpunkt noch versuchten, ihre Beteiligung herunterzuspielen. Im Februar 1965 beschlossen die USA nach einem Zwischenfall im Golf von Tonkin, bei dem angeblich zweimal ein US-Kriegsschiff von Nordvietnam angegriffen worden war, Nordvietnam zu bombardieren, und ab Juli 1965 wurden US-Soldaten als Kampftruppen in Südvietnam eingesetzt (Small 1996:120). Erst Jahre später, 1971, wurde durch die Veröffentlichung von Pentagon Geheimpapieren durch Whistleblower Daniel Ellsberg bekannt, dass dieser Zwischenfall im Golf von Tonkin im August 1964 von den USA vorgetäuscht worden war, um einen Grund zu direktem und offenem militärischen Eingreifen zu haben (Lawrence 2008:131f).

Der Krieg in Vietnam hatte zwei Elemente: Im Süden fand ein von US-Truppen angeführter Bodenkrieg gegen die Guerilla der Viet Cong (Nationale Befreiungsfront) statt, parallel bombardierten die USA Nordvietnam und kämpften gegen die Vietnamesische Volksarmee.

Bei den Wahlen 1968, bei denen Johnson nicht mehr antrat, versprachen beide Kandidaten, Humphrey und sein (siegreicher) republikanischer Herausforderer Nixon, den Krieg zu beenden. Kurz vor den Wahlen wurden in Paris Friedensgespräche aufgenommen, und es kam sogar zu einer Bombardierungspause, aber die Verhandlungen kamen bald ins Stocken und die Bombardierungspause wurde schnell wieder beendet (Small 1996:124, Lawrence 2008:131).

Ab 1969/1970 weitete sich der Krieg unter Nixon auch auf die Nachbarstaaten Laos und Kambodscha aus. 1970 drangen amerikanische Bodentruppen nach Kambodscha vor, um Rückzugsgebiete der Viet Cong zu zerstören; die Invasion blieb aber weitgehend erfolglos und die US-Truppen wurden noch 1970 wieder zurückgezogen.

Es gab in der Folge mehrere Phasen von Verhandlungen und erneuten Offensiven und Bombardierungen, bis am 27. Januar 1973 schließlich ein Abkommen mit Nordvietnam unterzeichnet wurde und die USA ihre Bodentruppen abzogen. Die Bombardierungen von Kambodscha wurden zunächst fortgesetzt, bis nach dem Watergate-Skandal, der durch einen Einbruch in das Hauptquartier der Demokraten ausgelöst wurde. In seiner Folge wurden zahllose weitere Übergriffe von Regierungsbehörden bekannt, und der Kongress zwang Nixon, Mitte August 1973 alle militärischen Operationen in Indochina zu beenden (Lawrence 2008:164f). Kurz danach trat Nixon zurück. Im gleichen Jahr schafften die USA auch die Wehrpflicht ab (Brock & Young 1999: 263ff).

Der Krieg, der insgesamt drei Millionen Menschen das Leben gekostet hat, endete 1975 mit der Einnahme der südvietnamesischen Hauptstadt Saigon (heute: Ho Chi Minh Stadt) durch die Viet Cong. Nordvietnam hatte den Konflikt gegen die Supermacht USA gewonnen, und das geteilte Vietnam wurde wiedervereinigt. In Kambodscha kamen 1975 die Khmer Rouge unter Pol Pot an die Macht, die, bis sie durch eine vietnamesische Militärintervention 1979 gestürzt wurden, rund zwei Millionen ihrer MitbürgerInnen ermordeten.

2.2.2 Die Antikriegsbewegung: Entstehung und Verlauf

Die Bewegung gegen den Vietnamkrieg ist wohl einer der bestuntersuchten Fälle einer Antikriegsbewegung. Auch in politikwissenschaftlichen Untersuchungen über den Krieg und die staatliche Politik findet die Anti-Vietnamkrieg-Bewegung durchweg Erwähnung. Ihr Einfluss wird unterschiedlich beurteilt: Die Rolle der Bewegung bei der Beendigung des Krieges wird von einem Teil der „Falken“ betont, die eine Dolchstoßlegende kreierten („Der Krieg gegen den Kommunismus wurde zu Hause verloren“), während manche, die der Bewegung nahe standen, ihre Rolle sehr kritisch sehen.

Die Bewegung wurde durch ‚alte‘, zuvor existierende Friedensorganisationen ins Leben geru-

fen (s. Abschnitt „Mitwirkende“). Sie gewann an TeilnehmerInnenzahlen durch eine Kombination mehrerer Faktoren, wobei die Medienberichte über den Krieg zweifellos eine große Rolle spielten. Ein weiterer wichtiger Faktor war die Ausweitung der Wehrpflicht auf Studierende, die zuvor zumeist davon ausgenommen worden waren.

Die Bewegung stand in Wechselwirkung mit der Bürgerrechtsbewegung der Schwarzen in den USA und einem kulturellen Umbruch, der von den USA ausgehend sehr schnell auch Europa und die anderen Industrieländer erreichte, getragen von der (vornehmlich weißen) Hippie-Bewegung der 1960er Jahre und der Studierendenbewegung gegen Ende der 1960er Jahre. Die Hippie-Bewegung lehnte sich gegen die Autoritätsstrukturen der hergebrachten Gesellschaft, ihre Sexualmoral und ihre Musik auf – das Musical Hair setzte ihr (und dem Krieg in Vietnam) ein Denkmal.¹⁷ Die Studierendenbewegung nahm ihren Anfang 1968 in Frankreich, schwappte aber schnell auf alle anderen westeuropäischen Länder und die USA über, wo sie mit der Antikriegsbewegung überlappte (s. Carter 1992:86f). Sie war im Wesentlichen durch politisch linke Analysen und Positionen gekennzeichnet.

Anfang der 1960er Jahre fand das Engagement der USA in Indochina kaum öffentliche Beachtung und die Regierung wusste, wie oben erwähnt, die Bevölkerung bei ihrer Bekämpfung kommunistischer Regime hinter sich. 1963 kam es zu ersten öffentlichen Protesten, organisiert von der War Resisters' League, der US-amerikanischen Sektion der War Resisters' International, einer nach dem 1. Weltkrieg gegründeten antimilitaristisch-pazifistischen Dachorganisation.

1965 fanden erste Großdemonstrationen statt; die erste Antikriegsdemonstration im April 1965 in Washington, organisiert von der Studierendenorganisation Students for a Democratic Society (SDS), hatte 20.000 TeilnehmerInnen (Isserman 1992).

In den Folgejahren wuchs der Protest, und Meinungsumfragen zeigten, dass die Ablehnung des Krieges, anfänglich eine Position einer kleinen Minderheit, in der amerikanischen Öffentlichkeit wuchs, auch wenn der Krieg zumindest bis 1970/71 von einer Mehrheit der Bevölkerung befürwortet wurde (s. unten).

Der Höhepunkt der Anti-Vietnamkrieg-Bewegung war der Zeitraum zwischen 1967 und 1969. Im April 1967 protestierten 100.000 Menschen in Washington gegen den Krieg, und die Forderung nach dem Rückzug der amerikanischen Truppen wurde angesichts der im US-Fernsehen ausgestrahlten Berichte über die Grausamkeit der Kampfhandlungen unüberhörbar.¹⁸ Auch Martin Luther King sprach sich seit 1967 gegen den Krieg aus (Wells 1994:117ff).

Im Oktober 1969 nahmen insgesamt über drei Millionen Menschen in über 200 Städten an Antikriegsprotesten teil, die die Forderung nach einem Moratorium zum Mittelpunkt hatten (McReynolds 1992). Im November 1969 demonstrierten 500.000 in Washington (Cortright 2008:162).

1970 kam es zu gewalttätigen StudentInnenprotesten und einem landesweiten Streik von Studierenden, an dem sich geschätzt acht Millionen beteiligten, nachdem die Nationalgarde bei einem Protest am Kent State College vier Studenten erschossen hatte.

Als Nixon das Ende der Bodeninvasion in Kambodscha verkündete und die Zahl der US-Truppen ab 1970 immer weiter reduziert wurde, verlor auch die Anti-Vietnamkrieg-Bewegung

¹⁷ Viele AktivistInnen aus der organisierten Friedensbewegung standen dieser Gegenkultur im Übrigen kritisch gegenüber (s. Farber 1992).

¹⁸ Zum Beispiel der Bericht über das My Lai Massaker, das zuerst als ‚bedauernswerter Einzelfall‘ dargestellt wurde, von dem aber mehr und mehr klar wurde, dass es das nicht war (Meyrowitz & Campbell 1992:130ff).

an Schwung, wenngleich die Proteste auch 1971 und 1972 noch weiter gingen (Wells 1994:449). 1971 nahmen in Washington gerade noch 15.000 Menschen teil (McReynolds 1992).

Ein wichtiges Element der Antikriegsbewegung war neben den Demonstrationen die Kriegsdienstverweigerung: Junge Männer entzogen sich ihrer Einberufung durch offene Kriegsdienstverweigerung oder durch Flucht ins Ausland, und Soldaten und Veteranen schlossen sich den Kriegsprotesten an.¹⁹ Der Krieg wurde bei den US-Soldaten so unpopulär, dass ab ungefähr 1969 von einer extrem schlechten Truppenmoral gesprochen werden muss. Drogenkonsum stellte ein erhebliches Problem dar, und es kam zu zahlreichen Fällen offener Befehlsverweigerung und sogar zur Tötung von Vorgesetzten durch ihnen untergeordnete Soldaten, dem sog. „fragging“ (Jeffreys-Jones 1999:118f, Lawrence 2008:151).²⁰

2.2.3 Mitwirkende

Das typische Mitglied der Anti-Vietnamkrieg-Bewegung war ein jüngerer weißer Mann aus der Mittelschicht. Frauen waren zwar auch beteiligt, fanden sich aber vielfach in untergeordneten Rollen wieder (Echols 1992:173). Swerdlow (1992:159) berichtet sogar, dass in einem Fall Frauen das Rederecht bei einer Veranstaltung verweigert wurde, weil sie als Nichtkombattantinnen ja nicht betroffen seien.²¹

Die meisten Soldaten, mindestens zwei Drittel, gehörten demgegenüber der Unterschicht an, viele von ihnen waren Schwarze (Cortright 2008:184). Während ihr Widerstand gegen den Krieg, den sie anfänglich unterstützt hatten, ebenfalls wuchs und auch Martin Luther King als der Führer des gemäßigten Flügels der Bürgerrechtsbewegung sich seit 1967 gegen den Krieg aussprach, sprechen die meisten AnalytikerInnen der Bewegung von einem Graben zu der bürgerlichen Protestbewegung, der nicht überwunden wurde (Jeffreys-Jones 1999:94ff).

Was die Gewerkschaften anging, so unterstützten diese überwiegend den Krieg, auch wenn sich 1969 einige von ihnen von der Gewerkschafts-Dachorganisation abspalteten und sich den Forderungen der Antikriegsbewegung anschlossen (Benedict 1977:80, Cortright 2008:179).

Es war eine Reihe von Organisationen an der Antikriegsbewegung beteiligt. Die wohl wichtigsten waren die folgenden:

- Students for a Democratic Society (SDS), eine linke Gruppierung, bei der die Führungsspitze dem Maoismus zuneigte. Die SDS hatte 1966 weniger als 15.000 Mitglieder; ein paar Jahre später geschätzte 100.000 (Isserman 1992:23).
- War Resisters' League, ein alter pazifistisch-antimilitaristischer Verband, der SozialistInnen, AnarchistInnen und andere AntimilitaristInnen vereinte.
- Die „alte Linke“ mit Trotzlisten aus verschiedenen Gruppierungen, z. B. der Socialist

¹⁹ Zum Beispiel organisierten 2.000 Vietnamveteranen im April 1971 eine 4-tägige „Invasion“ Washingtons, während der sie in zerrissenen Uniformen ihre Medaillen auf die Stufen des Kapitols warfen (Lawrence 2008:151).

²⁰ Nach „fragmentation grenades“, die in Zelte von Vorgesetzten geworfen wurden. In der Literatur werden unterschiedliche Angaben über die Häufigkeit solcher Vorfälle gemacht. Nach Anderson verweigerten Soldaten allein 1970 rund 30 Angriffsbefehle („combat refusal“), und es gab bis Dezember 1972 zwischen 800 und 1.000 Fällen von (versuchter) Tötung von Vorgesetzten und mehr als 1.400 ungeklärte Todesfälle (Anderson 1992:105). Cortright nennt eine Zahl von 551 solcher Zwischenfälle zwischen 1969 und 1972 mit 86 Toten und 700 Verletzten (Cortright 1992:123).

²¹ Dies hat auch eine katalysatorische Wirkung auf die entstehende feministische Bewegung gehabt – viele Frauen begannen, sich selbst in eigenen Gruppen zu organisieren und patriarchale Unterdrückungsstrukturen zu analysieren (Overy 1982:36).

Workers' Party (SWP). Sie setzte allein auf legale Proteste (Cortright 2008:157ff). Ihr Hauptslogan 1965 war: „*Bring the boys home now*“ (Brock & Young 1999: 263ff).

- SANE, eine Organisation, die sich in den 1950er Jahren gegen Atomwaffen gegründet hatte. SANE hatte stets Proteste und Lobbyarbeit miteinander verbunden und tat dies auch als Teil der Anti-Vietnamkriegs-Bewegung (Cortright 2008:157ff).
- Clergy and Laymen Concerned About Vietnam – CALCAV- war eine interreligiöse Gruppe von ChristInnen und JüdInnen²², die sich 1963 aus Betroffenheit über die Selbstverbrennungen von Buddhisten in Vietnam gründete.
- Weitere wichtige religiöse Gruppen in der Bewegung waren u. a. der Versöhnungsbund in den USA, das Ecumenical Interreligious Committee on Vietnam, der National Council of Churches, die Catholic Peace Fellowship, die Union of Marican Hebrew Congregations, das American Friends Service Committee und die Catholic Worker Movement (Hall 1992).
- Committee for Nonviolent Action (CNVA), das sich auf Aktionen Zivilen Ungehorsams spezialisierte.
- Vietnam-Veteranen formten eine der wichtigsten Organisationen der Zeit, die Vietnam Veterans against the War. 1971 hatte sie 20.000 Mitglieder, davon 2.000, die noch in Vietnam dienten (Cortright 2008:166).

1965 schlossen sich die meisten der genannten Gruppen in einer Anti-Vietnamkrieg-Koalition zusammen, die allerdings unter den unterschiedlichen Positionen zu Nordvietnam litt. Einige der Gruppen ergriffen Partei für die nordvietnamesische Seite, während andere den Krieg beider Seiten ablehnten (Brock & Young 1999: 278f).

Einen eigenen Sektor in der Anti-Vietnamkrieg-Bewegung stellte die Kriegsdienstverweigerungs- und GI-Bewegung dar. Sie war keine einheitliche Bewegung, sondern zeichnete sich durch sehr unterschiedliche, individuelle Entscheidungen der betroffenen Rekruten und Soldaten aus (s. Anderson 1992, Chatfield 1990:388f). Zum einen waren da die jungen Männer²³, die sich durch Flucht ins Ausland (nach Kanada, Europa oder Australien) der Einberufung entzogen oder blieben und den Kriegsdienst verweigerten, wofür sie i. d. R. mit Gefängnis bestraft wurden (die ersten drei Verweigerer wurden 1966 zu drei Jahren Haft verurteilt.). Die öffentliche Verbrennung von Einberufungskarten ab 1967 (Cortright 2008:164) wurde zu einer bis heute unvergessenen Aktionsform. Insgesamt wurden rund 570.000 junge Männer als „Verletzer der Wehrpflicht („draft offenders“) klassifiziert. Von ihnen wurden 8.750 verurteilt und 3.250 mussten eine Haftstrafe absitzen (Cortright 2008:165). 170.000 Männer wurden als Kriegsdienstverweigerer klassifiziert (Cortright 2008:167).

Zum anderen waren da diejenigen, die aus dem Militär heraus Widerstand gegen den Krieg leisteten. Es entstanden verschiedene Untergrundzeitungen, Kriegsgegner trafen sich mit Gleichgesinnten und zivilen UnterstützerInnen in sog. Antikriegscafés, die in unmittelbarer Nähe von Militärbasen eingerichtet wurden. Aktive GIs bezogen auch öffentlich Stellung gegen den Krieg, z. B. erschien 1969 in der New York Times eine ganzseitige Anzeige, die von 1.366 aktiven Soldaten unterzeichnet worden war (Cortright 2008: 165). Besonders in den späteren Kriegsjahren stieg die Zahl der Deserteure stark an, wobei auch immer mehr Freiwillige, nicht mehr nur Wehrpflichtige, desertierten (McReynolds 1992:63). Und dazu kam der passive und manchmal auch aktiv gewalttätige Widerstand bei den Soldaten in Vietnam selbst, auch

²² Ob auch BuddhistInnen und MuslimInnen dabei waren, ist mir nicht bekannt.

²³ Frauen unterlagen nicht der Wehrpflicht und wurden auch nur sehr beschränkt freiwillig ins Militär aufgenommen. Deshalb zieht die Autorin es vor, hier die allein männliche Schreibweise zu verwenden.

wenn das *fragging* und der Drogenkonsum nicht im engeren Sinne als Teil der Antikriegsbewegung gesehen wurden. Insgesamt, so wird geschätzt, nahm jeder vierte einberufene Soldat an irgendeiner Form von Protest gegen den Krieg teil (Cortright 2008:165).

2.2.4 Positionen und Forderungen

Die Antikriegsbewegung-Bewegung zeichnete sich dadurch aus, dass ihre Träger in verschiedener Hinsicht unterschiedliche Positionen vertraten. Eine Trennlinie verlief zwischen denjenigen, die sich als Linke auf die Seite Nordvietnams stellten (eine Minderheit in der Bewegung), und jenen PazifistInnen, die entweder grundsätzlich jeden Krieg ablehnten (wie War Resisters' League) oder eine tiefe Skepsis gegenüber dem real existierenden Sozialismus - sei er chinesischer oder sowjetischer Prägung - empfanden, Krieg aber als ungeeignetes Mittel zu seiner Bekämpfung ansahen.

Ein Teil der AktivistInnen rekrutierte sich aus der Opposition zu bestimmten Waffentypen (Nuklearwaffen) oder Vorgehensweisen der USA in dem Krieg, der als „schmutziger Krieg“ wahrgenommen wurde (Bombardierung von Hanoi, Einsatz von Minen in Haiphong, Napalm, Entlaubung usw.) (Overy 1982, DeBenedetti 1990:88ff).

Diese unterschiedlichen Motivationen führten zu drei Positionen in Bezug auf die Beendigung des Krieges:

1. Befürwortung eines bedingungslosen militärischen Sieges Nordvietnams;
2. „*Stop the Killing Now*“, der Ruf nach einem Waffenstillstand, der eine Übereinkunft der Kriegsparteien oder eine einseitige Beendigung des militärischen Engagements der USA implizierte;
3. einseitiger Abzug der US-Truppen sofort, auch wenn das den Sieg der Kommunisten bedeutete (Brock & Young 1999:280f).

2.2.5 Strategien und Aktionsformen

Die beiden Hauptgesichter der Anti-Vietnamkrieg-Bewegung waren zum einen Massendemonstrationen in Washington und anderen Städten und zum anderen der Widerstand der Wehrpflichtigen und Soldaten, der viele Elemente Zivilen Ungehorsams beinhaltete (z. B. die Verbrennung von Einberufungskarten). Die Hauptstrategie der Bewegung war, die jeweilige US-Regierung und den Präsidenten dazu zu bewegen, ihre Politik zu ändern. In den Zeiten, wo Präsidentschaftswahlen anstanden, setzten viele auf die Wahl eines Kandidaten, der die Forderung nach einem Ende des Krieges erfüllen würde. Dennoch scheint es keinen echten Dialog zwischen den KriegsgegnerInnen und der obersten Ebene der US-Regierung gegeben zu haben – die Kommunikation fand weitgehend medial statt (Wells 1994:1).

Die wichtigste Ausnahme hierbei dürfte Lobby-Arbeit gegenüber dem Kongress gewesen zu sein, mit dem Ziel, Abgeordnete für die eigenen Anliegen zu gewinnen und in der Hoffnung, dass diese sich dann gegen die Politik des Präsidenten einsetzten (Dumbrell 1989b:107f).

Die Antikriegsbewegung hat sich damit schwer getan, die Mehrheit der Bevölkerung auf ihre Seite zu bringen; im Gegenteil: ein hoher Prozentsatz der US-AmerikanerInnen fand sie in Befragungen in den 1960er Jahren „abstoßend“. Während fast der gesamten Zeit des Krieges sprach sich in Meinungsumfragen die Mehrheit für den Krieg, nicht gegen ihn aus. Erst 1970/71 änderte sich dies (s. Garfinkel 1997:17, Cortright 2008:164).²⁴ Allerdings scheint kein

²⁴ Ende 1967 glaubten 45 % der Amerikaner, dass die Militärintervention in Vietnam ein Fehler gewesen war (Lawrence 2008:111f). 1965 hatten noch 57 % die Politik der USA in Vietnam unterstützt, nur 24 % hielten ihn

direkter kausaler Zusammenhang zwischen der Ablehnung der Bewegung und der Befürwortung des Krieges bestanden zu haben – dritte, zentralere Einstellungen wie Patriotismus bestimmten beides (Garfinkel 1997:17). Das heißt, die Menschen befürworteten den Krieg nicht deshalb, weil sie die Bewegung ablehnten, sondern weil sie sich als PatriotInnen hinter ihre Regierung stellten. Aber es bestand offensichtlich ein Zusammenhang mit den Wahlentscheidungen der AmerikanerInnen – so interpretiert Garfinkel den Wahlsieg von Richard Nixon als Reaktion auf die Antikriegsbewegung (1997:163).

Proteste gegen den Krieg fanden nicht nur in den USA statt, sondern auch in vielen europäischen Ländern und in Kanada. Dazu kamen Proteste in Vietnam selbst, besonders von buddhistischen Mönchen. Doch diesem internationalen Aspekt scheint in den USA wenig Aufmerksamkeit gezollt worden zu sein (Brock & Young 1999:281); zumindest spielt er keine Rolle in der Strategie der Anti-Vietnamkrieg-Bewegung. Ein Grund dafür mag auch gewesen zu sein, dass in Europa die StudentInnenbewegung ‚den Ton angab‘, und diese sich mit den Gegnern des „US-Imperialismus“ solidarisch erklärte (Benedict 1977:99) – eine Haltung, die in den USA als undifferenziert amerikafeindlich wahrgenommen wurde, was ein Interesse an eventueller Zusammenarbeit mit den bürgerlich geprägten Gruppen der US-Antivietnamkriegs-Bewegung unwahrscheinlich erschienen ließ.²⁵

2.2.6 Repression

Der US-amerikanische Staat ging mit großer Härte gegen Kriegsdienstverweigerer und Deserteure vor, die meistens zu Haftstrafen verurteilt wurden. In Demonstrationen griff die Polizei gewöhnlich nur dann ein, wenn gewaltsame Proteste drohten. 1970 allerdings erschoss die Nationalgarde bei Protesten vier Studierende eines Colleges (Kent State College), was zu massiven gewaltsamen StudentInnenprotesten und einem Streik der Studierenden landesweit mit acht Millionen TeilnehmerInnen führte.

Darüber hinaus wurde die Bewegung in großem Umfang von der CIA bespitzelt. Ende 1967 beauftragte Präsident Johnson die CIA, ein illegales Überwachungsprogramm gegen die AnführerInnen des Protests zu starten. Im Laufe der Bespitzelungsaktion mit dem Namen „Operation Chaos“ sammelte die CIA über die nächsten sieben Jahre Informationen über 300.000 AmerikanerInnen (Lawrence 2008:119) und versuchte, die AnführerInnen der Bewegung zu diskreditieren (Carter 1992:99f). Anfang der 1970er Jahre versuchte die Nixon-Administration, in einer konzertierten Aktion gegen die Bewegung vorzugehen und sie durch massive Polizeieinsätze bei Demonstrationen zu unterdrücken. Bei dem Marsch auf Washington 1971 wurden Tausende (13.400 Personen) für vier Tage in Haft genommen.

2.2.7 Wirkungen

Die Beteiligung der USA am Vietnamkrieg mit eigenen Bodentruppen dauerte acht Jahre, bis die Truppen nach der Schließung eines Abkommens, das mehr oder weniger den Sieg der Gegner der USA festhielt, zurückgezogen wurden. Was war der Beitrag der Antikriegsbewe-

für einen Fehler und ein Drittel meinte, dass die DemonstrantInnen kein Recht zu ihren Protesten hätten (Wells 1994:63). 1971 meinte dann eine Mehrheit von 58 %, dass es „moralisch falsch“ von den USA sei, in Vietnam zu kämpfen (Lawrence 2008:151).

²⁵ Soweit es die Autorin nach den Quellen beurteilen kann, war „US-Imperialismus“ kein Schlagwort, das in der Bewegung in den USA eine Rolle spielte, abgesehen von einigen auf der extremen Linken einzuordnenden Organisationen.

gung zu diesem Ausgang? Und zum zweiten: Lassen sich Entscheidungen der US-Regierung während des Krieges auf den Einfluss der Bewegung zurückführen?

Um mit der zweiten Frage anzufangen: Es ist kaum bezweifelbar, dass die Proteste immer wieder politische Entscheidungen der US-Regierung während des Verlaufs des Krieges beeinflussten.

- Overy schreibt, dass die USA auf einen Einsatz von Atombomben aufgrund der Proteste verzichtet hätten (Overy 1982:38).²⁶
- Besonders von Präsident Johnson wird berichtet, dass sein privates Umfeld gespalten war, und er sich als unter Druck stehend empfand (Wells 1994:106ff, Small 1984:8f). Dass er nicht zur Wiederwahl antrat und Verhandlungen vorschlug, um den Krieg zu beenden, dürfte ein direktes Ergebnis davon sein (Lawrence 2008:129f, 137; Small 1996:121ff). Allerdings war die Bewegung nicht stark genug, die Wahl eines Präsidentschaftskandidaten zu erreichen, der ihre Ziele umsetzen würde. Statt Johnson wurde mit Nixon ein Präsident gewählt, der den Krieg weiter eskalierte, wohl auch, weil die Proteste auf den Straßen Menschen in Angst versetzten (McReynolds 1992:70).
- In der Regierungszeit von Johnson stand die Frage an, ob eine Invasion Nordvietnams versucht werden sollte. Johnson entschied sich dagegen, weil er die Effektivität bezweifelte und Angst vor einem Eingreifen Chinas hatte, aber auch, weil er die Reaktion zu Hause fürchtete (Wells 1994:154f).
- Nach der Tet-Offensive (30.1.–23.9.1968) Nordvietnams und des Viet Cong überlegten die USA, ob mehr Truppen entsandt werden sollen. Präsident Johnson entschied sich schließlich dagegen, anscheinend weniger aufgrund der Proteste auf der Straße, sondern weil ein Panel von unabhängigen außenpolitischen Beratern ihm davon abriet. „*Far more than protests on campuses or in the streets, the defection of these powerful men – all of them from the business, legal, and policy-making elite – convinced Johnson that he had to do something dramatic*“ (Lawrence 2008:129). Aber dies kann auch als ein Beispiel dafür interpretiert werden, wie die Spaltung von Eliten politische Veränderung herbeibringen kann.
- 1969 begann Nixon, den Krieg zu eskalieren und (vor der Öffentlichkeit zunächst geheim gehalten), Kambodscha zu bombardieren (Small 1996:124f). Als Nixon im Oktober 1969 dem Rebellenführer Ho Chi Minh ein geheimes Ultimatum stellte, fanden zeitgleich, ohne dass die Bewegung von dem Ultimatum wusste, Massendemonstrationen mit über drei Millionen TeilnehmerInnen statt. „*Nixon had to take them into account when he permitted the November 1 deadline to pass without any action*“ (Small 1996:125); der Präsident ließ das Ultimatum verstreichen.
- Die Bewegung verhinderte zu Nixons Zeit eine größere Eskalation der Gewalt. Nixon selbst gab Einfluss der Bewegung auf seine Entscheidungen zu, gab aber der Friedensbewegung die Schuld daran, dass seine Bemühungen, den Krieg 1969 zu beenden, nicht erfolgreich waren (Cortright 2008:161f).

Was die Beendigung des Krieges angeht, so gibt es, wie schon in der Einleitung angemerkt, verschiedene Sichtweisen, was die Rolle der Bewegung betrifft.

Viele AutorInnen wie politische und militärische Akteure der damaligen Zeit sprechen der Antikriegsbewegung einen wesentlichen Einfluss auf die Kriegsführung der USA zu und machen sie für den Rückzug der USA verantwortlich. Zu ihnen gehören nicht nur KriegsgegnerInnen,

²⁶ Das konnte ich allerdings in der wissenschaftlichen Literatur nicht belegt finden.

sondern auch KriegsbefürworterInnen, die der Antikriegsbewegung die Schuld an der Niederlage der USA geben. Einige Generäle sprachen sogar von einem „Dolchstoß“. General Schwarzkopf (1992) wird zitiert mit dem Statement: „*We were fighting with one hand tied behind our back*“ (Cortright 2008:163).

Die Bewegung hatte, wie mehrere AutorInnen schreiben, den Krieg in der Bevölkerung unpopulär gemacht. Sie hatte auch zu einem Mangel an Personal im Militär, zur Spaltung der Eliten und dazu beigetragen, dass die Moral im Militär selbst zu großen Teilen zusammengebrochen war (Overy 1982:38, Dumbrell 1989a:1f, Cortright 2008:157, Carter 1992:97ff). Nach Jeffrey-Jones lagen die Gründe für den Erfolg der Antikriegsbewegung darin, dass die Proteste für das Weiße Haus unerwartet kamen und die Administration überraschten, dass ihre Desorganisation und Uneinigkeit selbst zur Verwirrung der Regierung beitrugen, weil sie die Bewegung unberechenbar machten, und dass die Abfolge verschiedener Höhepunkte der Proteste - von zuerst Studierenden, dann von Schwarzen, dann von Frauen - eine kumulative Wirkung hatten (Jeffreys-Jones 1999:3).

„*It is said by supporters of the Vietnam War that the war was lost not in Vietnam but in the antiwar movement in America. I hope that is a correct analysis. It would be the highest tribute both to the antiwar movement and to American democracy if it could be firmly established that organized public opinion and political action were responsible for correcting the enormous blunders of the leaders who took us into the jungles of Vietnam.*“ (McGovern 1992:xii)

Aber es gab neben ihrem Einfluss andere Faktoren, die einen großen Einfluss nahmen, wie Carter (1992:97ff) hervorhebt: Die Sorge vor einer sowjetischen oder chinesischen Intervention, die durch eine Invasion in Nordkorea oder den Einsatz von Atomwaffen hätte provoziert werden können, während der Krieg im Süden allein nicht gewinnbar war, war ein wesentlicher Faktor neben dem Druck, den die Bewegung über die Jahre auf die Administration aufgebaut hatte.

Es gibt aber auch eine Gegenseite in der wissenschaftlichen Literatur und Kritik an der Bewegung. Diese bezieht sich im Kern auf drei Punkte: 1., dass die Anti-Vietnamkrieg-Bewegung zumindest in den ersten Jahren von der Bevölkerung mehrheitlich abgelehnt wurde, 2., dass die Präsidenten Angst hatten, „der Straße“ nachzugeben, und die Bewegung so unabsichtlich einen Friedensschluss mit Nordvietnam behindert habe und 3., dass Nordvietnam die Antikriegsbewegung mit in sein Kalkül der wahrscheinlichen nächsten Schritte der US-Regierung einbezog, was ebenfalls ein frühes Ende des Krieges verhinderte.

Zu 1.: Der Bewegung war es, wie erwähnt, lange Zeit nicht gelungen, die Mehrheit der Bevölkerung auf ihre Seite zu ziehen, was bei den Wahlen regelmäßig zu einem Backlash gegen die Bewegung führte. Berkowitz (1973)²⁷ untersuchte anhand von Gallup-Umfragen, ob eine Korrelation zwischen Demonstrationen und der Meinung in der Bevölkerung zu dem Krieg bestünde, und stellte fest, dass die einzige Verbindung eine – aus der Sicht der Protestierenden – negative war: nach großen Demonstrationen stieg die Zustimmung zum Handeln des Präsidenten leicht an. Der langfristige Rückgang der Zustimmung zum Krieg könnte natürlich trotzdem etwas mit der Bewegung zu tun gehabt haben, wobei Schreiber vermutet, dass es plausiblere Thesen gebe, z. B. einen direkten Zusammenhang mit der Zahl der gefallenen US-Soldaten; ein Faktor, der auch schon im Korea-Krieg eine direkte Korrelation aufwies (Schreiber 1976:227).²⁸

²⁷ Nach Schreiber 1976.

²⁸ Er bezieht sich hier auf: John E. Mueller (1973): *War, Presidents and Public Opinion*. New York: Wiley, S. 70.

Nach Dumbrell tendieren quantitative Studien dazu, „*to portray antiwar activities as having a negligible or ambivalent effect in turning either elite or public opinion against the war*“ (Dumbrell 1989a:3). Tatsächlich zeigen die Zahlen, dass selbst 1971, als schließlich die Mehrheit der Bevölkerung den Krieg nicht mehr wollte, immer noch Befragte in beachtlicher Zahl auch die Antikriegsbewegung ablehnten (Cortright 2008:163, Garfinkle 1997:17).²⁹

Zu 2.: Die Sorge der Regierenden, als ‚schwach‘ wahrgenommen zu werden, wenn sie den Forderungen der Bewegung nachgäben, führte nach einigen Autoren dazu, dass die Demonstrationen die Unterstützung der schweigenden Mehrheit für den Krieg verstärkten und so den Krieg letztlich verlängerten (Garfinkle 1997:13/163f). „*The antics of the radical antiwar movement deterred more Americans from opposing the war sooner because they were afraid of the company they would have to keep by so doing.*“ (Garfinkle 1997:13)³⁰

Zu 3.: Johnson und Nixon behaupteten beide oft, die Antikriegsbewegung könne den Krieg verlängert haben, weil sie Hanoi Überzeugung stärkte, dass ein Umschwenken in den USA durch die Straße erzwungen werden könnte. Sonst hätte Nordvietnam bei den Verhandlungen eher nachgegeben (Small 1984:2). Tatsächlich bezogen die Kriegsparteien in Vietnam die Proteste in den USA in ihr Kalkül mit ein, wie nach der Öffnung der Quellen dokumentiert werden konnte. So schreibt Lawrence, dass Nordvietnam nicht nur von seinem militärischen Sieg überzeugt war, sondern auch davon, dass eine wachsende öffentliche Ablehnung des Krieges in den USA Nixon schließlich zwingen werde, Frieden nach den Bedingungen Nordvietnams zu schließen (Lawrence 2008:13/141; Jeffrey-Jones 1999:3). 1969 lehnte Nordvietnam deshalb Angebote der USA, beidseitig Truppen abzuziehen, ab.³¹

Das Fazit, das aus diesen sich teilweise widersprechenden Beobachtungen gezogen werden kann, ist dreierlei:

1. Die Antikriegsbewegung entstand in einer Zeit eines kulturellen Umbruchs, wurde von ihm mitgeprägt und prägte ihn – die Hippiebewegung, die Studierendenbewegung, die US-Bürgerrechtsbewegung und die Frauenbewegung veränderten die politische und gesellschaftliche Kultur nicht nur in Nordamerika, sondern im gesamten globalen Norden. Von daher ist die mehrheitlich ablehnende Haltung gegenüber der Bewegung in Umfragen kaum verwunderlich.³² Zwischen den Wahlen gelang es der Bewegung trotzdem, die Führung des Krieges durch die US-Regierung zu beeinflussen, gelegentlich Eskalationen des Krieges zu verhindern und Einfluss bis in die Eliten hinein auszuüben. Aber ihre Kraft reichte nicht aus, einen schnellen Friedensschluss zu erzwingen. Und bei jeder Wahl kam es dann zu einem Backlash, weil die nicht gewonnene Bevölkerungsmehrheit Präsidentschaftskandidaten bevorzugte, die dem Krieg positiv gegenüber standen.

Das Kriegsende war in erster Linie eine militärische Niederlage – allerdings eine Niederlage, die durch die offenbar desaströsen Verhältnisse innerhalb des US-Militärs mit verursacht wurde. Und diese Verhältnisse sind wiederum in dem Widerwillen einer großen Zahl von Soldaten reflektiert, in Vietnam Krieg zu führen, und hatten viel mit der Antikriegsbewegung zu tun.

²⁹ Selbst Mitte 1970 wurde der SDS (Students for Democratic Society) als „highly unfavourable“ Gruppe von 42 % bezeichnet, noch vor der John Birch Society und den Black Panther (Garfinkle 1997:18).

³⁰ Er zitiert dafür: John P. Robinson, „Balance Theory and Vietnam-Related Attitudes“, *Social Science Quarterly* 53,1, December 1970.

³¹ Auch Overy spricht davon, dass die Antivietnam-Vkrieg-Bewegung die Moral Nordvietnams stärkte (Overy 1982: 38).

³² Ob es sich bei der Ablehnung der Bewegung also letztlich um Angst vor sozialem Wandel mehr als um das Thema „Vietnamkrieg“ ging, kann nicht beantwortet werden.

Wie bei anderen Friedensbewegungen auch, kamen natürlich noch eine Reihe von weiteren Wirkungen, hinzu, die nicht direkt mit dem Ziel, den Vietnam-Krieg zu beenden, zusammenhängen. So weist Wasmuth besonders auf die Schaffung von Organisationen hin, „*die heute noch relevant sind für die Friedensarbeit während der 80er Jahre*“ (Wasmuth 1987:94). Spätere Antikriegsbewegungen haben sich immer wieder auf den Vietnamkrieg und die Bewegung gegen ihn bezogen, und die Warnung vor einem ‚zweiten Vietnam‘ hat bis heute durchaus Gewicht in der öffentlichen Diskussion. Eine andere Folge der Bewegung und der beiden Regierungsskandale, die mit ihr zusammenhängen (Pentagon-Papiere, aber auch Watergate), war, dass das Vertrauen in die Regierung insgesamt schwer beschädigt wurde, wie Meinungsumfragen in der ersten Hälfte der 1970er Jahre belegen (Dumbrell 1989b:101).

2.3 Die Anti-Contra-Krieg-Bewegung der 1980er Jahre

Die Bewegung gegen die US-Unterstützung der Contra-Guerilla in Nicaragua in den 1980er Jahren ist im Vergleich zur Anti-Vietnamkrieg-Bewegung wenig dokumentiert. Die für diesen Abschnitt herangezogenen Hauptquellen sind eine 2012 von Roger Peace veröffentlichte Studie sowie die Arbeiten von Griffin-Nolan über die Organisation Witness for Peace.

2.3.1 Historischer Zusammenhang und Überblick

In einem zweijährigen bewaffneten Aufstand stürzte die linksorientierte FSLN (die Sandinistas) den Diktator Somoza und übernahm im Juli 1979 die Macht. Der Bürgerkrieg hatte 50.000 Menschen das Leben gekostet (Peace 2012:12). Während der demokratische US-Präsident Carter den Machtwechsel widerwillig hinnahm, begann sein 1980 gewählter republikanischer Nachfolger Ronald Reagan, gegen das, was er den „*Marxismus in Lateinamerika*“ nannte, vorzugehen.

Nach dem Sieg der Sandinisten bildeten Mitglieder der Nationalgarde des Somoza-Regimes eine Guerilla, unterstützt von argentinischen Spezialeinheiten und von der CIA. 1982 bis 1990 führten die sog. „Contras“ einen blutigen Bürgerkrieg, dessen Ziel die Absetzung der Sandinisten war, und der vor allem mit Mitteln des Terrors gegen die Zivilbevölkerung ausgetragen wurde. Sie wurden von Anfang an von den USA unterstützt.

1983 stritten Kongress und Senat über die Finanzierung der Contras, mit dem mehrheitlich demokratischen Kongress gegen sie und dem Senat dafür; ab 1984 flossen dann Gelder an die Contras (Peace 2012:81). Als die Verminung der Häfen Nicaraguas in einer CIA-Operation 1984 zu Empörung im Congress führte, wurden die Mittel vorübergehend gestoppt. Kurz danach bewilligte der Congress jedoch „nicht-tödliche“ Hilfe an die Contras, und ab 1986 floss auch offizielle Militärhilfe wieder (Peace 1988:220). Ein neuer Skandal erschütterte 1987 das politische Amerika, die sog. Iran-Contra-Affaire. Wie bekannt wurde, hatte die US-Regierung Mittel für die Unterstützung der Contras durch Waffenverkäufe an den Iran beschafft (Peace 2012:208). Der Kongress genehmigte daraufhin erneut nur „nicht-tödliche Hilfe“. 1989 löste George Bush Sr. Ronald Reagan als US-Präsident ab. Bush änderte die Strategie seines Vorgängers und konzentrierte sich auf die Beeinflussung der Wahlen in Nicaragua 1990, die die Sandinisten tatsächlich dann verloren, woraufhin die USA den Krieg beendeten.

Die Contras operierten vorwiegend von Basen in Honduras und Costa Rica aus. Im Herbst 1984 kam ein CIA-Handbuch an die Öffentlichkeit, das Anleitungen für Terrorangriffe enthielt (Peace 2012:178). Die CIA bildete sie aus und verantwortete auch eigene Militäroperationen – Agenten sprengten Erdöltanker und verminten 1984 den Hafen der Hauptstadt. In dem gleichen Jahr führten die USA ein großangelegtes, sechsmonatiges Militärmanöver („Big Pine

II“) in Honduras durch, an dem 5.000 US-Soldaten beteiligt waren. Es wurde von vielen BeobachterInnen vermutet, dass dies eine Vorbereitung für ein direktes militärisches Eingreifen, eine Invasion Nicaraguas, war. Tatsächlich wurde später bekannt, dass es den Plan gab, das nicaraguanische Militär dazu zu verleiten, die Rebellen nach Honduras zu verfolgen, was einen Vorwand für die Invasion geliefert hätte (Peace 2012:22f).

Die Opfer des Contra-Krieges: 30.000 Tote, 350.000 Vertriebene, 9 Milliarden US-Dollar Schaden (Peace 2012:24).

2.3.2 Die Antikriegsbewegung: Entstehung und Verlauf

Die Bewegung gegen den Contra-Krieg zog sich über die gesamte Zeit des Konflikts von 1982 bis 1990 hin; und auch danach blieben viele Gruppen „am Ball“ und verfolgten weiter die Geschehnisse in Nicaragua und in anderen lateinamerikanischen Ländern. Die Bewegung war vorwiegend getragen von Initiativen und kirchlichen Gruppen, die aus der Solidaritätsarbeit mit Lateinamerika kamen. Schon in der Zeit des Aufstands der Sandinisten gab es in den USA eine Solidaritätsbewegung. Zweiter Hauptträger waren Friedensgruppen, die teilweise auch schon in der Zeit des Vietnamkrieges aktiv gewesen waren (Peace 2012:53). Die Proteste waren aber zu keinem Zeitpunkt zahlenmäßig mit denen der Anti-Vietnamkrieg-Bewegung zu vergleichen. Die Bewegung war in erster Linie dadurch gekennzeichnet, dass sie dezentral angelegte Proteste und Öffentlichkeitsarbeit (sowie gelegentliche direkte gewaltfreie Aktionen) mit Präsenz (Delegationen, längerfristige Anwesenheit von Freiwilligen) im Gebiet der bewaffneten Auseinandersetzungen verband. Sie überschneidet sich zeitlich mit der Friedensbewegung, die sich gegen die Stationierung neuer atomarer Mittelstreckenraketen in Europa einsetzte (s. 2.4), und in Europa bestand ein enger Zusammenhang zwischen beiden Bewegungen.

2.3.3 Mitwirkende

Peace (2012:63f) benennt mehrere Gruppierungen, die Teil der Bewegung gewesen sind:

- Progressive religiöse Netzwerke, von denen viele auch schon zu Zeiten des Vietnamkrieges aktiv gewesen waren (Jesuiten, Quäker –AFSC³³, Versöhnungsbund, Clergy and Laity³⁴ Concerned)
- Linke
- MenschenrechtsaktivistInnen
- WissenschaftlerInnen, die sich mit Lateinamerika beschäftigten
- Nicht-religiöse Friedensgruppen aus dem Widerstand gegen den Vietnamkrieg (SANE, Vietnam Veterans against War, War Resisters' League, WILPF³⁵).

Zusammen sollen an die 1.000 lokale Gruppen an der Bewegung beteiligt gewesen sein (Peace 2012:212).

2.3.4 Positionen

Wie im Falle des Vietnamkrieges, gab es zwischen den Gruppen Unterschiede dahingehend,

³³ AFSC = American Friends' Service Committee.

³⁴ Namensänderung seit den 1970er Jahren: statt „laymen“ jetzt das geschlechtsneutrale „laity“.

³⁵ WILPF = Women International League for Peace and Freedom.

wie man zu dem Regime stand, gegen das sich die Kriegsmaßnahmen richteten. Viele der Gruppen sympathisierten mit den Sandinisten, wenngleich nicht alle. Aber ungleich der Vietnambewegung Anti-Krieg war man sich in den zentralen Forderungen einig:

- sofortiges Ende der militärischen Unterstützung der Contras;
- keine Invasion Nicaraguas durch die USA;
- nach 1985: Ende des US?-Wirtschafts-Embargos gegen Nicaragua (Peace 2012:46/63ff).

Die wesentlichen Argumente der Bewegung waren (Peace 2012:37ff):

- Die Unterstützung der Contras sei eine Verletzung internationalen Rechts (Souveränität der Staaten, kein Recht auf Intervention);
- man müsse aus dem Vietnamkrieg gelernt haben;
- Vorzug für Diplomatie statt Krieg zur Durchsetzung strategischer Ziele;
- Kritik des Terrorismus (besonders, nachdem das erwähnte CIA-Handbuch bekannt geworden war, das eine Anleitung zum Terrorismus darstellte).;
- Eine kleinere Rolle spielte das Thema der Verletzung von Gesetzen der USA (gegen die z. B. die Verminung der Häfen Nicaraguas verstieß). Vielleicht wurde diese Frage weniger in den Mittelpunkt gestellt, weil viele der AktivistInnen selbst ein zwiespältiges Verhältnis zur Berufung auf staatliche Gesetze hatten und aus der Tradition Zivilen Ungehorsams kamen. Argumentationen, die auf juristischen Sachbeständen aufbauten, waren ihnen eher fremd.

2.3.5 Strategien und Aktionsformen

Die Bewegung begann ca. 1982 gleichzeitig mit der Eskalation des Krieges in Nicaragua. 1983 besuchten Mitglieder verschiedener kirchlicher Kongregationen aus den USA Nicaragua und sahen dort auch einen Ort, wo gerade ein Contra-Überfall stattgefunden hatte. Die Eindrücke dieser Reise führten zu der Gründung der Organisation Witness for Peace, die ab 1983 regelmäßig zweiwöchige Delegationen und längerfristig bleibende Teams nach Nicaragua entsandte (Griffin-Nolan 1991 und 2000). Parallel dazu entstand, von der Nicaragua-Solidaritätsbewegung getragen³⁶, eine Bewegung internationaler Brigaden, die zu Arbeitseinsätzen ins Land kamen, etwa um bei der Ernte mitzuhelfen. Insgesamt, so wird geschätzt, waren mehr als 20.000 Menschen als Mitglieder internationaler Brigaden in Nicaragua (Peace 2012:171). Die Ziele dieser Delegationen und der dauerhafteren Präsenz waren zweifach: Zum einen ging es den AktivistInnen darum, durch ihre Präsenz Gewalt der Contras zu verhindern und den Preis für eine eventuelle direkte US-Militär-Intervention hochzuschrauben (Griffin-Nolan 2000:302). Zum anderen, und das war mindestens genauso wichtig, waren die Berichte der RückkehrerInnen ein wesentliches Element der Öffentlichkeitsarbeit in den USA. Diese Arbeit hatte zum Ziel, den Menschen in den USA die Realität des Krieges näher zu bringen. Dazu gehörten unter anderem eine einmal jährlich stattfindende Zentralamerika-Wochen und eine Medienkampagne (Peace 2012:96). Witness for Peace war dabei nur eine der Organisationen, die Delegationen organisierten. Ein Großteil der Besuchsreisen wurde über zwei professionelle Reiseveranstalter abgewickelt. So organisierte z. B. um die Zeit der Wahlen in Nicaragua im Oktober 1984 herum ein Veranstalter 24 zehn- bis vierzehntägige Reisen (Peace 2012:102f).

³⁶ In Deutschland war es ein Zentrum in Wuppertal, das solche Einsätze vermittelte.

Die Präsenz in Nicaragua durch Witness for Peace und die internationalen Brigaden war nicht ungefährlich. Peace zufolge (2012:171) wurden 14 Freiwillige getötet, 4 vergewaltigt und 59 vorübergehend gekidnappt.³⁷

Eine erste große zentrale Demonstration, an der 20.000 Menschen teilnahmen, fand am 12. November 1983 in Washington statt, kurz nach der Invasion der USA in Grenada (Peace 2012:87). An einer Demonstration 1985 nahmen nach Angaben der Veranstalter bis zu 100.000 Menschen teil; die Polizei schätzte allerdings nur 26.000 (Peace 2012:181). Nachdem der Congress neue Hilfe an die Contras genehmigte, gab es im Oktober 1986 Demonstrationen in mindestens 15 Städten (Peace 2012:193). 1987 fanden sieben Wochen lang, organisiert von religiösen Gruppen wie Witness for Peace, Aktionen am Kapitol statt, die unter dem Namen „The Mobe“ bekannt wurden. Sie verbanden Proteste mit Zivilem Ungehorsam u. a. am Hauptquartier der CIA (Peace 208:208ff).

Im Herbst 1984, als die Möglichkeit einer direkten US-Militärintervention (Invasion) immer realistischer wurde, veröffentlichte eine Reihe von Gruppen eine Verpflichtungserklärung (Pledge of Resistance). Sie endete mit dem Satz: *“If the armies of the United States are mobilized to wage war on Nicaragua, may a mighty nonviolent army of U.S. citizens also be mobilized to wage peace”* (Peace 2012:88).

Die Erklärung wurde in der Folge zu einem wichtigen Mobilisierungsinstrument. 1985 hatten sie bereits 55.000 Menschen unterzeichnet; 1987 waren es rund 100.000 (Peace 2012: 208).

1985 fanden auch große Aktionen Zivilen Ungehorsams statt; nach Peace beteiligten sich insgesamt rund 10.000 Menschen an ihnen. Dazu gehörte z. B. die Besetzung des Büros eines US-Senators und das Eindringen in das John F. Kennedy Federal Building (Peace 2012:183). Im September bis Oktober 1986 fand ein Fasten von vier Vietnamkriegs-Veteranen öffentliche Aufmerksamkeit (Peace 2012:192).

Ein weiteres Instrument der Bewegung war die Lobbyarbeit, vor allem im Kongress, mit dem Ziel, dass die finanzielle Hilfe für die Contras gestoppt würde. Diese Lobbyarbeit wurde vor allem von der Gruppe Coalition For New Foreign and Military Policy (CNFMP) getragen. 1988 unterzeichneten prominente religiöse Führer eine Erklärung gegen die Unterstützung der Contras (Peace 2012:90ff).

Die Bewegung wurde auch von Initiativen aus anderen Ländern, sowohl Lateinamerikas als auch Europas, mitgetragen. In vielen Ländern bildeten sich Gruppen, die Freiwillige nach Nicaragua in sog. Solidaritätsbrigaden entsandten. Im Juli 1984 organisierten norwegische AktivistInnen ein Solidaritätsschiff, das Medizin, Schulmaterialien, Dünger und Zeitungspapierrollen an Bord hatte. Vier NobelpreisträgerInnen – Adolfo Perez Esquivel, Betty Williams, George Wald und Linus C. Pauling – beteiligten sich an der Fahrt (Peace 1212:82).

2.3.6 Repression

Die Reaktion der US-Regierung auf die Bewegung war in erster Linie, die beteiligten Gruppen als marxistisch und ‚pro-Sowjetunion‘ zu verunglimpfen, was damals gleichbedeutend war mit dem Vorwurf, dem feindlichen Lager innerhalb der Blockkonfrontation zugerechnet und damit des Verrats am nationalen Patriotismus bezichtigt werden zu können. Zu diesem Zweck bezahlte sie auch rechte Think Tanks (Peace 2012:146ff).

³⁷ Siehe auch die Website von WfP; Howard 2001 und Griffin-Nolan 2000.

2.3.7 Wirkungen

Wie im Falle der Anti-Vietnamkrieg-Bewegung muss bei der Anti-Contrakrieg-Bewegung Einfluss auf die Kriegsführung von Wirkung auf die Beendigung des Krieges unterschieden werden. AnalystInnen der Bewegung machen zwei Hauptwirkungen aus:

1. Sie hatte Einfluss darauf, dass die finanzielle Hilfe für die Contras gestoppt wurde. Dies wurde aber auf keinen Fall durch die Bewegung alleine erreicht; vielmehr spielten dabei ebenfalls diplomatische Bemühungen lateinamerikanischer Länder ebenso eine Rolle wie die Tatsache, dass eine der beiden großen Parteien der USA, die Demokraten, die dem Krieg skeptisch gegenüber stand, die Gelegenheit nutzte, als sie die Mehrheit in beiden Häusern hatte (Small 1994:3-4). Zu diesem Zeitpunkt konnte auch das Übertreten der Grenze zu Honduras durch nicaraguanische Truppen, was noch einige Jahre vorher als Grund für ein direktes militärisches Eingreifen gesehen worden wäre, nichts mehr daran ändern, dass die militärische Unterstützung eingestellt blieb (Peace 2012:223). Doch der Krieg war entgegen der öffentlichen Wahrnehmung und mit der Wahl von Bush sen.1989 noch nicht vorbei, wobei es der Bewegung schwer fiel, diese Information zu verbreiten (Peace 2012:235) – in der Wahrnehmung vieler Menschen war das Problem mit der Einstellung der Intervention von außen gelöst.
2. Mit gewisser Plausibilität kann behauptet werden, dass der Verzicht der USA auf eine direkte Militär-Invasion auf die Antikriegsbewegung zurückging. So führte ein Invasionsplan von Oliver North (dem gleichen, der für den Iran-Contra-Deal verantwortlich zeichnete) zu der Einschätzung, dass das erste zu überwindende Hindernis im Falle einer Invasion die einheimische Opposition sei (Peace 2012:4-5).

2.4 Die deutsche Friedensbewegung der 1980er Jahre

Die Friedensbewegung der 1980er Jahre ist Objekt etlicher Studien von BewegungsforscherInnen aus verschiedenen Ländern.³⁸ Diese Studie konzentriert schwerpunktmäßig auf die westdeutsche Friedensbewegung. Dabei konnte sich die Autorin neben den verschiedenen zitierten Quellen auch auf ihre eigene Erinnerung und graues Material³⁹ aus der Zeit beziehen.

2.4.1 Historischer Zusammenhang und Überblick

1979 kündigte die NATO an, auf die Stationierung sowjetischer nuklearer Mittelstreckenraketen (der SS 20) mit der Stationierung eigener atomarer Mittelstreckenraketen in Europa zu reagieren, sofern die Sowjetunion einer Abrüstung der SS 20 nicht zustimme. Diese Politik wurde noch unter Präsident Carter beschlossen – der zuvor schon das Ziel verfolgt hatte, eine Neutronenbombe zu entwickeln (ein Plan, den er nach massiven Protesten fallen ließ). Sie wurde eskaliert durch Carters Nachfolger, Präsident Ronald Reagan, der die antisowjetische Rhetorik verschärfte, eine Politik des „Frieden durch Stärke“ verfolgte, davon sprach, die Sowjetunion „totrüsten“ zu können und über einen Atomkrieg in Europa spekulierte (Peterson 2011:8). Der als sog. „Doppelbeschluss“ oder „Nachrüstungsbeschluss“ bekannt gewordene Plan rief in Westeuropa eine bis dahin von Größe und Vielfalt ungekannte Friedensbewegung hervor, und auch in den USA gab es eine zahlenmäßig starke Bewegung für das Einfrieren der Atomrüstung („Freeze“). Sie konnte aber eine Stationierung der amerikanischen Pershing II und Marschflugkörper (Cruise Missiles) in Europa ab 1982/83 nicht verhindern. Die NATO stationierte 108 Pershing II-Raketen in der Bundesrepublik Deutschland (u. a. in Mutlangen) und 464 Cruise Missiles in Großbritannien (160), Italien (112), BR Deutschland (96), Belgien (48) und den Niederlanden (Frey 2010b:48).

1985 kam in der Sowjetunion Michail Gorbatschow an die Macht. Er löste Konstantin Tschernenko ab, der nur ein Jahr an der Spitze der KPdSU gestanden hatte. Unter Gorbatschows' Führung nahm der Warschauer Pakt 1986 Verhandlungen mit der NATO über die Abrüstung der atomaren Mittelstreckenraketen auf. Sie führten 1987 zum INF-Vertrag, der eine Vereinbarung über den Rückzug und die Verschrottung von SS 20, Pershing II und Cruise Missiles beinhaltete. Gorbatschow leitete in der Sowjetunion eine Zeit der sog. ‚Perestroika‘ ein, der Umgestaltung des Staates. Zwei Jahre später - 1989 - endete die Ost-West-Konfrontation mit der Öffnung der Grenzen.

2.4.2 Die Antikriegsbewegung: Entstehung und Verlauf

Die Anfänge der Friedensbewegung können auf 1978/79 datiert werden, als Pläne der USA bekannt wurden, eine Neutronenbombe in Europa zu stationieren (Carter 1992:112f). Diese Waffe, von der es hieß, dass sie unbelebte Materie weitgehend schonen, Leben aber vernichten würde, rief große Empörung hervor. Der „Nachrüstungsbeschluss“ wirkte dann als Katalysator (Risse-Kappen 1988:70). Es entstanden in Deutschland zahlreiche neue BürgerInneninitiativen - in den Städten oftmals auf Stadtteil-Basis -, die zusammen mit den schon vorher bestehenden Friedensorganisationen und mit Organisationen aus dem Umfeld der Kirchen

³⁸ U. a. Wasmuht 1987, Risse-Kappen 1988, Leif 1990, Meyer 1999, Wittner 2007, Cortright 2008, Goers o. D., Aufsätze in Marullo & Lofland 1990.

³⁹ Zum Beispiel die Dokumente auf der Website der Friedenskooperative (www.friedenskooperative.de/netzwerk/histo000.htm).

und Parteien Unterschriften gegen die Stationierung atomarer Mittelstreckenraketen sammeln und ab 1981 für große Demonstrationen mobilisierten.

In Deutschland gab es eine erste große Demonstration bereits im Juni 1981 auf dem Ev. Kirchentag in Hamburg. Im Herbst 1981 demonstrierten 300.000 Menschen im Bonner Hofgarten, 100.000 in Brüssel, 250.000 in London. 1982 waren es schon 400.000 in Bonn (Risse-Kappen 1988:71). In den USA nahmen 1982 mehr als eine Million Menschen an einer Demonstration im New Yorker Central Park statt; 500.000 waren es in verschiedenen Städten in Italien (Cortright 2008:146f).

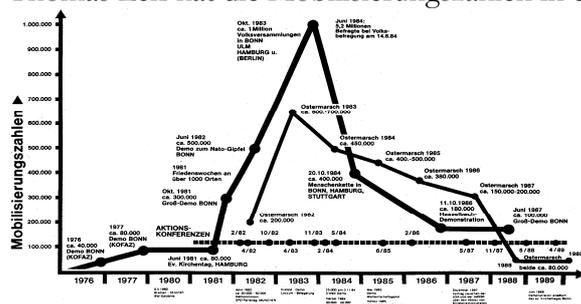
Die Proteste erreichten ihren Höhepunkt im Oktober 1983, als die NATO sich anschickte, die neuen Raketen zu stationieren. Insgesamt protestierten in ganz Europa mindestens drei Millionen gegen die Stationierung, darunter in Den Haag fast eine Million (Cortright 2008:148). In Deutschland fand ab dem 15. Oktober eine Aktionswoche statt, deren einzelne Tage bestimmten Themen oder gesellschaftlichen Gruppen (z. B. Kirchen, Frauen, Betriebe, Bildungseinrichtungen) gewidmet waren. Zu den Protesten gehörte auch eine 108 km lange Menschenkette zwischen Stuttgart und Neu-Ulm. An Großdemonstrationen in Berlin, Hamburg und Bonn am 22.10.1983 nahmen 1,3 Millionen Menschen teil.⁴⁰

Die Proteste trafen die Stimmung in der Bevölkerung: Sowohl in Deutschland wie in den USA (vermutlich auch in anderen Ländern) sprach sich eine überwältigende Mehrheit von fast drei Vierteln der Bevölkerung (72 %) in Umfragen gegen die Nachrüstung bzw. für ein Einfrieren der atomaren Rüstung aus (Wittner 2007:8, Frey 2010a).

Nach der Stationierung der Raketen gingen die Proteste zahlenmäßig zurück. Es waren aber bis 1986 immer noch viele Zehntausende, die sich weiter gegen die Atomraketen engagierten, wobei in Deutschland auch Aktionen Ziviler Ungehorsams, insbesondere Blockaden der Atomwaffenstützpunkte, eine wichtige Rolle spielten. Blockaden wurden für einige Jahre zu „der“ Aktionsform der Friedensbewegung. Die Kampagne „Ziviler Ungehorsam bis zu Abrüstung“ mobilisierte mehrere Tausend Menschen zu Sitzblockaden in Mutlangen, was zu [insgesamt] 3.000 Festnahmen führte (Schlupp-Hauck 2005).

Eine neue Großdemonstration, an der sich über 180.000 Menschen beteiligten, fand 1986 im deutschen Dorf Hasselbach im Hunsrück, dem geplanten Stationierungsort von Cruise Missiles, statt⁴¹. 1988 kamen zu einer Demonstration an einer geplanten NATO-Zentrale in Lin-nich-Glimbach in der Nähe von Aachen immerhin noch einige Zehntausende.

Thomas Leif hat die Mobilisierungszahlen in einer Grafik zusammengefasst:



(Leif 2001)

⁴⁰ Siehe www.friedenskooperative.de/netzwerk/histo000.htm

⁴¹ Junker, Dietrich (o. D.) Frieden braucht Bewegung. <http://www.fihuns->

[rueck.de/FI/_contentdata/Gro%C3%9Fdemonstration%20Brosch%C3%BCre.pdf?PHPSESSID=67ee8e3e648ed832d8d634da4cf57bd9](http://www.fihuns-rueck.de/FI/_contentdata/Gro%C3%9Fdemonstration%20Brosch%C3%BCre.pdf?PHPSESSID=67ee8e3e648ed832d8d634da4cf57bd9); Szech, Reiner (1986) Hasselbach: Über 180.000 Demonstranten vor Stationierungsort für Cruise Missiles, <http://www.friedenskooperative.de/netzwerk/histo111.htm>

2.4.3 Mitwirkende

Die westdeutsche Friedensbewegung der 1980er Jahre war vielfältig und umspannte Kirchen und kirchennahe Gruppen und Organisationen, Gewerkschaften, unabhängige Friedensgruppen, Studierendenorganisationen und unabhängige Linke (u. a. KB) bis zu Teilen der SPD, die 1980 neu entstandenen GRÜNEN und am Sozialismus des Ostblocks orientierte linke Parteien wie DKP und DFU (Frey 2010a und 2010b). Es entstanden zahllose lokale Initiativen; in Großstädten oftmals auf Stadtteilbasis. Leif (2001) schätzt ihre Zahl 1983 auf 4-6.000. Die Friedensbewegung schuf sich 1981 ein Dach, den Koordinierungsausschuss der Friedensbewegung („KA“). In ihm saßen VertreterInnen von rund 30 verschiedenen Gruppen, wobei strikt auf ein Gleichgewicht verschiedener „Spektren“ geachtet wurde. Diese Spektren, wie sie damals definiert wurden, waren: SPD- und Gewerkschaftsnahe, Kirchen und kirchennahe Gruppen, DKP und Umfeld, Grüne und „Unabhängige Friedensgruppen“ mit u. a. dem Kommunistischen Bund und der gewaltfrei-anarchistischen Föderation Gewaltfreier Aktionsgruppen⁴² (Leif 2001). Der KA wurde durch mehrere SprecherInnen nach außen vertreten. In jährlichen Konferenzen kamen zahlreiche Aktive aus der Friedensbewegung zusammen; dort wurden unter Regie des KA die jeweils nächsten Schritte (v.a. Großdemonstrationen) verabredet. Leif (2001) schreibt zu den Strukturen jener Zeit:

„Es existierten zu Beginn der achtziger Jahre in der gesamten Bundesrepublik vielfältige Vernetzungen zwischen den Friedensinitiativen, die sich regional oder auf Stadtebene ausbildeten und sich über regelmäßige Treffen und Konferenzen sowie Friedensläden oder Friedensbüros organisierten und austauschten. Auf Kreis-, Großstadt- und Bundeslandebene existierten zudem weitere Strukturen, die länderspezifisch ihre eigene Ausprägung hatten.

Mit diesen Strukturen war der Bedarf der Basisinitiativen an nützlicher Koordination und wechselseitigem Austausch weitgehend gedeckt, so dass die Strukturen auf nationaler Ebene (Aktionskonferenzen und Koordinierungsausschuss) meist als zu abgehoben empfunden wurden und lediglich das Interesse weniger Aktiver fanden, die die damit verbundenen organisationskulturellen Verformungen und Mechanismen kannten und sich darauf einstellen konnten.“ (Leif 2001)

In dem Abschnitt über Wirkungen wird deutlich werden, dass die westdeutsche Friedensbewegung nicht getrennt von dem gesehen werden kann, was in den anderen europäischen Ländern und in den USA geschah – ihre Wirkung erzielte sie nicht isoliert als deutsche Friedensbewegung, sondern als internationale. International aufgestellt und einflussreich waren z. B. die Internationalen Ärzte gegen den Atomkrieg (IPPNW), die für ihr Engagement 1985 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet wurden. In Großbritannien war es die Campaign for Nuclear Disarmament (CND), die in einer breiten Koalition von Friedensgruppen gegen die Atomrüstung aktiv war. In den USA gab es seit 1979 die „Freeze“ Bewegung, ebenfalls getragen von einer Reihe von Organisationen, darunter einigen, die bereits in den 1960er Jahren aktiv waren (SANE z. B.) oder noch länger zurückreichten (Boulding 1990:19f). Sie fand schnell viel Zustimmung: 1983 sprachen sich 80 % der Bevölkerung in Umfragen für ein Einfrieren der atomaren Aufrüstung aus, und auch die oppositionellen Demokraten machten sich die Forderung zu eigen (Pentz 1984).

Auch in der DDR entstand in den 1980er Jahren eine unabhängige Friedensbewegung, wenngleich zahlenmäßig nicht vergleichbar mit der in der BRD und unter politisch und logistisch ungleich schwierigeren Bedingungen. Es waren vor allem kirchennahe Gruppen, die gemeinsam mit westlichen kirchlichen Gruppen 1980 eine „Friedensdekade“ ins Leben riefen – zehn

⁴² Für letztere hat die Autorin einige Jahre im KA mitgearbeitet.

Tage im November, die unter dem Motto „Schwerter zu Pflugscharen“ dem Frieden gewidmet waren (Oelerich 2013).

Blockübergreifende Aktivitäten wurden auch im linken Umfeld betrieben. Sog. „Friedensräte“ in allen Ländern des Ostblocks trafen sich mit Friedensgruppen aus dem Westen und tauschten ihre Erfahrungen, Vorschläge zur Entspannung zwischen den Blöcken und Pläne zur Verhinderung weiterer atomarer Aufrüstung aus

Ein Höhepunkt der Aktivitäten, bei dem unabhängige und staatsnahe Gruppen kooperierten, war der Olof-Palme-Marsch vom 1. bis 18. September 1987. Initiiert von der DFG-VK zusammen mit dem Friedensrat der DDR und dem Friedenskomitee der Tschechoslowakei, führte er durch die DDR. In einem Bericht der Stasi, der von der Gauck-Behörde zitiert wird, heißt es zu dem Marsch: *„Etwa 500 bis 600 Personen, darunter viele Vertreter unabhängiger Friedensgruppen, nahmen daran teil. ... Zugleich protestierten sie gegen Atomkraftwerke sowie die DDR-Umwelt- und die Abgrenzungspolitik. Als der Pilgerzug in Oranienburg eintraf, setzten die Behörden 5.000 bestellte Demonstranten an die Spitze des Zuges, um die Dominanz der unabhängigen Gruppen und ihrer Transparenz zu brechen.“*⁴³

2.4.4 Positionen

Die westdeutsche Friedensbewegung vertrat höchst unterschiedliche Positionen in Bezug auf viele Fragen – von der Einstellung zum ‚real existierenden Sozialismus‘ Osteuropas und der Sowjetunion und damit einhergehend der Frage, wie man zu den SS 20 stand, über die Frage der Einstellung zu zivil genutzter Atomenergie, ob man Aktionen Ziviler Ungehorsams befürwortete oder als kontraproduktiv verurteilte bis zu gesamtgesellschaftlichen Visionen und Ordnungsvorstellungen. Doch es gelang ihr, durch einen Minimalkonsens diese Unterschiede zu überbrücken. Dieser Minimalkonsens war die Ablehnung der Stationierung atomarer Pershing II Raketen und Marschflugkörpers in Westeuropa. Er wurde in Deutschland in einem Aufruf namens Krefelder Appell verschriftlicht. Diese Unterschriftensammlung, für die AktivistInnen teilweise von Haustür zu Haustür zogen, zählte 1983 vier Millionen Unterschriften (Frey 2010a).

Erst nach 1983 wurden die Unterschiede zwischen den einzelnen Spektren deutlicher (Leif 2001). So setzten Unabhängige und Teile der christlichen Gruppen verstärkt auf Ziviler Ungehorsam. Neben der erwähnten Kampagne Ziviler Ungehorsam bis zur Abrüstung fand z. B. 1984 ein zweiwöchiges Camp im sog. Fulda Gap statt, wo Manöver der NATO-Truppen an der DDR-Grenze behindert werden sollten und die öffentliche Aufmerksamkeit auf die offensiven Elemente der NATO-Strategie gelenkt werden sollte.

2.4.5 Strategien und Aktionsformen

Die drei wichtigsten Strategien und Methoden der Friedensbewegung der 1980er Jahre waren die erwähnte Unterschriftensammlung (Krefelder Appell), die jährlichen Großdemonstrationen und in zunehmendem Maße als drittes Element Sitzblockaden vor Atomwaffenstützpunkten. Letztere begannen 1982 mit einer ersten Blockade in Großengstingen. Nach der Stationierung der Atomwaffen wurde die Aktion „Ziviler Ungehorsam bis zur Abrüstung“ ins Leben gerufen, die sich auf den Pershing II-Stützpunkt Mutlangen konzentrierte und dort zahlreiche Sitzblockaden, u. a. auch unter Beteiligung von Prominenten wie dem deutschen Schriftsteller Heinrich Böll und führenden Parteimitgliedern der im deutschen Parlament vertretenen Par-

⁴³ http://www.bstu.bund.de/DE/Wissen/Aktenfunde/Palme-Friedensmarsch/palme-marsch_node.html

teien, durchführte. Auch an anderen Stützpunkten gab es immer wieder Sitzblockaden und weitere Aktionen wie das Eindringen in Militärgelände und Manöverbehinderungen. Vorbilder für diese Aktionen waren zum einen die Anti-AKW-Bewegung gegen den Bau neuer Atomkraftwerke, die schon 1975 in Wyhl eine erste Blockade organisiert hatte (s. Stey 2004 und Sternstein 2013), wie auch das von 1981-2000 bestehende Frauen-Dauercamp in Greenham Common (England), einem RAF-Stützpunkt, wo Cruise Missiles stationiert werden sollten (s. Hipperson o.D., Carter 1992:129), und die Blockaden am italienischen Stützpunkt in Comiso auf Sizilien.

Neben diesen drei Hauptformen des Protestes gab es weitere Ansätze. So stieg die Zahl der Kriegsdienstverweigerer in Westdeutschland, trotz vorübergehender Erschwerung des Anerkennungsverfahrens deutlich und spielte sich auf über 50.000 pro Jahr ein (1975 waren es noch rund 30.000 gewesen).⁴⁴ Steuerverweigerung, die Propagierung von Formen alternativer Verteidigung (defensive Verteidigung, Soziale Verteidigung) und verschiedene phantasievolle Protestformen wie Straßentheater, Open Air Konzerte (Lebenslaute z.B.) usw. waren ebenfalls Teil des Instrumentariums der Bewegung.

2.4.6 Repression

Abgesehen von der Strafverfolgung bei Aktionen Ziviler Ungehorsams gab es in Deutschland⁴⁵ wenig Repression, die sich gegen die Friedensbewegung als Ganze richtete. Das sah anders aus für Angehörige der DKP und ihrer Vorfeldorganisationen – bis in die späten 1980er Jahre war der sog. Radikalenerlass⁴⁶ in Kraft, der eine Regelüberprüfung von angehenden BeamtenInnen auf „Grundgesetztreue“ gesetzlich festschrieb... , und der Verfassungsschutz sammelte eifrig Informationen über die Friedensbewegung. Die Demonstrationen (und teilweise selbst die Blockaden) hatten aber in der Regel⁴⁷ eher den Charakter großer Volksfeste, die Polizei hielt sich zurück und oftmals war deutlich zu spüren, dass die PolizistInnen zum Teil selbst auf der Seite der Demonstrierenden standen.

2.4.7 Wirkungen

Nach 1983 war das überwältigende Gefühl in der Friedensbewegung, dass sie versagt habe, weil sie die Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles nicht verhindert hatte. Zwar machten viele AktivistInnen weiter, um deren Abzug zu erreichen, aber viele zogen sich auch enttäuscht zurück oder wandten sich anderen Themen zu. Erst im Rückblick auf dieses Jahrzehnt entsteht ein anderes Bild. Hatte die Friedensbewegung wirklich versagt, weil es 1983 doch zur Stationierung kam? Diese Frage wurde damals genauso gestellt wie heute. Ähnlich wie bei der Anti-Vietnamkrieg-Bewegung ist die Wirkung der Friedensbewegung der 1980er Jahre umstritten, bei WissenschaftlerInnen wie bei Aktiven. So schrieb z. B. Andreas Buro 2005 lediglich: *„Der Bundestag hat gegen das ‚Votum der Straße‘ die Stationierung der Mittelstreckenraketen beschlossen. Es kann jedoch davon ausgegangen werden, dass der massive Protest und die folgenden gewaltfreien Blockaden in Mutlangen und anderenorts die ‚Politik‘ hellhörig für die Befürchtungen der Bevölkerung*

⁴⁴ Siehe Kurze Chronik der Zentralstelle KDv, <http://www.zentralstelle-kdv.de/z.php?ID=119>

⁴⁵ In Italien ging die Polizei 1993 gewaltsam gegen die BlockiererInnen in Comiso vor, wobei 20 Menschen schwer verletzt wurden. (s. Carter 1992:129f)

⁴⁶ Die Regelanfrage beim Verfassungsschutz wurde von den Bundesländern zwischen 1985 und 1991 eingestellt. Siehe <http://de.wikipedia.org/wiki/Radikalenerlass>

⁴⁷ Eine Ausnahme war der Wasserwerfereinsatz in Bonn bei der Großdemonstration 1983, als die Demonstration bewusst die Bannmeile verletzte.

gemacht haben.“ (Buro 2005)

Aber hätte es die Verhandlungen gegeben, wenn die internationale Friedensbewegung in Europa und den USA nicht den Wahnsinn atomaren Wettrüstens angeprangert und seine Gefahren aufgezeigt hätte? Es scheint ein weit verbreitetes Phänomen bei sozialen Bewegungen zu sein, dass sie zu dem Zeitpunkt, an dem sie ihre ursprünglichen Ziele (ganz oder teilweise) erreichen, diesen Erfolg nicht sehen, weil sie inzwischen resigniert haben, ihre Forderungen „mainstream“ geworden sind, und es die Machthabenden, nicht mehr die Aktiven, sind, von denen Veränderung in erster Linie ausgeht (s. Moyer 1987). Das wurde schon oben bei der Anti-Vietnamkrieg-Bewegung beschrieben und ist auch hier wieder sehr deutlich. Der Verweis von KritikerInnen darauf, dass es der Bewegung nicht gelungen war, Reagans Politik Anfang der 1980er Jahre unmittelbar zu verändern, scheint wenig überzeugend: *„For example, in his international history of the peace movement, Lawrence Wittner comprehensively examines the Nuclear Freeze Movement as transnational history, but in the process he gives the organization a degree of credit for ending the arms race that does not acknowledge the movement’s failure to influence policy during Reagan’s second term.“* (Peterson 2011:3)

Es kann davon ausgegangen werden, dass die Friedensbewegung Einfluss auf die Aufnahme von Verhandlungen über den Abzug der Mittelstreckenraketen 1986 und letztlich auch auf das Ende der Blockkonfrontation 1989 genommen hat. Außerdem spielte sie sicherlich eine Rolle bei der Entscheidung gegen die Erneuerung von Atomwaffen kürzerer Reichweite in Deutschland 1984 und bei der Zustimmung von US-Präsident Reagan zu SALT II, obwohl dieser Vertrag zur nuklearen Rüstungsbegrenzung bei den strategischen Atomwaffen, von Carter und Brezhnev 1979 ausgehandelt, von den USA nie ratifiziert wurde (Wittner 2007:10, Rohwedder 2010).

„The peace movement played an important role in altering the terms of the debate about national security, as well long-standing political alliances. Although the movement suffered an immediate defeat on policy, it won victories in rhetoric and political culture that conditions subsequent discourse and public policy. Within just a few years in the early 1980s, both major parties changed their positions on national security issues substantially“, schreibt Meyer (1999:193). Ähnlich argumentieren Leif (1990:244), Carter (1992:149ff) und Risse-Kappen (1988 und 1995), der den schließlichen Abzug der Raketen als *„späten Sieg der Friedensbewegung“* (Risse-Kappen 1988:168) bezeichnet. Breymann (2001:257ff) verweist darauf, dass Offizielle aus den USA selbst zugaben, dass es die internationale Friedensbewegung war, die die USA an den Verhandlungstisch brachte, auch wenn PolitikerInnen gerne behaupteten, die Verhandlungen seien dem Doppelbeschluss zu verdanken, sie hätten Erfolg mit ihrer Politik des Drucks auf die Sowjetunion gehabt und die Sowjetunion „totgerüstet“.

Lofland und Marullo (1990) stellen die Hypothesen auf, dass die Friedensbewegung (in den USA) der achtziger Jahre zu einer Reihe von Veränderungen beitrug:

- *„Changing public opinion of the Soviet Union from hostile – based on extreme fear – to neutral or even positive – based on a more cautious, live-and-let-live attitude;*
- *Increasing knowledge and awareness of the United States’ important but limited role in an interdependent global order;*
- *Heightening public outrage over defense contracting fraud, abuse, and mismanagement, leading to more oversight and regulation;*
- *Creating scientific, cultural, and educational exchange programs with the Soviet Union;*
- *Slowing or reducing nuclear force modernization and defence spending increases that otherwise would have occurred;*

- Preventing a new generation of weapons from proceeding through the research and development stage without careful scrutiny;⁴⁸
- Forcing a reticent president to enter into arms control negotiations; and
- Influencing Congress to play a more active role in shaping foreign policy, hindering or blocking some of the administration's more aggressive initiatives." (Lofland und Marullo 1990:15-16)

Die 1980er Jahre endeten mit den Demokratiebewegungen in Osteuropa und dem Zusammenbruch des Ostblocks. Hierfür gibt es natürlich verschiedene Erklärungen. Eine offizielle realpolitische Lesart, die bis heute vertreten ist, behauptet, dass die Sowjetunion „totgerüstet“ wurde – darauf verweisen u. a. Zaborowski 2009 und Cortwright 2008. Andere führen den Umbruch allein auf Gorbatschow und dessen Reformpolitik zurück, wobei sie nicht beachten, welche gesellschaftspolitischen Veränderungen das Phänomen Gorbatschow überhaupt erst möglich machten.

“As with many other events in European history, including the outbreak and the end of the Second World War, interpretations of the end of communism in the East depend on which side of the iron curtain you sat. The West European version, which is also shared by the Russians, says that the wall collapsed as a result of Gorbachev's perestroika and the Soviet leader's attempts to overcome East-West divisions. A reading from Central and Eastern Europe is very different where it is believed that Gorbachev was forced to embark on perestroika because of the Soviet Union's dramatic economic situation and the rise of dissident movements in Poland, Hungary and Czechoslovakia, which rendered the costs of maintaining the Soviet empire unsustainable. There is also an American interpretation of the fall of the wall. According to this version, it was Reagan's uncompromising position vis-a-vis the Soviet Union and in particular the 'Star Wars' project that exposed Moscow's inability to compete in the arms race and thus forced political concessions from the Kremlin” (Zaborowski 2009:1). Zaborowski sieht die Volksbewegungen in Osteuropa als entscheidenden Faktor an.

Vermutlich spielten alle genannten Faktoren eine gewisse Rolle. Aber der Bewusstseinswandel wäre wohl kaum ohne den Widerstand im Westen gegen den Kalten Krieg möglich gewesen. Georgij Arbatow, Berater von Gorbatschow, sagte, und stand Bittorf (1990) zufolge damit nicht allein: *„Die Friedensbewegung war ein Ausdruck des Bewusstseinswandels, der sich in der westdeutschen Bevölkerung abgespielt hat. Das war ein Faktor für unsere Entscheidung, Michail Gorbatschow als Verfechter eines dezidierten Entspannungskurses zum Generalsekretär zu wählen.“*

Fazit: Der Einfluss auf den Zusammenbruch des Ostblocks 1989 war kein Ziel, das[was] die große Mehrheit der Friedensbewegung bewusst verfolgte, dennoch ist er ohne den Bewusstseinswandel der 1980er Jahre kaum denkbar (Breyman 2001, Cortwright 2008).

Wie die Anti-Vietnamkrieg-Bewegung hatte auch die Friedensbewegung der 1980er Jahre darüber hinaus weitreichende Wirkungen in Bezug auf die politische Kultur. „Frieden“ wurde zu einem Thema, mit dem sich eine große Anzahl von Menschen identifizierte, Atomwaffen wurden zunehmend problematisiert, Ziviler Ungehorsam (vor allem in Form von Sitzblockaden) wurde zu einem anerkannten Instrument, die Zahl der Kriegsdienstverweigerer stieg stark, politische Partizipation über Bürgerinitiativen nahm zu (Breyman 2001, Leif 1990); und es waren die in den 1980er geschaffenen Strukturen, auf die sich in die nachfolgenden Friedensbewegungen, etwa gegen die Irakkriege und gegen das militärische Eingreifen in Afghanistan, stützen konnte.

⁴⁸ Die Friedensbewegung war nach MacDougall (1990) auch relativ erfolgreich dabei, durch Lobbyarbeit bei Kongressabgeordneten die bunkerdurchdringende MX-Rakete zu stoppen, die die Minuteman ablösen sollte.

2.5 Die Frauen in Weiß in Liberia

Die Antikriegsbewegung der Frauen in Liberia ist durch wenige Artikel, eine Biographie und einen Film („Pray the Devil Back to Hell“: Reticker/Disney, New York, 2008, www.praythedevilbacktohell.com) dokumentiert.

2.5.1 Historischer Zusammenhang und Überblick

Liberia ist ein Staat, der 1822 als Projekt von aus den USA zurückkehrenden ehemaligen Sklaven gegründet wurde. Diese bildeten bzw. bilden bis heute eine zahlenmäßig kleine Oberschicht in dem 3,5-Millionen-Land, das von mindestens 16 verschiedenen einheimischen afrikanischen Volksgruppen bewohnt wird. 1980 kam Samuel K. Doe durch einen Putsch an die Macht und beendete erstmalig die Herrschaft der Einwanderer. 1989 kam Charles Taylor mit 100 Rebellen der National Patriotic Front of Liberia (NPFL) von der Elfenbeinküste nach Liberia mit dem Ziel, Präsident Doe zu stürzen. Doe wurde 1989 abgesetzt; danach kam es zum Bürgerkrieg zwischen mehreren Parteien und wechselnden Bündnissen. Die westafrikanische ECOWAS griff ab 1990, von Nigeria geführt, militärisch ein, wurde aber schnell zur Kriegspartei, und die Intervention blieb wirkungslos (Schlichte 2002, Bekoe 2008). 1996 schien der Krieg, der mit großer Brutalität geführt wurde und bei dem sexualisierte Gewalt extrem verbreitet war (Lindorfer 2009) mit dem Abuja II-Accord beendet zu sein. Taylor gewann 1997 die Wahlen mit enormer Mehrheit. Aber 2000 flammte der Bürgerkrieg wieder auf, als neue Rebellengruppen entstanden (Liberians United for Reconciliation and Democracy – LURD; Movement for Democracy in Liberia –MODEL). Erst 2003 wurde unter Vermittlung einer Liberia-Kontaktgruppe⁴⁹ und der ECOWAS mit Mediatoren aus Ghana, Nigeria und Südafrika ein endgültiger Waffenstillstand geschlossen (Rosenbrock 2007, Gerdes 2011, International Crisis Group 2002). Während die Verhandlungen liefen, wurde Taylor vom Internationalen Strafgerichtshof unter Anklage gestellt, woraufhin er nach Liberia zurückkehrte, aber eine Verhandlungs-Delegation in Accra/ Ghana zurückließ. In der Hauptstadt Monrovia brachen daraufhin Kämpfe aus. Nach dem Rücktritt Taylors und dem Friedensschluss im Jahr 2003 fanden 2005 Wahlen statt, aus denen Ellen Johnson-Sirleaf (Unity Party), die der Frauenbewegung nahe stand, als Siegerin hervorging. Sie wurde zusammen mit der Anführerin der Frauenfriedensbewegung, Leterin Leymah Gbowee, 2011 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet.⁵⁰

2.5.2 Die Antikriegsbewegung: Entstehung und Verlauf

Bereits 1994 kam es zu ersten großen Protesten gegen den Krieg von Seiten der Bevölkerung Liberias. So organisierten BürgerInnengruppen 1994 ein „stay home for disarmament“, um die bewaffneten Gruppen dazu zu bringen, ihre Waffen niederzulegen (International Crisis Group 2002).

Das Frauennetzwerk des West African Network for Peace (WANEP), WIPNET⁵¹, führte 2002 ein „Peace Outreach“-Projekt durch: Jeweils zwei Frauen gingen mit dem Slogan *“Liberian women, awake for peace”* in Kirchen, Moscheen und auf den Markt (Gbowee 2011:126ff). Sie

⁴⁹ Bestehend aus den USA, Großbritannien, Frankreich, Marokko, Nigeria, Ghana, der Economic Community of West African States (ECOWAS), der Afrikanischen Union und den Vereinten Nationen

⁵⁰ Taylor, der 2006 von Nigeria nach Sierra Leone ausgeliefert wurde, wurde Ende April 2012 vom ICC in Sierra Leone verurteilt

⁵¹ WIPNET = Women in Peacebuilding Network

verteilten Flugblätter und diskutierten mit Frauen. Diese Aktivitäten fanden zu dem Zeitpunkt keine große Öffentlichkeit, und es gab keine Pressemitteilungen. Das Peace Outreach-Projekt endete im Dezember 2002. Aber ein Training für dieses Projekt war der Ort, wo sich die christlichen und muslimischen Frauen begegneten, die sich dann unter dem Namen „Frauen in Weiß“ zusammenschlossen, um für das Ende des Krieges zu demonstrieren. Den Anstoß dazu gaben zwei Frauen, die Christin Leterin Leymah Gbowee, die ab 2002 Mitglieder ihrer lutheranischen Kirche unter dem Namen „Christian Women’s Peace Initiative“ für Friedensgebete mobilisierte, und die Muslimin und Polizeioffizierin Asatu Bah Kenneth, die Mitglied einer älteren Frauenfriedensgruppe (LWI, s. Fußnote 51 unten) gewesen war und die „Muslim Women for Peace“ gründete. Die „Frauen in Weiß“ wurden durch den Dokumentarfilm „Pray the Devil Back to Hell“, der ihre Initiative von der Gründung bis zum Friedensschluss 2003 dokumentiert, im Nachhinein auch international bekannt. Es hatte in Liberia auch schon vorher ein gut funktionierendes Netzwerk von Frauengruppen gegeben, die sich für Frieden einsetzten.⁵²

Der Durchbruch wurde erst mit den beide Konfessionen Liberias umfassenden „Women of Liberia Mass Action for Peace“, wie sie sich nannten, erreicht. Gbowees und Asatus Gruppen schlossen sich im März 2003 zusammen und veröffentlichten einen an die Regierung und die Rebellen gleichermaßen gerichteten Appell, den Krieg zu beenden. Schnell wurde aus ihren Protesten eine Massenaktion von Frauen. Anfang April begann eine Dauermahnwache von 500 bis 1.000 Frauen, alle in Weiß gekleidet. Sie versammelten sich jeden Tag in Stadtnähe auf dem Fischmarkt an einer Straße, über die Präsident Taylor jeden Tag zu seinem Amtssitz fahren musste. Ihr Motto lautete: *“The women of Liberia want peace now”*. Am 11. April versammelten sich erstmals über 3.000 Frauen. Musliminnen und Christinnen demonstrierten gemeinsam, trotz gegenseitiger Vorbehalte.

Die Frauen fanden Unterstützung von Seiten des Interreligiösen Rates von Liberia, dem beide Glaubensrichtungen angehören, dem Liberianischen Rat der Kirchen und dem Liberianischen Nationalen Muslimrat (Hansen 2009). Die Frauen achteten bei ihren Protesten darauf, sich nicht in politische Debatten über die Regierung einzulassen, sondern bei der Forderung „Frieden“ zu bleiben (Gbowee 2011:138ff).

Am 24. April 2003 lud Präsident Taylor sie zu einem Treffen ein, auf dem sie ihre Forderung nach Frieden vortrugen. Dabei sprachen sie nicht Taylor direkt an, sondern die ebenfalls anwesende Vorsitzende des Senates, die einzige Frau im Raum (Gbowee 2011:141).⁵³

Bei einer anderen Gelegenheit trafen sich die Frauen auch mit Mitgliedern der Rebellenorganisation LURD, als diese eine Begegnung mit VertreterInnen des Liberianischen Rates der Kirchen hatte (Gbowee 2011:143), und bei wieder einer anderen Gelegenheit mit VertreterInnen der UN (ebd. 150), um ihre Forderung vorzubringen.

Nach dem Treffen mit Taylor setzten die Frauen ihre Proteste fort, wobei sich die Aktionen sich von der Hauptstadt aus auch in Lager ausbreiteten, wo Vertriebene lebten. Um ihre Aktionen abwechslungsreicher zu gestalten, begannen die Frauen auch mit Picketing⁵⁴ (Gbowee

⁵² Das Mano River Union Women’s Peace Network (MARWOPNET), dassich gegen Gewalt in der Grenzregion zwischen Liberia, Sierra Leone und Guinea einsetzte, und die Liberian Women’s Initiative (LWI), die Streiks und Proteste gegen den Krieg und die Einbeziehung von Frauen in Abrüstungsprojekte organisierten. Siehe Gbowee 2011.

⁵³ Dieses Treffen ist auch in dem Film „Pray the Devil Back to Hell“ zu sehen.

⁵⁴ Picketing ist eine Aktionsform, die im Deutschen keine eigene Bezeichnung hat. Sie bedeutet, dass die Demonstrierenden, oftmals im Kreis gehend, Plakate mit Slogans hochhalten.

2011:142). Viel Beachtung in den Medien fand eine Aktion, von der leider nicht bekannt ist, ob ihrer Erfinderin Asatu das antike Vorbild der Lysistrata bekannt war: Ein Sex-Streik mit der Forderung, dass die Männer den Krieg beenden sollten. Gbowee zufolge ursprünglich ein Scherz, zeigte sich diese Aktionsform als extrem nutzbringend dabei, den Frauen Medienöffentlichkeit zu geben (Gbowee 2011:147).

Als es der internationalen Kontaktgruppe gelungen war, Friedensgespräche in Accra (Ghana) in Gang zu bringen, reiste eine Gruppe der Frauen dorthin. Ab August 2003 demonstrierten sie vor dem Konferenzgebäude und mahnten die Delegierten in zahlreichen Gesprächen am Rande, durch Kompromissbereitschaft ein Ende des Krieges zu erreichen. Als die Gespräche sich festzufahren schienen – wobei die Frauen den Eindruck hatten, dass die Delegierten überhaupt kein wirkliches Interesse an einem Fortschritt hatten, sondern sich im Gegenteil in Accra ein gutes Leben machten – blockierten die Frauen die Eingänge des Konferenzsaales und zwangen die Delegierten so, weiter zu verhandeln. Dabei fanden sie das Verständnis des internationalen Vermittlers, des nigerianischen Präsidenten Abubakar, der einen Delegierten daran hinderte, sich mit Gewalt einen Weg durch die Frauen zu bahnen und auch verhinderte, dass die Polizei die Frauen räumte.⁵⁵ Öffentlichkeitswirksam wurde diese Aktion im Fernsehen übertragen (Gbowee 2011:154). Nach dieser Aktion änderte sich das Klima der Verhandlungen: Sie wurden ernsthaft, und zwei Wochen später, nachdem die Internationale Gemeinschaft den Druck von ihrer Seite aus dadurch erhöht hatte, dass sie damit drohte, die Finanzierung der Verhandlungen zu stoppen, wurde das Abkommen geschlossen.

Nach ihrer Rückkehr wurden die Frauen gefeiert. Sie setzten ihre Arbeit in der Folgezeit fort, indem sie sich in den Entwaffnungsprozess einmischten. Anfänglich wurde ihre Unterstützung durch die UN abgelehnt – die argumentierten, „wir sind die Experten“ – aber nachdem Chaos ausbrach, wurden die Frauen als UnterstützerInnen akzeptiert.

Noch später beteiligten sich die Frauen an den Wahlen, indem sie ihre Geschlechtsgenossinnen aufriefen, sich zur Wahl zu registrieren und die Präsidentschafts-Kandidatin Sirleaf zu wählen. Sie wäre gewiss nicht Präsidentin geworden, hätte die Frauenfriedensbewegung nicht existiert. Nach zweieinhalb Jahren beendete die Bewegung ihre Arbeit offiziell.

2.5.3 Mitwirkende

Die beteiligten Frauen waren Christinnen und Muslime; die Anführerinnen waren schon zuvor im Rahmen religiöser Initiativen aktiv gewesen. Ausgegangen war die Initiative anscheinend von Frauen aus der Stadt, aber es beteiligten sich bald sehr viele Frauen aus den Flüchtlingslagern, zu denen auch Landbevölkerung gehörte. Die Frauen hatten die Anerkennung und Unterstützung der Geistlichen beider Religionen. Von den politischen Parteien hielten sie zum Zeitpunkt des Bürgerkrieges und der Friedensverhandlungen Abstand.

2.5.4 Positionen

Die Frauen waren sich in ihrer zentralen Forderung einig: Die Kriegführenden sollten endlich Frieden schaffen. Konflikte innerhalb der Bewegung bestanden laut Gbowee zum einen zwischen den älteren, etablierten Frauenorganisationen und ihrer Gruppe, die sie auch als einen

⁵⁵ In den Berichten über die liberianischen Frauen wird oft über diese Situation geschrieben, in der Gbowee, als die Polizei sich anschickte, die Frauen mit Gewalt zu entfernen, damit drohte, sich zu entkleiden, was im westafrikanischen Kontext nicht nur ein Tabubruch gewesen wäre, sondern einen Fluch für die Polizisten bedeutet hätte (Gbowee 2011:161f).

Konflikt zwischen Klassen ansieht: „*They were the educated elite; we were the indigenous poor*“, sagt sie (Gbowee 2011:144). Zum anderen schreibt Gbowee von einer großen Zahl an internen Konflikten bei den Frauen in Weiß, bei denen es vor allem um Konflikte um Führerschaft und um persönliche Beziehungen ging.

2.5.5 Strategien und Methoden

Die zentrale Strategie der Frauen war, ihre Forderung öffentlich sichtbar an die Kriegsparteien heranzutragen. Diese sollten beeinflusst werden, den Bürgerkrieg zu beenden. Die Frauen nutzten dabei auch die Vermittlung Dritter, besonders die Führungen der Glaubensgemeinschaften. Ein Teil ihrer Proteste kann dabei als Aktionen Zivilen Ungehorsams eingeordnet werden – ihre Proteste auf dem Markt waren stets davon bedroht, von der Polizei geräumt zu werden, und die Blockade des Verhandlungssaales in Accra ist ein beeindruckendes Beispiel einer glaubhaften und wirksamen direkten Aktion.

2.5.6 Repression

Die Frauen sind von der Polizei weitgehend unbehelligt geblieben, zumindest gibt es in den verfügbaren Berichten keine Hinweise auf Repression, wohl aber auf eine potenzielle Bedrohung, wenn nämlich berichtet wird, dass die Frauen einen Kontakt in der Polizei hatten, der sie warnte, falls sich dort etwas anbahnte.⁵⁶

2.5.7 Wirkungen

Die Frauenfriedensbewegung 2002-2003 hat durch ihre Proteste in Liberia und ihren Druck vor den Verhandlungen und vor allem während der Verhandlungen dazu beigetragen, dass es zu einem Abkommen zwischen den Kriegsparteien kam. Selbstverständlich waren sie nicht die Einzigen, denen der Friedensschluss zugeschrieben werden kann – die Vermittlung der Internationalen Gemeinschaft und der von ihr ausgeübte Einfluss und Druck sind unzweifelhaft ebenfalls entscheidende Faktoren gewesen. Aber die Frauen machten öffentlich beiden Seiten deutlich, dass sie des Krieges schlicht müde waren, und sie zwangen anschließend die Politiker, die Verhandlungen ernst zu nehmen. In der wissenschaftlichen Literatur über das Ende des Bürgerkrieges werden die Proteste der Frauen in der Regel nicht erwähnt, aber das dürfte eher auf die leider übliche Tendenz zurückzuführen sein, zivilgesellschaftliche Initiativen zu ignorieren, als darauf, dass sie wirkungslos blieben.

2.6 Der Irak-Krieg 1990-1991

Die Bewegung gegen den Irak-Krieg 1991, gewöhnlich als der „2. Golfkrieg“ bezeichnet, wurde in einigen Aufsätzen (s. unten) dokumentiert; zusätzlich habe ich als Originalmaterialien aus der Zeit Artikel aus der Zeitschrift Friedensforum herangezogen.

2.6.1 Historischer Zusammenhang und Überblick

Am 2. August 1990 besetzte der Irak Kuwait. Nach mehreren Monaten der Sanktionen und Ultimaten legitimierten die Vereinten Nationen am 29. November 1990, „*alle erforderlichen Mittel*

⁵⁶ Die Information jedoch bleibt zu vage, als dass sich darauf Schlussfolgerungen aufbauen ließen.

einzusetzen, um der Resolution 660 (1990) und allen danach verabschiedeten einschlägigen Resolutionen Geltung zu verschaffen und sie durchzuführen und den Weltfrieden und die internationale Sicherheit in dem Gebiet wiederherzustellen“, also einen Angriff zur Befreiung Kuwaits (UNSC 678)⁵⁷. Eine sog. Koalition der Willigen von 28 direkt beteiligten Staaten unter Führung der USA griff zwei Tage nach Auslaufen eines Ultimatums der UNO am 17. Januar 1991 den Irak mit dem Ziel an, dessen Rückzug aus Kuwait zu erzwingen. Laut Wikipedia war der Krieg „in Bezug auf die verwendeten Rüstungsgüter und den Mobilisierungsgrad der Kriegsparteien ... der schwerste Krieg seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges, selbst wenn man den Koreakrieg in den Vergleich einbringt“.⁵⁸ Darüber hinaus war der Krieg durch die ungewöhnlich asymmetrische Verteilung der Kriegsoffer, die einseitige Verfügung des Kriegsendes und den hohen Grad an mittelbaren Umweltschäden (vor allem durch abgereichertes Uran) gekennzeichnet: 237 Toten und 776 Verwundeten (Wikipedia)⁵⁹ auf alliierter Seite standen zwischen knapp 3.000 und über 200.000 Soldaten auf irakischer Seite gegenüber - die Opferzahlen auf irakischer Seite sind umstritten, die meisten Schätzungen gehen von 25.000 bis 75.000 Soldaten und knapp über 2.200 zivilen Opfern aus. Der Irak versuchte, den Krieg dadurch zu eskalieren (und wohl auch Sympathien bei arabischen Ländern zu wecken), dass er Israel mit Scud-Raketen angriff.

2.6.2 Die Antikriegsbewegung: Entstehung und Verlauf

Der Irakkrieg zeichnete sich kurz nach der Wende 1989 ab, als in Europa und den USA die meisten Friedensbewegten auf eine „Friedensdividende“ nach dem Zusammenbruch des Warschauer Pakts und dem Ende des Kalten Kriegs hofften. Aus heutiger Sicht läutete er eine neue Ära der westlichen militärgestützten Außenpolitik ein, was man damals noch nicht so erkannte. Die Friedensbewegung begann ab Herbst 1990 gegen den drohenden Krieg zu mobilisieren.⁶⁰ Ihr gemeinsamer Slogan: „Kein Blut für Öl“. In mehreren Städten in den USA und in Europa fanden erste große Proteste am 20. Oktober 1990 statt. Am 1. Dezember kamen 10.000 Demonstrierende in Boston zusammen. Auch in Deutschland entwickelten sich in dieser Zeit viele Aktivitäten, und neue Friedens-Initiativen gegen den Zweiten Golfkrieg wurden gegründet.

Die Proteste gegen den Irakkrieg waren nur von kurzer Dauer. Hunderttausende demonstrierten in Europa und den USA im Herbst 1990 und im Januar 1991 – mit drei „Mobilisierungshöhepunkten“ gegen den Krieg an den Wochenenden des 12./13. Januar, vom 16.- bis 18. Januar und am 26. Januar 1991. Ihre Anlässe waren das Auslaufen des UN-Ultimatums am 15.1. und der Beginn der Militäroperation „Desert Storm“ am 17.1. Die Proteste waren so groß wie zur Zeit des Vietnamkriegs in den USA und der Friedensbewegung der 1980er Jahre in Europa, wenn nicht sogar größer, obwohl der Krieg, - vielleicht auch weil durch die UN offiziell sanktioniert -, bei einem Teil der Bevölkerungen als legitim angesehen wurde (s. Zunes 2011). In Bonn kamen am 26.1.1991 200.000 Menschen zusammen, mehr als von den VeranstalterInnen erwartet, obwohl sich bei Meinungsumfragen stets eine große Mehrheit von mindestens zwei Dritteln der (West-) Deutschen für den Krieg aussprach⁶¹. Zu der Kriegsbe-

⁵⁷ Jemen und Kuba stimmten dagegen; China enthielt sich.

⁵⁸ https://de.wikipedia.org/wiki/Zweiter_Golfkrieg

⁵⁹ https://de.wikipedia.org/wiki/Zweiter_Golfkrieg#Opfer_und_Verluste

⁶⁰ Für die folgende Darstellung, siehe Koopman 2009:59, Cortright 2008:170ff, Zunes 2011:358, Friedensforum Sonderausgabe 1/1991.)

⁶¹ Zwietracht im einig Vaterland. SPIEGEL-Umfrage im Januar (II): Die Einstellung zum Golfkrieg und zur Situation in der Bundesrepublik, <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13487434.html>; siehe auch Rohwedder

fürwortung trugen entscheidend die Bombardierungen Israels durch den Irak bei. Sie delegiti- mierten die Friedensbewegung in den Augen vieler Menschen, die zuvor dem Krieg skeptisch gegenüber gestanden hatten (Koopman 2009:64).

Eine Aktion des Sich-zwischen-die Fronten Stellens durch gewaltfreie AktivistInnen ist als Widerstand gegen den Krieg besonders bemerkenswert, auch wenn diese Aktion letztendlich wirkungslos blieb. Das Gulf Peace Team, (GPT) eine britisch-amerikanisch-österreichische Initiative (s. Burrowes 2000), organisierte ab Weihnachten 1990 ein Camp in der Wüste zwischen Irak und Kuwait in der Hoffnung, auf diese Weise den Vormarsch amerikanischer Truppen stoppen zu können. Sie wurden von der irakischen Regierung willkommen geheißen, obwohl sie ihrerseits versuchten, Distanz zum Regime von Saddam Hussein zu halten. Als der Krieg begann, flogen die Bomber über die Köpfe der rund 250 AktivistInnen hinweg, die dann nach 10 Tagen von Bagdad aus evakuiert wurden. Nicht anders erging es der deutschen Schwesterinitiative „Frieden am Golf“, die zuerst ungleich GPT auf eine Präsenz in Bagdad gesetzt hatte, sich dann aber mehrheitlich dem Camp von GPT anschloss. Die Evakuierten begannen anschließend, von ihren Heimatländern aus humanitäre Hilfe zu organisieren (s. Schweitzer et al. 2001, Appendix Chapter 2).

Die Bewegung endete mit dem Kriegsende, auch wenn einige Gruppen fortfuhren, die Situation zu beobachten und vor allem aus den USA gegen das fortgesetzte Embargo zu protestieren und es mit eigenen Hilfsleistungen zu brechen. Sie spielten dann auch wieder eine Rolle im Widerstand gegen den zweiten Irakkrieg 2003 (s. unten).

2.6.3 Mitwirkende

Die Proteste wurden in erster Linie durch schon zuvor bestehende Friedensinitiativen, die Mehrzahl aus der Zeit der 1980er Jahre (Koopman 2009:62) oder wie im Falle der USA selbst schon aus der Zeit des Vietnamkriegs, getragen. In Deutschland standen auch die (in der Opposition befindliche) SPD, Bündnis 90/Die Grünen, die PDS, die Gewerkschaften und Organisationen wie Terre des Hommes, BUND und Greenpeace hinter der Ablehnung des Krieges und beteiligten sich an den Protesten (Koopman 2009:63). Es waren in Deutschland aber nicht nur diese etablierten Netzwerke und Organisationen, sondern besonders kurz nach Kriegsbeginn auch viele SchülerInnen, die spontanen, dezentralisierten Protest organisierten (Koopman 2009:64). In Deutschland nahmen (nach Koopman 2009:60f) 953.000 Menschen an den Protesten teil, in Frankreich 494.000, in den Niederlanden nur 18.800. Gegenproteste in Deutschland für den Krieg, die von der CDU/CSU und FDP organisiert wurden, sahen nur wenige tausende TeilnehmerInnen (ebda.).

In den USA entstand eine Koalition, in die unterschiedliche Gruppen von links bis rechts aufgenommen wurden, darunter auch antisemitische und faschistische Gruppen (Zunes 2011:355ff). Dies geschah in Deutschland nicht; dass nationalsozialistische Gruppierungen ebenfalls den Krieg ablehnten, wurde von der deutschen Friedensbewegung ignoriert und jedes gemeinsame Handeln mit ihnen abgelehnt.

2.6.4 Positionen

Die Bewegung gegen den Irak-Krieg war sich darin einig, den Angriff der „Koalition der Willigen“ zu verurteilen. Er wurde als ein Krieg um Erdöl gesehen, und es wurde bezweifelt, dass die Koalition ohne die massiven wirtschaftlichen und strategischen Interessen der Beteiligten

– die vor allem in der Bedeutung des Zugangs zu Erdöl für die von fossilen Brennstoffen abhängigen industrialisierten Ökonomien gesehen wurden - versucht hätte, Kuweits Unabhängigkeit wiederherzustellen (Koopman 2009:57f).

In den USA gab es laut Zunes (2011:358f) keine Sympathien für das Regime von Saddam Hussein und keine ideologische Agenda wie bei Vietnam und Lateinamerika. Das gilt auch für Deutschland, wenn man z. B. die Redebeiträge der Demonstration am 26.1.1991 analysiert (Friedensforum 1/1991); auch wenn in Diskussionen vereinzelt darauf hingewiesen wurde, dass Kuwait lange Zeit zum Irak gehört hatte und dass Kuwait durch eine sehr repressive Regierung regiert wurde.⁶²

2.6.5 Strategien und Aktionsformen

Es lassen sich im Wesentlichen zwei Strategien ausmachen: Die erste waren Versuche, durch Öffentlichkeits- und Medienarbeit auf die sich zuspitzende Situation im Golf aufmerksam zu machen gegen das Vorgehen der westlichen Regierungen mit der Hoffnung zu protestieren, diese zu einem Verzicht auf einen Angriff oder dessen Abbruch zu bewegen. In Frankreich und in den Niederlanden waren Protest-Demonstrationen die Hauptmethode. In Deutschland gab es neben öffentlichen Protesten (Demonstrationen, Mahnwachen, Appelle) auch direkte Gewaltfreie Aktionen, wie die Blockade von US-Militärfahrzeugen in Mannheim am 29. November 1990 („Aktionen gegen den Golf-Krieg“, in: Friedensforum 6/90, S. 3). Koopman (2009:62ff) zählt über ein Drittel aller Proteste als „confrontational actions“, einschließlich Streiks, Blockaden (darunter die der Rhein-Main-Air Base in Frankfurt) und Besetzungen von Militäreinrichtungen.

Die zweite Strategie war das oben beschriebene beabsichtigte Sich-Dazwischenstellen durch das Gulf Peace Team.

Ein dritter Typ von Aktivitäten war die Unterstützung von verweigernden US-SoldatInnen und Aufrufe zur Verweigerung. Hier ging es im Kern darum, diejenigen zu unterstützen, die sich an dem Krieg nicht beteiligen wollten. Inwieweit dies den Namen einer eigenen Strategie zur Kriegsverhinderung oder –beendigung verdient, mag infrage gestellt werden – mir sind keine Quellen bekannt, die davon sprechen, dass man die Hoffnung hatte, die Zahlen der VerweigerInnen so zu erhöhen, dass dies Einfluss auf den Kriegsverlauf genommen hätte.

2.6.6 Repression

Mit großer Härte wurden SoldatInnen verfolgt und bestraft, die sich dem Kriegseinsatz entzogen hatten. Allein in Deutschland waren dies geschätzt über 100. Dazu kam die juristische Verfolgung von Menschen, die SoldatInnen zur „Fahnenflucht“ aufgerufen hatten – etliche von ihnen wurden zu Bußgeldern oder Geldstrafen verurteilt; bei anderen wurden die Verfahren schließlich eingestellt (Roggenbuck 1991 und Gräbener 1991).

2.6.7 Wirkungen

Die Antikriegsbewegung hatte keinen erkennbaren Einfluss auf den Verlauf des Krieges und sein Ende. Das gilt sowohl für die Proteste in den westlichen Ländern wie für das Dazwischenstellen des GPT (s. Burrowes 2000).

Zunes (2011), der die Bewegung analysierte, sieht eine Reihe von Faktoren, die zur Schwäche

⁶² Eigene Erinnerung.

der Antikriegsbewegung beitrugen: effektive Propaganda durch die beteiligten Regierungen, Zensur der Presse, Falsifizierungen von Berichten vom Schlachtfeld, geringe Zahl an US-Toten, kurze Dauer des Krieges und der (als despotisch wahrgenommene) Charakter des irakischen Regimes (Zunes 2011:354). Aber er benennt auch etliche Fehler der Bewegung: sie hatte wenig Wissen über die Region und Kontext, es wurde ein falscher Vergleich mit dem Vietnam-Krieg gezogen, und es wurden völlig unrealistische Opferzahlen auf alliierter Seite vorhergesagt, die Vorbereitung begann zu spät, die Anliegen der Kuwaitis wurden ignoriert, und die Bewegung war in sich zerstritten und gespalten. Sobald der Krieg begann, stellte sich besonders angesichts der Angriffe auf Israel die große Mehrheit der Menschen hinter den Krieg, der als weitgehend alternativlos angesehen wurde. Eine Umfrage in den USA am Ende der zweiten Woche des Krieges besagt, dass 60 % ausdrückten, sie hätten den Respekt gegenüber der Antikriegsbewegung verloren.

2.7 Der Irak-Krieg 2003

Die Bewegung gegen den Irak-Krieg 2003 ist in der Literatur mit Ausnahme eines Kapitels in der Studie von Cortright (2008) wenig dokumentiert, obwohl sie inzwischen auch schon zehn Jahre zurückliegt. Die Beschreibung hier wurde in erster Linie auf der Basis sog. grauer Literatur – Dokumenten aus der Friedensbewegung – zusammengestellt.

2.7.1 Historischer Zusammenhang und Überblick

Der zweite Irakkrieg⁶³ 2003, zwei Jahre nach Beginn des Krieges in Afghanistan 2001, stand einerseits im Kontext des von den USA und der NATO ausgerufenen „Kriegs gegen den Terror“, wurde andererseits aber mit dem angeblichen Besitz von Massenvernichtungswaffen durch das Regime von Saddam Hussein begründet. Der Irak hatte seit seiner Invasion Kuwaits im Jahr 1990 unter schweren Sanktionen der USA und der UN gestanden, die nach Zahlen der Vereinten Nationen 500.000 Kindern das Leben kosteten (Graf Sponeck 2002). Der Krieg wurde durch die Behauptung vorbereitet, dass der Irak Massenvernichtungswaffen besitze und die Arbeit von UN-Inspektoren, die dies nachprüfen sollten, verhindere.⁶⁴

Der Krieg fand ohne Billigung der Vereinten Nationen statt, auch wenn die USA und Großbritannien, die eine neue sog. „Koalition der Willigen“ anführten, anfänglich behaupteten, er sei durch die UN-Beschlüsse zu den Sanktionen gedeckt.

Er begann am 20. März 2003 als kombinierter Luft- und Bodenkrieg mit der Bombardierung Bagdads und dem Einmarsch von Truppen von Kuwait her. Am 1. Mai 2003 ging er mit der Eroberung Bagdads und dem Sturz von Hussein zu Ende. Es kam (und kommt bis heute) aber weiterhin zu Terroranschlägen und Kampfhandlungen, u. a. auch im Rahmen des völkerrechtlich illegalen vom der CIA betriebenen Programms gezielter Tötungen durch Drohnen.⁶⁵

⁶³ Oder dritter Golfkrieg – der erste Golfkrieg ist der Krieg Irak-Iran in den 1980er Jahren.

⁶⁴ In der UN-Resolution 1441 vom 8.11.2002 wurde der Irak aufgefordert, eine Aufstellung seiner Waffenprogramme vorzulegen und den Inspektoren freien Zugang zu gewähren. Bei Verletzung dieser Auflagen wurden „ernsthafte Konsequenzen“ angedroht. Am 27.11.2002 nahmen die UN-Inspektoren erstmalig seit ihrem Verlassen des Landes 1998 ihre Arbeit im Irak wieder auf. Die irakische Regierung übergab den geforderten Bericht über ihr Waffenprogramme, den die USA aber als lückenhaft betrachteten. Quelle: <http://www.wissen.de/lexikon/irak-krieg?chunk=eskalation-des-konflikts>

⁶⁵ Zu dem Drohnenprogramm, siehe z. B. BICC et al 2013

Der Krieg hatte auf beiden Seiten wesentlich mehr Opfer als der erste Irakkrieg gekostet: 5.000 alliierte Soldaten und über 10.000 irakische Soldaten und Polizisten starben. Die Zahl der zivilen Opfer ist erneut auch in diesem Fall umstritten. Schätzungen reichen von 100.000 bis zu einer Million, wobei auch die Zeit nach dem offiziellen „Ende“ des Krieges mit einbezogen wird.⁶⁶

Noch im gleichen Jahr wurde durch die Kriegskoalition eine neue irakische Regierung eingesetzt; US-Kampftruppen blieben aber bis 2010/2011 im Land.

Mehrere europäische Staaten, so auch Deutschland, beteiligten sich nicht an der „Koalition der Willigen“. Sie bemängelten die fehlende Legitimation durch die UN und das Fehlen eindeutiger Nachweise, dass der Irak Massenvernichtungswaffen besitze. Weitere Aspekte waren die Sorge über Destabilisierung des Nahen und Mittleren Ostens, eine Schwächung der Anstrengungen in Afghanistan und erwartete hohe Folgekosten durch Besetzung und Wiederaufbau.

2.7.2 Die Antikriegsbewegung: Entstehung und Verlauf

Die Antikriegsbewegung gegen den Irakkrieg 2003 ist bis heute die letzte große Massenbewegung gegen Krieg geblieben. Getragen in Europa wie den USA von einer breiten Koalition aus Friedensgruppen, Gewerkschaften, Kirchen und anderen, bildete sie sich bereits vor Kriegsbeginn in 2002. Am 15. Februar 2003 gab es zeitgleich, koordiniert u. a. über das Europäische Sozialforum, Proteste in vielen Großstädten, u. a. in London, Rom und Barcelona. In Deutschland fand eine Großdemonstration in Berlin mit rund 500.000 TeilnehmerInnen statt. Insgesamt, so wird geschätzt, nahmen weltweit ca. neun bis zehn Millionen Menschen an den Protesten teil. Auch danach Beginn der Kriegshandlungen setzten sie die Proteste fort; allerdings erreichten sie nicht mehr dieselben Zahlen (Cortright 2008, Rohwedder 2010).

Ein Teil der Bewegung in Deutschland setzte auf Aktionen Zivilen Ungehorsams und organisierte die Kampagne „resist“. Sie begann mit einer Selbstverpflichtungserklärung, im Falle eines Angriffs auf den Irak Aktionen zivilen Ungehorsams zu leisten (Stay 2003). Dazu gab es Aufrufe an SoldatInnen, den Einsatz zu verweigern (s. Friedensforum 1/2003).

Wie 1991 ging der Krieg vergleichsweise schnell zu Ende. Nach Kriegsende zerfiel die Bewegung; der Versuch von Seiten von Friedensorganisationen, ihren Impetus auf die Bewegung gegen den Afghanistankrieg zu übertragen, muss als weitgehend gescheitert angesehen werden.⁶⁷

2.7.3 Mitwirkende

Die Antikriegsbewegung wurde von einer breiten Koalition unterschiedlicher Gruppen getragen. Neben den „klassischen“, schon vorher bestehenden, Friedensorganisationen gehörten zu ihr viele kirchliche Gruppen – selbst der Vatikan drückte Kritik an dem Krieg aus – und Gewerkschaften. Laut Wikipedia folgten europaweit insgesamt mehr als 70 Gewerkschaftsorganisationen in 38 Ländern dem Aufruf des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB), am 14. März 2001 ein "*Zeichen für den Frieden*" zu setzen.

⁶⁶ https://de.wikipedia.org/wiki/Dritter_Golfkrieg#Verluste

⁶⁷ Über die Gründe hierfür kann nur spekuliert werden. Die Autorin ist der Auffassung, dass der Hauptgrund darin liegt, dass der Afghanistan-Krieg unter dem Eindruck von 9/11 begonnen wurde und in seinen Anfängen keine vergleichbar großen Proteste hervorrief. 2003, als der Irakkrieg stattfand, schien dann die ‚heiße Phase‘ schon vorbei zu sein schien. Eine Betroffenheit in den Bevölkerungen der kriegführenden Länder konnte zu einem Zeitpunkt, wo die Gewalt zu deeskalieren schien, nicht geweckt werden.

Der Widerstand war Cortright (2008:170ff) zufolge besonders stark in den Ländern, wo die Regierungen die Kriegsbemühungen unterstützten, wie in Großbritannien, Spanien und Italien. In Spanien und Italien lehnten mehr als 80 %, in der Türkei 86 % den Krieg ab. Aber auch in dem nicht zur „Koalition der Willigen“ gehörigen Deutschland lehnten 80 % der Bevölkerung den Krieg ab (Cortright 2008:173, Rohwedder 2010).

Der Widerstand schwappte auch über auf SoldatInnen der Länder, die an dem Krieg beteiligt waren. Wie in der Zeit des Vietnamkrieges sendeten Tausende von US-Armeeangehörigen einen „*appeal to redress*“ an amerikanische Kongressmitglieder und forderten den Abzug der Truppen (Cortright 2008:176).

2.7.4 Positionen

Anders als in der Situation während des Irakkrieges 1991 gab es wenig Uneinigkeit in der Bewegung, und es gab auch keine Angriffe auf Israel wie 1991, die ein Umschwenken der Meinung hätten bewirken können. Man war sich in der Verurteilung des Krieges, der wie der Krieg 1991 als ein Krieg für Öl (und strategische Interessen) gesehen wurde, einig, ohne deshalb dem System von Saddam Hussein Sympathien entgegenzubringen, aber mit deutlichen Hinweisen auf den unrechtmäßigen Charakter der Sanktionen, die vor allem die Zivilbevölkerung trafen (s. Friedensforum 1, 2 und 3/2003).

2.7.5 Strategien und Aktionsformen

Die Strategien und Methoden bestanden in erster Linie aus öffentlichem, durch Großdemonstrationen und in Appellen vorgetragenen Protest, verbunden mit Aktionen Zivilen Ungehorsams und Aufrufen zur Verweigerung an SoldatInnen.

2.7.6 Repression

Die Aktionen Zivilen Ungehorsams stießen in einigen Fällen auf recht massive Reaktion der Polizei, und etliche der TeilnehmerInnen an gewaltfreien Blockaden wurden auch in Deutschland juristisch verfolgt; allerdings wurden viele Verfahren eingestellt (Singe 2003).⁶⁸

2.7.7 Wirkungen

Es gelang der Antikriegsbewegung nicht, die Invasion in den Irak zu stoppen. Dennoch hatte sie politische Auswirkungen auf verschiedenen Ebenen. So gelang es den USA nicht, ihre offizielle Rechtfertigung des Krieges, nämlich das vorgebliche Vorhandensein von Massenvernichtungswaffen, in der öffentlichen Meinung zu verankern. Im Februar 2003 zogen sie einen entsprechenden Resolutionsentwurf im UN-Sicherheitsrat zurück, und gingen zusammen mit ihrem Hauptverbündeten Großbritannien und einer Reihe weiterer Länder (darunter auch militärisch völlig unbedeutende, die sich aus der Beteiligung an dem Krieg Vorteile versprachen) ohne Mandatierung der UN vor. Cortright bezeichnet dies als einen „*major victory for the global antiwar movement*“ (Cortright 2008:174).

Ein vielleicht größerer Sieg war zweifelsohne die Nichtbeteiligung einer Reihe von Ländern an dem Krieg: Dazu gehörten in Europa neben Frankreich, Österreich und den skandinavischen

⁶⁸ Über die Repression in anderen Ländern müssten ggf. Informationen in der geplanten erweiterten Ausgabe der Studie als Buch nachgetragen werden.

Ländern auch Deutschland unter der sozialdemokratisch-grünen Koalition, die wenige Jahre zuvor, 1998/99, noch den ebenfalls nicht von den Vereinten Nationen gebilligten Angriff der NATO auf Jugoslawien mitgetragen und sich aktiv an ihm beteiligt hatte.⁶⁹

In Deutschland und Spanien hatte der Krieg Wirkung auf die anstehenden Wahlen: BeobachterInnen sehen einen Zusammenhang sowohl mit dem Sieg des sozialdemokratischen Kanzlerkandidaten Schröder in Deutschland wie Zapateros in Spanien (Cortright 2008:174).

2.8 Weitere Fallbeispiele

In der Literatur finden sich Hinweise auf weitere Fälle, in denen BürgerInnen (gewaltmindernden) Einfluss auf Kriege nahmen. Sie sollen hier kurz benannt werden, ohne dass ihr Wahrheitsgehalt im Einzelnen nachgeprüft werden konnte.

2.8.1 Weitere Beispiele aus der Literatur

Der Antimilitarist Bart de Ligt benennt in einem Aufsatz von 1934 (de Ligt 1934) mehrere Fälle, in denen durch „das Volk“ ein Krieg oder eine Kriegsteilnahme verhindert wurde. Leider ist es mir nicht möglich gewesen, unabhängiges Datenmaterial über die dort benannten Beispiele zu finden; in „normalen“ historischen Werken werden sie nicht erwähnt, und die Hinzuziehung von Originalquellen aus der Zeit, – wohl der einzige Weg, die von de Ligt aufgestellten Beobachtungen zu prüfen –, war innerhalb des beschränkten Zeitrahmens dieser Studie nicht möglich. Die von Bart de Ligt genannten Beispielfälle sind:

- 1909: Spanische Truppen wurden aufgrund des Widerstands des spanischen Volks gegen den Krieg aus Marokko abgezogen.
- 1914 wollte die spanische Regierung dem Ersten Weltkrieg auf der Seite der Mittelmächte (Österreich-Ungarn, Deutschland) beitreten. Anarchisten und Syndikalisten formten eine Einheitsfront von einer Million Menschen und erreichten, dass der Krieg sich nicht nach Spanien ausweitete, sondern Spanien als eines der wenigen Länder Europas neben Albanien und den skandinavischen Ländern im Ersten Weltkrieg neutral blieb.
- Ein Kriegseintritt Argentiniens in den Ersten Weltkrieg 1917 wurde durch Proteste der Arbeiterschaft verhindert. Argentinien war wie einige andere südamerikanische Länder in dem Krieg neutral geblieben; die schwedische Botschaft in Buenos Aires diente als Mittler für diplomatische Depeschen Deutschlands. Die Entente-Mächte protestierten dagegen und übten Druck auf die argentinische Regierung aus, sich auf ihre Seite zu stellen. Im September 1917 beschloss Argentinien, alle Beziehungen zu Deutschland abubrechen. Ein britischer Kreuzer legte daraufhin in Buenos an, um den Druck auf Argentinien, sich den Entente-Mächten anzuschließen, zu erhöhen, und die argentinische Flotte wurde auf der anderen Seite durch deutsche U-Boote bedroht. In dieser Situation riefen vor allem anarchistische Arbeitersyndikate zu Streiks auf. Es kam auch zu bewaffneten Zusammenstößen zwischen Armee und Arbeitern, bei denen von den Protestierenden auch Brücken gesprengt wurden. Schließlich kam es gegen den Willen sozialistischer Gewerkschaften zum Generalstreik. Er verursachte eine politische Krise und die Auflösung des Parla-

⁶⁹ Allerdings unterstützte Deutschland den Krieg indirekt doch, indem es Aufgaben der Verbündeten in anderen Regionen übernahm, US-Kasernen mit 7.000 Soldaten bewachte, weiter die AWACS-Aufklärungsmaschinen besetzte und den alliierten Truppen Überflugrechte gewährte.

ments. Trotz massiver Repression gegen die Streikenden erreichten diese ihre Ziel: Argentinien trat nicht in den Krieg ein.

- 1920: Aufgrund der Weigerung britischer Arbeiter, Kriegsmaterial zu transportieren, und aufgrund der Drohung mit Generalstreik durch Arbeiterräte (Minen, Transport und Häfen) wurde die britische Regierung gezwungen, ihren Plan aufzugeben, sich auf der Seite Polens in den Krieg gegen Russland einzumischen.

Der Band von Dülffer, Kröger und Wittich (1997) befasst sich mit „vermiedenen Kriegen“ zwischen Großmächten in der Zeit vom Krimkrieg bis zum Ersten Weltkrieg. Die Autoren untersuchen in erster Linie die staatliche Ebene, erwähnen aber die „Frage nach den Verhältnissen von Kriegsverbinderung und vielfältigem Druck auf Regierungen ..., der sowohl durch Parlamente, Öffentlichkeit oder andere pressure groups ausgehen kann“ (18). Nach ihren Befunden spielte die veröffentlichte Meinung im Mutterland, wenn Krisen in Kolonien entstanden, eine Rolle. Aber die Autoren nennen nur Beispiele, wo durch die öffentliche Meinung eine Eskalation von Konflikten entstand; als Deeskalationsmethoden in den 33 von ihnen untersuchten Fällen nennen sie allein staatliche Maßnahmen und Instrumente.⁷⁰

2.8.2 Die Kriege im ehemaligen Jugoslawien

Auch in der jüngeren Zeit hat es mehrere Kriege gegeben, die Gegenstand von Antikriegsbewegungen wurden, die aber hier nicht mit untersucht wurden. Für Deutschland waren von besonderer Bedeutung in den 1990er Jahren zuerst die schleichend wachsende militärische Intervention in den Krieg in Bosnien-Herzegowina und wenige Jahre später der NATO-Angriff auf Jugoslawien 1999, sowie der Krieg gegen Afghanistan seit 2001 – der erste Bündnisfall der NATO überhaupt, der nach den Terroranschlägen vom 11. September ausgerufen wurde. Gegen die militärische Intervention im Kosovo durch die NATO (und ohne UN-Mandat; s. Hänsel & Stobbe 2002) protestierten in Europa insgesamt etliche Hunderttausend, sowohl in Westeuropa wie in Osteuropa und Russland. Besonders Kundgebungen zum 1. Mai standen unter dem Eindruck des Krieges.⁷¹ Diejenigen, die die NATO-Angriffe verurteilten, waren in sich gespalten. Die trennende Frage war die Positionierung zu der (bewaffneten) Unabhängigkeitsbewegung des Kosovo. Die eine Seite kritisierte die NATO-Angriffe, unterstützte aber ihr Ergebnis, die Loslösung des Kosovo von Serbien. *“For sure, the war declared on Serbia defends a just cause. But it does not suffice that a cause is just for a war to be just”* schrieb der bekannte französische gewaltfreie Aktivist und Friedensforscher Jean-Marie Muller 1999. Die andere Position, die vor allem bei der politischen Linken anzutreffen war, zeigte wenig oder keine Sympathie für das Anliegen der Kosovo-AlbanerInnen, die sie als „Terroristen“ titulierte. Den Angriff der NATO sahen sie als einen imperialistischen Coup gegen ein sozialistisches Land.⁷²

⁷⁰ Diese Instrumente sind den Autoren zufolge: 1. Territoriale, politische und ökonomische Kompensation, 2. Präventive oder parallele Krisenlenkung, 3. Kumulative Konfliktschwächung, 4. Suche nach Konvergenz (Gegnerallianz), 5. Politik der Stärke (Abschreckung), 6. Militärische Parität, 7. Vertrauensbildung, 8. Fortgesetzte Konfliktschwächung durch Regeln oder Institutionen (S. 21ff).

⁷¹ <http://www.spiegel.de/politik/ausland/themenwechsel-proteste-gegen-kosovo-krieg-a-20336.html>;
<http://de.wikipedia.org/wiki/Kosovokrieg#Deutschland>;

⁷² Siehe z. B. die Artikel auf der Website des Kasseler Friedensratschlags, <http://www.ag-friedensforschung.de/themen/NATO-Krieg/Welcome.html>

2.8.3 Der Afghanistankrieg

Der Afghanistankrieg der NATO begann am 7. Oktober 2001, wenige Wochen nach den von Al Qaida verübten Terroanschlägen vom) 11. September, und wurde mit der angeblichen Unterstützung der Al Qaida durch das Talibanregime begründet. Am 13.10. 2001 kam es zu Demonstrationen in Berlin und Stuttgart mit zusammen rund 80.000 TeilnehmerInnen⁷³; spätere Proteste in Deutschland, die z. B. anlässlich der jeweiligen Mandatsverlängerungen für den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan organisiert wurden, erreichten diese Zahlen nicht mehr.⁷⁴

Die beteiligten Friedensorganisationen waren die gleichen, die auch die Proteste anlässlich der Irak-Kriege und des Kosovo-Krieges trugen. In Deutschland wurde der Afghanistankrieg anfänglich von einer Bevölkerungsmehrheit unter dem Eindruck der Anschläge des 11. September und angesichts der weithin geteilten Antipathie gegenüber dem Talibanregime befürwortet (Wittlich 2002). 2007 lehnten ihn aber schon 65 % ab. 2010 sprachen sich gemäß einer Forsa-Umfrage 62 % der Deutschen für den Abzug aus.⁷⁵ Die Positionen innerhalb der Friedensbewegung sind dabei nicht völlig einheitlich; Divergenzen brachen z. B. immer wieder in Bezug auf die Frage auf, ob man nur einen bedingungslosen Abzug fordern oder sich für eine Friedenslösung in Afghanistan unter Beteiligung der islamischen Taliban einsetzen sollte. Welche eventuellen Auswirkungen die Proteste auf den jetzt beschlossenen und vorbereiteten Abzug der internationalen Truppen hatten werden, ist schwer zu beurteilen.

2.8.4 Westliche Militärintervention in Syrien

Ein jüngstes Beispiel einer nicht stattgefundenen Kriegseskalation ereignete sich 2013, während der Fertigstellung dieses Manuskripts: Mehr als zwei Jahre nach Beginn des Bürgerkriegs in Syrien schien der Westen, angeführt von Frankreich, Großbritannien und den USA, bereit, militärisch in Syrien einzugreifen:

Zuerst sprach Obama zunächst lediglich von einer ‚gründlichen Prüfung der Vorwürfe und aller Optionen‘ (25.8.2013)⁷⁶, um dann einen Tag später (26.8.) durch seinen Außenminister mit martialischen Worten einen begrenzten Militärschlag ankündigen zu lassen.⁷⁷ Frankreich und Großbritannien schlossen sich an und erklärten sich bereit, mit den USA gemeinsam zu handeln, notfalls auch ohne eine Zustimmung des UN-Sicherheitsrates.⁷⁸ Andere Länder, darunter auch Deutschland (trotz Wahlkampfes in seltener Einmütigkeit von Merkel und Steinbrück), verkündeten, dass sie sich auf keinen Fall beteiligen würden.

Aber schnell wurden Zweifel laut – nicht nur die Friedensbewegungen in den USA und Euro-

⁷³ <http://www.ag-friedensforschung.de/presse/2001-10-14.html>

⁷⁴ Die Bewegung gegen den Afghanistankrieg ist meines Wissens bislang noch nicht wissenschaftlich dokumentiert worden; Informationen über Proteste in anderen Ländern müssten recherchiert werden, was für diese Studie hier nicht möglich war.

⁷⁵ ‚Umfrage: Immer mehr Deutsche gegen Afghanistan-Einsätze.‘ <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/umfrage-immer-mehr-deutsche-gegen-afghanistan-einsaetze-a-497842.html>, Freitag, 3.8. 2007; ‚Afghanistan-Politik: Deutschland kämpft mit dem Krieg.‘ *Spiegel Online* 15.4.2010. <http://www.spiegel.de/politik/ausland/afghanistan-politik-deutschland-kaempft-mit-dem-krieg-a-689243.html>

⁷⁶ Tagesschau, 25.8.2013 [24.9.2014]

⁷⁷ http://www.washingtonpost.com/world/national-security/kerry-obama-determined-to-hold-syria-accountable-for-using-chemical-weapons/2013/08/26/599450c2-0e70-11e3-8cdd-bcde09410972_print.html [24.9.2014]

⁷⁸ <http://www.bbc.co.uk/news/world-middle-east-23795088?print=true> [24.9.2014]

pa - in den USA sind nach Meinungsumfragen 59% gegen einen Militärschlag⁷⁹ -, sondern auch Medien, Stimmen aus dem Militär selbst und politische BeobachterInnen fragten nach Sinn und Zweck eines solchen Eingreifens und sprachen von schlecht berechenbaren Konsequenzen. Selbst Think Tanks wie die International Crisis Group, die in der Vergangenheit durchaus auch militärische Optionen in verschiedenen Krisen empfahl, warnten vor einem Militärschlag. Er sei gefährlich und kaum im Interesse des syrischen Volkes.⁸⁰

Die konzertierte Kritik zeigte Wirkung: Zuerst erklärte der britische Premier Cameron, dass er nur mit Zustimmung des Parlaments handeln wolle, und dann kündigte Obama an, dass er auch die Zustimmung der beiden Kammern seines Parlaments (Kongress und Senat) einholen wolle. Die Abstimmung im britischen Unterhaus ging für Cameron Ende August schlecht aus: die Mehrheit stimmte am 29.8. gegen einen Militäreinsatz.

Während sich der Angriff, von dem zunächst angenommen worden war, dass er noch vor dem G 20-Gipfel in Moskau in der ersten Septemberwoche stattfinden würde, weiter verzögerte, wurde sein Charakter immer unklarer. Anfänglich war von einem kurzen, vielleicht zweitägigen gezielten Angriff aus der Luft auf Militäreinrichtungen des Assad-Regimes (unter Ausparung der Chemiewaffendepots) die Rede⁸¹, einer reinen Strafexpedition ohne entscheidenden Einfluss auf den Bürgerkrieg im Land. Später erklärte sich der US-Senat bereit, einem bis zu 60-tägigen Luftangriff mit einer Verlängerungsoption für weitere 30 Tage zu billigen. Und Kerry sprach in einer Pressekonferenz am 3.9. davon, dass auch Bodentruppen nicht ausgeschlossen werden könnten, sofern die Gefahr bestünde, dass Chemiewaffen ‚in die Hände von Extremisten fallen‘ könnten, auch wenn er diese Aussage kurz danach wieder halb zurücknahm.⁸²

Bei dem G 20 Gipfel in Moskau, der am 6. September endete, konnten die USA und Russland keine Einigung über eine gemeinsame Haltung erzielen. Als Ausdruck der verhärteten Haltung zwischen Ost und West unterzeichneten alle anwesenden EU-Länder (Großbritannien, Frankreich, Italien) mit der Ausnahme Deutschlands (!) ein gemeinsames Statement, in dem sie die Angriffspläne der USA als Antwort auf Giftgasangriffe in Syrien unterstützen: "*Wir fordern eine starke internationale Antwort auf diese schwerwiegende Verletzung internationalen Rechts (...), die deutlich macht, dass derartige Gräueltaten sich nicht wiederholen können ...*", und: "*Diejenigen, die diese Verbrechen begangen haben, müssen zur Verantwortung gezogen werden.*"⁸³ Zu den Unterzeichnern gehören neben den USA auch die Türkei, Japan, Australien, Kanada und Südkorea. Deutschland schloss sich der Erklärung einen Tag später an mit der Begründung, man habe erst einmal eine einheitliche Position der EU abwarten wollen. Diese ließ auf ihrem Gipfel in Vilnius am 7.9. verkünden, dass sie an Obama appelliere, das Ergebnis der UN-Untersuchungen abzuwarten.

Unterdessen bemühte sich Obama weiter, Zustimmung in den beiden Häusern seines Parlamentes für den Militärschlag zu gewinnen. Der Auswärtige Ausschuss des Senats hatte am 4. September mit 10 zu 7 Stimmen für einen Militärschlag gestimmt, was als erster Erfolg für Obama gewertet wurde. Aber seine Aussichten, auch den Kongress auf seine Seite zu ziehen, schienen gering: Nicht nur die Mehrheit der Bevölkerung in den USA war gegen einen Angriff auf Syrien, sondern auch die Mehrheit im Kongress, dem Repräsentantenhaus. Nach Meldun-

⁷⁹ International Herald Tribune 5.9.2013, S. 5 (President says the world set a 'red line' [24.9.2014])

⁸⁰ INTERNATIONAL CRISIS GROUP - Syria Statement. 2.9.13 [24.9.2014]

⁸¹ After Syria chemical allegations, Obama considering limited military strike. The Washington Post, 26.8.13 [24.9.2014]

⁸² International Herald Tribune a.a.O. [24.9.2014]

⁸³ <http://www.tagesschau.de/ausland/gzwanzig-russland112.html> vom 7.9.13. Der gesamte Text des Statements ist auf: <http://www.whitehouse.gov/the-press-office/2013/09/06/joint-statement-syria> [24.9.2014]

gen vom 9. September hatte Obama dort nur 30 der 435 Abgeordneten hinter sich.⁸⁴

Es war in dieser Situation, und drei Tage nach Ende des G 20 Gipfels, dass Präsident Putin eine Äußerung aufgriff, die von Außenminister Kerry bei einer Pressekonferenz am Montag, den 9.9. gemacht hatte. Er verkündete eine Initiative mit dem Ziel, die Chemiewaffen Syriens unter internationale Kontrolle der UN stellen und schließlich vernichten zu wollen.⁸⁵ Aus den USA hieß es, dies sei angeblich von den USA und Russland am Rande des G 20 Gipfels abgesprochen worden – ob das so stimmt, muss dahingestellt bleiben. Assad erklärte sich am nächsten Tag mit dem Vorschlag einverstanden.⁸⁶

Am gleichen Tag verkündete Obama in einer mit Spannung erwarteten nur viertelstündigen Ansprache an die Nation⁸⁷, dass er vorerst von einem Militärschlag gegen Syrien absehen werde, und bat den Kongress, eine Abstimmung aufzuschieben. Seine Drohung mit einem Schlag hob er aber nicht auf. Aber es werde, *„keine Aktion mit offenem Ende wie in Irak oder Afghanistan, noch ein längerer Luftkrieg wie in Libyen oder Kosovo sein. Dies würde ein gezielter Schlag werden, um ein klares Ziel zu erreichen: von dem Einsatz chemischer Waffen abzuschrecken und Assads Fähigkeiten zu reduzieren“*.⁸⁸ Mit anderen Worten: von dem 60-tägigen Einsatz ist nicht mehr die Rede.

Plötzlich schien die Situation grundlegend verändert. Die bis dahin völlig auf das Nebengleis geschobene UNO (deren Bericht der Chemiewaffeninspektoren die USA nicht hatten abwarten wollen) trat plötzlich wieder in den Vordergrund. Eine UN-Sicherheitsratsresolution soll den Weg zur Umsetzung des Vorschlages freimachen. Nachdem aufgrund von Differenzen zwischen Russland und den USA eine für den 10.9. vorgesehene Sitzung des UN-Sicherheitsrates zunächst abgesagt worden war, einigten sich die Außenminister der beiden Länder in einem dreitägigen Treffen vom 14.-16.9. dann doch: UN-Inspektoren sollten die von Syrien binnen einer Woche offengelegten Waffen ab Mitte November 2013 abtransportieren. Der Sicherheitsrat sollte für den Fall, dass Syrien nicht kooperiert, Maßnahmen nach Kapitel VII der UN-Charta ankündigen, wozu bekanntlich auch die Möglichkeit einer Militärintervention gehört. Eine entsprechende Resolution wurde verabschiedet und UN-Inspektoren begannen kurze Zeit später mit dem Abtransport der Chemiewaffen.

Selbstverständlich ist auch dieses hier ein Fall, wo der Verzicht auf militärisches Handeln nicht allein auf die Ablehnung in der Bevölkerung zurückgeführt werden kann. Aber die Ablehnung einer Intervention durch die Parlamente in Frankreich und Großbritannien spielte gewiss eine Rolle dabei, auch die USA zögern zu lassen., und diese Ablehnung in Europa hatte, so die oben zitierten Quellen aus jenen Tagen, viel zu tun mit der ablehnenden Stimmung in der Bevölkerung.

⁸⁴ Ebner, Karoline (2013) Präsident in der Zwickmühle, tagesschau 9.9.2013, <http://www.tagesschau.de/ausland/syrien3108.html> [24.9.2014]

⁸⁵ Rosenberg, Steven (2013) Russia's Nimble Footwork on Syria. BBC News 11.9.2013, <http://www.bbc.co.uk/news/world-europe-24045650?print=true> [24.9.2014]

⁸⁶ Goldfarb, Zachary A. und Nakamura, David (2013) Obama Takes Syria Case to the Public in White House Address, Washington Post 11.9.2013, http://www.washingtonpost.com/politics/obama-takes-syria-case-to-the-public-in-white-house-address/2013/09/10/11b5356a-1a36-11e3-82ef-a059e54c49d0_story.html [24.9.2014]

⁸⁷ Die Rede kann nachgelesen werden unter: http://www.washingtonpost.com/politics/running-transcript-president-obamas-sept-10-speech-on-syria/2013/09/10/a8826aa6-1a2e-11e3-8685-5021e0c41964_story.html [24.9.2014]

⁸⁸ ebda, Übersetzung CS

3. Schlussfolgerungen

Was folgt aus diesen Beispielfällen? In diesen Schlussfolgerungen möchte ich mich zunächst nochmals zusammenfassend mit den Wirkungen befassen, um dann die Frage zu stellen, ob sich eindeutige Faktoren identifizieren ließen, die für den Erfolg von Anti-Kriegs-Bewegungen notwendig, ausreichend/ relevant bzw. wichtig sind.

3.1 Wirkungen

Die sieben beschriebenen Beispiele lassen sich in drei Typen zuordnen:

- a) vier Bewegungen, die sich gegen einen von den AktivistInnen als ungerecht angesehenen Krieg richteten, den ihre Regierung anderenorts führte (Vietnam, Nicaragua, Irak 1991 und 2003).
- b) eine Bewegung, die sich gegen einen in ihrem eigenen Land stattfindenden Bürgerkrieg richtete (Liberia).
- c) zwei Bewegungen, die sich gegen einen drohenden Krieg im eigenen Land wandten (Norwegen-Schweden 1905 und die Friedensbewegung der 1980er Jahre), den ihre Regierungen vorzubereiten bzw. in Kauf zu nehmen bereit schienen.

In der Einleitung war schon gesagt worden, dass ich ursprünglich davon ausgegangen war, dass es möglich sein würde, Friedensbewegungen zu identifizieren, die eindeutig Kriege verhinderten oder stoppten und andere, die als „Niederlage“ zu verbuchen waren.

Das Ergebnis ist jedoch ein anderes: Vielleicht mit Ausnahme des frühen Falls des Konflikts zwischen Norwegen und Schweden zu Beginn des 20. Jahrhunderts, wo ein Krieg vorbereitet, dann aber doch auf ihn verzichtet wurde, kann keine der untersuchten Bewegungen für sich beanspruchen, allein einen Krieg verhindert oder gestoppt zu haben.

Aber einige von ihnen waren unzweifelhaft notwendig dafür, dass es zu friedlichen Lösungen kam. Im Sezessionskonflikt zwischen Norwegen und Schweden hätten ohne die breite Koalition von BürgerInnen, besonders von SozialistInnen und Frauenorganisationen, vermutlich die Hardliner gesiegt, die zu einem Krieg bereit waren.

Im Falle Liberias ist es sehr deutlich geworden, dass der (zahlenmäßig im Vergleich zu den anderen Bewegungen kleine) Protest deutlichen Einfluss auf die Friedensverhandlungen hatte, die den Bürgerkrieg beendeten.

Was die Friedensbewegung der 1980er Jahre betrifft, so kann begründet argumentiert werden, dass sie zwar kurzfristig die Stationierung neuer Raketen nicht verhindern konnte, aber dazu beitrug, dass diese wenige Jahre später wieder abgezogen wurden, und dass die mit der Anti-Atomraketenstationierungsbewegung entstandene Kultur von Friedensprotesten und gewaltfreien Aktionsformen Einfluss auf die Ereignisse hatte, durch die die Blockkonfrontation mit der mit ihr einhergehenden Kriegsgefahr überwunden werden konnte. Auch wirkt sie bis heute nach: KommentatorInnen weisen immer wieder darauf hin, dass sie Ursache für die ablehnende Haltung der Deutschen gegenüber Bundeswehr-Einsätzen im Ausland (Afghanistan, Afrika) sei.⁸⁹

Auch die Bewegungen, die kurzfristig ihr Ziel, einen schon begonnenen Krieg zu stoppen, nicht erreichten, haben den Verlauf des jeweiligen Krieges beeinflusst (Vietnam, Nicaragua). Bei der Anti-Vietnamkrieg-Bewegung und der Bewegung gegen die militärische Unterstützung

⁸⁹ Hinweis von Reinhard Eismann.

der Contras in Nicaragua konnten durchaus den Konfliktaustrag mäßigende Wirkungen festgestellt werden. Besonders deutlich ist dies im zweiten Fall, wo ein Verzicht auf eine direkte Militärintervention wohl ohne die Proteste in den USA nicht stattgefunden hätte. Inwieweit die Bewegungen in beiden Fällen zum Ende der Kriege und dem Rückzug der USA beitrugen, ist umstritten; bestenfalls waren sie wohl einer von mehreren Faktoren, aber nicht der entscheidende.

Einige der Bewegungen haben darüber hinaus erkennbar längerfristige Auswirkungen gehabt, die u. a. dazu führten, dass sich z. B. einzelne Länder an einem nachfolgenden Krieg nicht beteiligten. Besonders deutlich ist dies im Falle des Irakkriegs 2003, obwohl dieser wie auch der Irakkrieg 1991 zu den beiden Fällen gehören, wo Bewegungen ziemlich eindeutig wirkungslos in Bezug auf ihr unmittelbares Ziel waren, nämlich die Kriege zu verhindern.

Wie in den Fallbeispielen dargestellt, handelt es sich bei diesen Wirkungsaussagen um begründete Hypothesen, die aber bei Weitem nicht von allen WissenschaftlerInnen, PolitikerInnen und AktivistInnen der betreffenden Fälle geteilt werden. In manchen Fällen, wie der Anti-Vietnamkrieg-Bewegung, gibt es kontroverse Diskurse über deren Rolle und Einfluss im Verlaufe des Krieges und bei seiner Beendigung. Das Gleiche gilt für die Friedensbewegung der 1980er Jahre. In einigen anderen Fällen (z. B. die Irakkriege, der Konflikt USA – Nicaragua, Liberia) wird man in einem Großteil der Literatur über diese Konflikte den Begriff „Antikriegsbewegung“ schlicht vergeblich suchen. Die im Mainstream der Politikwissenschaft und im Fach „Internationale Beziehungen“ vorherrschende Fokussierung auf das Handeln von Regierungen verbaut den meisten WissenschaftlerInnen den Blick darauf, welche Rolle soziale Bewegungen und ‚normale BürgerInnen‘ bei der Beeinflussung des Regierungshandelns im Vorfeld, während und bei der Beendigung von bewaffnetem Konflikt großen Maßstabs gespielt haben mögen. Die Bewegungsforschung spielt da die Rolle eines Stiefkindes, dessen Befunde nur selten denen der Studien zu Internationalen Beziehungen zugeordnet werden.

Ein fast durchgängig in Bezug auf die Wirkungen zu beobachtender Faktor war deren Verzögerung. Kaum eine der untersuchten Bewegungen (mit Ausnahme der Bewegung der Frauen in Liberia) konnte zeitnah erleben, dass ihre Forderungen in Erfüllung gingen. In fast allen Fällen dauerte es etliche Jahre, und manchmal war die Bewegung zu dem Zeitpunkt, in dem das erwünschte Ergebnis eintrat, beinahe schon erlahmt oder auf wenige aktive Kerne zusammengeschrumpft. Das gilt sowohl für die Anti-Vietnamkrieg-Bewegung und die Bewegung gegen den Contra-Krieg in Nicaragua als auch für die Friedensbewegung der 1980er Jahre. Indirekt wird diese Beobachtung noch dadurch verstärkt, dass jene Bewegungen, die es mit einem nur kurz andauernden Krieg zu tun hatten (die beiden Irak-Kriege) unmittelbar wirkungslos blieben und bestenfalls zukünftige drohende Kriege der gleichen Art bzw. die Beteiligung der eigenen Regierung an ihnen beeinflussen konnten.

Von allen untersuchten Bewegungen kann vermutet werden, dass sie zu einem Bewusstseinswandel in der Bevölkerung beitrugen. In welcher Weise dieser erfolgte, wie nachhaltig er war und welche Auswirkungen er auf das Handeln der staatlichen AkteurInnen hatte, die in der Folge über Krieg und Frieden zu entscheiden hatten, wäre eine eigene Untersuchung wert.

3.2 Faktoren, die zu Erfolg oder Misserfolg beitrugen

In der Einleitung wurden einige Annahmen und Hypothesen bezüglich der Frage vorgestellt, welche Faktoren zu beitragen, dass eine Bewegung Erfolg oder Misserfolg hat. Diese Studie stellt keine statistische Untersuchung dar – dazu hätte die Anzahl der untersuchten Fälle wesentlich höher sein müssen. Worum es hier in diesem Abschnitt deshalb nur gehen kann, ist, die Plausibilität der vermuteten Annahmen zu diskutieren, und ggf. dort neue Annahmen zu formulieren, wo keine bestätigenden Indikatoren für die ursprünglich vorgebrachten gefunden

werden konnten:

3.2.1 Zum Krieg

- Dauer des Krieges / der Konfliktes: Die Annahme war gewesen, dass Bewegungen eine gewisse Zeit brauchen, um „ins Laufen“ zu kommen. Sie hat sich anhand der vorliegenden Beispiele als plausibel erwiesen, denn die Beispiele zeigten, dass die Bewegungen mehrere Monate oder sogar über ein Jahr brauchten, bis sie in vollem Schwunge waren. Und die beiden Fälle mit ‚kurzer Vorwarnzeit‘, die beiden Angriffe auf den Irak, blieben beide letztlich wirkungslos in Bezug auf die Verhinderung der Kriege.
- Zahl der Opfer auf der ‚eigenen‘ Seite: Die Annahme war, dass, je mehr Opfer auf der eigenen Seite zu verzeichnen sind, umso größer der Wunsch in der Bevölkerung nach einem Ende des Krieges sein würde. Diese Beobachtung stimmt für den Vietnamkrieg, und die Minimierung von Opfern auf der eigenen Seite ist ein Ziel, das das Regierungshandeln zumindest der westlichen Länder zu einem beträchtlichen Grad mitbestimmt.⁹⁰ Trotzdem zeigt ein Vergleich der ausgewählten sieben Fälle keine eindeutige Relation. Es mag sein, dass die Sorge vor eigenen Opfern genauso großen Einfluss auf die Stärke einer Bewegung hat wie die tatsächliche Zahl der Opfer.
- Zahl der Opfer auf der gegnerischen Seite: Die Hypothese, dass eine Bewegung umso eher die Chance habe, moralische Empörung zu wecken, je mehr Opfer es auf der gegnerischen Seite gibt, konnte nicht belegt werden. Was hingegen beobachtet werden konnte, ist, dass die kriegführenden Staaten sich i. d. R. bemühen, durch wenige oder falsche (abmildernde) Berichterstattung eine eventuell sonst aufkommende Empörung in der Bevölkerung zu verhindern. (Diese Beobachtung gilt natürlich auch für den vorherigen Punkt.)
- Geographische Nähe zum Krieg: Hier hieß die Vorannahme: „Je näher, desto größer die Betroffenheit“ – und damit desto wahrscheinlicher ein Erfolg hinsichtlich der Ziele, den jeweiligen Krieg zu verhindern, seinen Verlauf gewalt-deeskalierend zu beeinflussen und/oder seine Beendigung zu erwirken.⁹¹ Diese Annahme hat sich als wenig plausibel erwiesen. Vietnam und Irak 2003, zwei Fälle, zu denen sich sehr große Bewegungen entfaltet haben, sind viele Tausend Kilometer von den Ländern entfernt, wo sich die Antikriegsbewegungen formten. Es ist wohl nicht die geographische Nähe, die den Ausschlag gibt, sondern eine „gefühlte“ Nähe – eine Betroffenheit, die aber durch ganz unterschiedliche Dinge geweckt werden kann. (Anders dürfte es sich mit der gesellschaftlichen Nähe von Bewegungsaktivisten zu Mitgliedern der im jeweiligen Krieg kämpfenden Truppen oder zu Opfern verhalten; s. unten).

3.2.2 Zur Bewegung

- Dauer der Bewegung: Die untersuchten Bewegungen hatten eine unterschiedliche Dauer, die allerdings in der Regel eng zusammenhing mit der Dauer des Konfliktes, gegen den sie protestierten.
Die meisten Bewegungen setzten mit der Eskalation des Konfliktes ein – der an Stärke gewinnenden Sezessionsbewegung in Norwegen, der Ankündigung, neue Atomwaffen zu

⁹⁰ Man denke an die Begründungen für den Einsatz von Drohnen für die auf Luftangriffe beschränkten Kriege im Kosovo, in Libyen und jetzt Syrien. Zum Vietnamkrieg: Siehe Schreiber 1976:227.

⁹¹ Diese Annahme wurde von TeilnehmerInnen eines Studientages des IFGK geäußert, auf dem der Arbeitsplan für diese Studie 2012 vorgestellt worden war.

stationieren und den UN-Ultimeaten im Falle der Irakkriege. Die Bewegung der Frauen in Weiß gegen den Bürgerkrieg in Liberia war eine relativ kurze Bewegung, die erst viele Jahre nach Beginn des Bürgerkrieges begann. Und die Anti-Vietnamkrieg-Bewegung begann erst, nachdem Truppen in großer Zahl in die Region verlegt wurden.

- **Beteiligung (Zahl der Protestierenden):** Die Bewegung der liberianischen Frauen ist das Beispiel unter den sieben Fällen, wo die Zahl der aktiv Beteiligten verhältnismäßig klein war im Vergleich zu den anderen Bewegungen, die als einflussreich eingeschätzt wurden. Ein wichtiger Grund für die Sonderstellung dieser Bewegung dürfte wohl darin zu sehen sein, dass sie zu einem entscheidenden Zeitpunkt einsetzte, dem in der Konfliktforschung bekannten „Fenster der Möglichkeit“. Die anderen waren zahlenmäßig stark, wobei diese Stärke auch ein Kriterium bei der Auswahl der Fälle gewesen war, so dass daraus eigentlich keine Folgerung für die Wirkungsmacht gezogen werden kann. Es bräuchte einen Survey aller Bewegungen in einem bestimmten Zeitraum, um festzustellen, ob die intuitive Plausibilität des Zusammenhanges zwischen Zahl der Protestierenden und Erfolgsaussichten tatsächlich besteht.
- **Einigkeit in den Zielen:** Die Annahme, dass Einigkeit die Chancen auf Einflussnahme erhöht, wurde z. B. von Guigni (1999) vorgebracht und spielt ebenfalls eine Rolle in der Analyse erfolgreicher gewaltfreier Aufstände. Andererseits meint Jeffreys-Jones (1999) in Bezug auf die Anti-Vietnamkrieg-Bewegung, dass es die Uneinigkeit der Bewegung gewesen sei, die zur Verwirrung in der Regierung und einer kumulativen Wirkung auf sie beigetragen habe. Bei zwei der Bewegungen wurde hingegen der gemeinsame Minimalkonsens in den zu Rate gezogenen Studien hervorgehoben: Liberia und Friedensbewegung der 1980er Jahre. Insofern scheint der Faktor „Einigkeit“ von Bedeutung zu sein, aber ist wohl kein Kriterium sine qua non.
- **Soziale Diversität der Mitglieder und UnterstützerInnen:** Dies ist einer der Faktoren, der von der Forschung über erfolgreichen gewaltfreien Widerstand und gewaltfreie Aufstände mit dem Ziel eines Regimewechsels herausgearbeitet wurde. Die Bedeutung dieses Faktors war auch deutlich bei den untersuchten Antikriegsbewegungen abzulesen. Die erfolgreicher unter ihnen umfassten breite Bündnisse, die weit hinein in das reichten, was in Deutschland als das „bürgerliche Lager“ bezeichnet wird – gemäßigte Parteien, Kirchen, Gewerkschaften, Berufsverbände. Die liberianischen Frauen in Weiß, die muslimische und christliche Frauen aus Stadt und Land vereinigten, sind hierfür ein besonders gutes Beispiel.
- **Klare AnführerInnen:** Für die Annahme, dass identifizierbare SprecherInnen oder AnführerInnen die Wirksamkeit erhöhen, gab es in den Fallbeispielen wenig Anhaltspunkte. Eine der Bewegungen hatte sehr ausgeprägte Führungspersonen (Liberia), bei den anderen war es eher jeweils ein Kreis von Personen, die als VertreterInnen beteiligter Organisationen als SprecherInnen auftraten, die aber nicht als ‚AnführerInnen‘ im Stile eines Gandhis oder Martin Luther Kings angesehen werden können.
- **Taktische Diversität (insbesondere ein gewisses Maß an Zivilem Ungehorsam oder anderen direkten Gewaltfreien Aktionen):** Dass eine Vielfalt an Aktionsformen, insbesondere direkte Gewaltfreie Aktionen, einer Bewegung Nachdruck verleihen und somit ihre Chance auf Wirkung erhöhen, ließ sich so nicht erhärten. Am Beispiel der Frauen in Liberia konnte man sehen, wie eine gut platzierte und den Umständen angemessene Aktion Zivilem Ungehorsams (die Belagerung des Konferenzsaales während der Friedensverhandlungen) ihren Eindruck nicht verfehlte. Aber bei vielen anderen gewaltfreien Aktionen ließ sich anhand des vorliegenden Materials eine spezielle Bedeutung oder Gewichtung gegenüber anderen Aktionsformen nicht ablesen. Es würde detaillierterer Untersu-

chungen einzelner Bewegungen bedürfen, um hier zu belastbaren Aussagen zu gelangen. Der Eindruck – und mehr ist es aber auch nicht – aus den Beschreibungen der vorliegenden Fälle ist, dass gewaltfreie Aktionen dann eine Wirkung erzielten, wenn ihnen die Anbindung an die Gesamtbewegung und das Wecken von Verständnis und Unterstützung durch breitere gesellschaftliche Kreise gelang. Wo sie isoliert und ohne diese Verbindungen stattfanden, scheinen sie kaum eine Rolle gespielt zu haben.

- Kontakt zur Regierung des „feindlichen“ bzw. angegriffenen Landes: Dazu hatte ich oben geschrieben, „sowohl positive wie negative Auswirkung auf den Erfolg einer Bewegung können vermutet werden“. In den Fallbeispielen gab es drei (Vietnam, Friedensbewegung der 1980er Jahre, Nicaragua), in denen zumindest ein Teil der Bewegung mit den „gegnerischen“ Regierungen sympathisierte, und zumindest in den letzten beiden Fällen gab es auch direkte Kontakte. Tatsächlich gab es hier sowohl positive wie negative Wirkungen: Die beiden negativen waren zum einen, dass solche Kontakte in den Bewegungen umstritten waren und zu deren Uneinigkeit beitrugen, und zum anderen, dass solche Kontakte in der breiteren Bevölkerung als kritisch, ja als „Verrat“ angesehen wurden und denjenigen in die Hände spielten, die Bewegung aus Sicht der Bevölkerung zu diskreditieren suchten. Westdeutsche, die in den 1980er Jahren schon aktiv waren, werden sich an den oft gehörten Spruch „*Geh‘ doch nach drüben*“ erinnern. Auf der anderen Seite gab es zumindest im Falle der gleichen Bewegung unzweifelhaft positive Elemente einer ‚Bürgerdiplomatie‘, die auf Ostblockseite Organisationen und Personen mit einschloss, die letztlich VertreterInnen der Regimes waren.
- Kontakt zu Menschen in dem angegriffenen Land: Anders sah es hingegen mit Kontakten zu Menschen im ‚feindlichen‘ bzw. angegriffenen Land aus. Hier überwogen im Großen und Ganzen die positiven Effekte dadurch, dass es möglich war, das Leid, das der von der eigenen Seite verantwortete Krieg verursachte, einer breiteren Bevölkerung plastischer vorstellbar zu machen und dadurch Betroffenheit zu wecken. Besonders deutlich wurde dies im Falle des Konfliktes zwischen Schweden und Norwegen, wo die internationalen Beziehungen der sozialistischen Arbeiterbewegung ein wichtiger Faktor waren, und in Falle Nicaraguas, wo die zahlreichen Besuche von US-AmerikanerInnen in Nicaragua auch dazu dienten, dass die BesucherInnen dann in Veranstaltungen zu Hause aus erster Hand von ihren Eindrücken berichteten. Die Arbeit von einigen Gruppen in Westdeutschland zur Unterstützung der wenigen unter unvergleichlich schwierigeren Bedingungen arbeitenden Friedensgruppen in Ostdeutschland kann als weiteres Beispiel dafür genannt werden, weil gerade diese Arbeit ermöglichte, auch konservativere Kreise in Westdeutschland für die Argumente der Antikriegsbewegung zugänglich zu machen.
- Konstruktive Programme und humanitäre Hilfe: Diese spielten nur in wenigen der Bewegungen eine nennenswerte Rolle; wo sie vorkamen, scheinen sie die Glaubwürdigkeit der Akteure zu Hause verstärkt zu haben (Nicaragua, Irak).
- Maß an Gewalt: Wie eingangs dargestellt, gibt es in der Bewegungsforschung unterschiedliche Theorien in Bezug auf die Auswirkungen, die gewaltsame Aktionen auf den Erfolg einer Bewegung haben, während in den Untersuchungen über zivilen Widerstand / gewaltfreie Aufstände auf die Bedeutsamkeit von Gewaltfreiheit hingewiesen wird. Bei den untersuchten Fallbeispielen war das Maß an Gewalt gering, sofern sie überhaupt vorkam; eine positiv unterstützende Auswirkung war in keinem Fall feststellbar. Allein im Falle Schweden - Norwegen gab es durchaus ein Gewaltpotential unter den AntimilitaristInnen, und auch ein Aufstand im Militär selbst konnte nicht ausgeschlossen werden. Die oben dargestellte Gewalt im US-Militär in Vietnam kann nicht Äußerung der Antikriegsbewegung gewertet werden, auch wenn sie Ausdruck von Kriegsmüdigkeit und Desillusi-

onierung bei den Soldaten selbst war.

- Unterstützung der Bewegung durch andere Staaten: Dies ist ein weiterer der Faktoren, die aus der Untersuchung gewaltfreier Aufstände abgeleitet wurde. Er kam aber in den untersuchten Bewegung praktisch nicht vor, lässt man die gezielte Unterstützung der westlichen Friedensbewegungen durch Ostblockländer (im Falle Deutschlands besonders durch Kontakte westlicher kommunistischer Gruppierungen zur DDR) außer Acht, was aber schon oben unter „Kontakt zur feindlichen Regierung“ abgehandelt wurde (s.o.).
- Anders verhält es sich mit der Unterstützung durch ausländische Zivilgesellschaften: Mehrere der untersuchten Friedensbewegungen agierten in enger Abstimmung und Solidarität miteinander. War dies bei der Anti-Vietnamkrieg-Bewegung erst nur in Ansätzen beobachtbar, gab es in der Friedensbewegung der 1980er Jahre, der Bewegung gegen den Contra-Krieg und den Bewegungen gegen die beiden Irak-Kriege nicht nur parallele Bewegungen in etlichen europäischen Ländern und in Nordamerika, sondern diese interagierten auch miteinander und unterstützten einander. Allerdings gilt auch die Beobachtung von Koopman (2009:68), dass trotz aller Internationalität Protest immer noch primär in einem nationalen Bezugsrahmen stattfindet. Die Unterschiede z. B. zwischen den jeweils parallelen Friedensbewegungen in Europa ((z.B. den Friedensbewegungen der 1980er Jahre) machen dies sehr deutlich. Besonders stark war die Kooperation im Falle des Irakkrieges 2003. So ist zwar keine direkte Korrelation zu Erfolg oder Misserfolg der Bewegungen ablesbar (der Irakkrieg 2003 konnte ja nicht verhindert werden), aber trotzdem stärkte solche Kooperation zumindest die Bewegungen selbst.
- Grad an Sanktionen (Repression) und Todesopfer in der Bewegung waren Aspekte, die in den untersuchten Bewegungen nicht dasselbe Gewicht hatten wie bei gewaltfreien Aufständen mit dem Ziel eines Regimewechsels, auch wenn es Repression gegen und Todesopfer in einigen der Bewegungen gab. Dementsprechend uneindeutig sind die Auswirkungen auf den Erfolg der Bewegungen, wenngleich es im Falle der Anti-Vietnamkrieg-Bewegung und auch der juristischen Verfolgung von gewaltfreien BlockiererInnen in den europäischen Bewegungen der 1980er und späterer Jahre Anzeichen dafür gibt, dass das Bekanntwerden solcher Repression den Bewegungen Sympathien einbrachte. Brian Martin (2011) nennt dies den „Backfire“-Effekt von Repression.
- Einstellung zum Konfliktgegner allgemein und /oder speziell zu den Sicherheitskräften des Gegners ist ein Punkt, den zu erheben in den untersuchten Beispielen schwierig war. Im Falle Norwegen-Schweden es ist eindeutig, dass es viele Beziehungen zwischen den KriegsgegnerInnen und den politischen Kräften beider Länder gab, und dass die Sozialisten im Militär mit einem Aufstand drohten. Eine klare Kommunikationsbeziehung gab es im Falle der Bewegung der Frauen in Liberia, wie aus der Beschreibung vor allem ihrer Begleitung der Waffenstillstandsverhandlungen hervorgeht. Auch im Falle des Vietnamkriegs waren Soldaten und Reservisten wichtiger Teil der Bewegung. Aber andererseits gab es kaum direkte Kontakte zu den Regierenden; wie und ob überhaupt die Polizei angesprochen wurde, ging aus den hier zu Rate gezogenen Quellen nicht hervor. Das Gleiche gilt für die anderen hier untersuchten Bewegungen, und auch bei den Bewegungen, an die sich die AutorInnen selbst erinnern, weil sie an ihnen teilnahmen, war das Verhältnis uneindeutig. Teile der Friedensbewegung suchten Regierung und Polizei anzusprechen, andere Teile lehnten solche Kontakte ab.

3.2.3. Kontext

- Wenn Eliten gespalten sind und Gruppen, die dem Machtzentrum eines Landes nahesteh-

hen, ihre Loyalität verlagern, hat dies auf die Erfolgsaussichten von gewaltfreien Aufständen bedeutenden Einfluss (vgl. Chenoweth & Stephen 2011). Dasselbe gilt eindeutig auch für Friedensbewegungen. Explizit erwähnt wurde es in den Fällen Norwegen-Schweden 1905, der Anti-Vietnamkriegs-Bewegung, der Friedensbewegung der 1980er Jahre und dem Irak-Krieg 2003, der auch von einem Teil der (europäischen) regierenden Parteien nicht mitgetragen wurde. Im letzteren Fall handelt es sich zwar nicht um einen Fall erfolgreicher Kriegsverhinderung, aber die Nicht-Beteiligung etlicher Länder an dem Krieg ist auch ein Erfolg von Antikriegsbewegung.

- Skandalisierbare Ereignisse und Regierungsskandale (wie z. B. Watergate oder der CIA-Deal mit dem Iran während des Contra-Krieges) haben den Bewegungen stets Instrumente an die Hand gegeben, die Positionen der kriegführenden Regierungen zu diskreditieren und damit ihre eigene Sache in der öffentlichen Auseinandersetzung zu stärken.

Letztendlich scheinen für Friedensbewegungen ähnliche Bedingungen zu gelten wie für andere Bewegungen und für gewaltfreie Aufstände. Die verfügbare Datenbasis ist jedoch, wie gesagt, nicht ausreichend, um zu wirklich belastbaren Aussagen zu kommen. Dennoch zeigen die untersuchten Einzelfälle zumindest, dass Bewegungen dann eher Chancen auf Erfolg haben, wenn

- sie Zeit haben, sich zu entfalten;
- eine emotionale Betroffenheit und moralische Empörung bei großen Teilen der Bevölkerung besteht, wodurch diese auch immer ausgelöst werden – durch Bedrohung, durch steigende eigene Opferzahlen oder durch Berichte von Grausamkeiten, die das ‚eigene‘ Militär begeht;
- vielfältig und divers sind und verschiedene soziale Gruppen umfassen ;
- es vermeiden, durch eigene Aktionen (sei es gewaltsame oder gewaltfreie) potenzielle UnterstützerInnen und die Bevölkerungsmehrheit abzuschrecken;
- Unterstützung in dem ‚Lager des Gegners‘ finden und
- in den Augen großer Teile der Bevölkerung und auch der Eliten ‚glaubwürdig‘ erscheinen, was sie durch verschiedene Maßnahmen und Strategien erreichen können. Ihre eigene Vielfalt spielt dabei genauso eine Rolle wie konstruktive bzw. humanitäre Programme, Vermittelbarkeit ihrer Aktionen (was gewöhnlich bei gewaltfreien Aktionen eher als bei gewaltsamen möglich ist) und Langfristigkeit des Engagements.

3.3 Fazit

Friedens- oder Antikriegsbewegungen scheinen die Bewegungen zu sein, die es im Vergleich zu anderen Bewegungen am schwersten haben. Unzählige soziale Bewegungen in anderen Bereichen - von der Frauenbewegung bis zur Umweltbewegung, von Bewegungen, die sich um konkrete lokale Anliegen kümmern bis hin zu gewaltfreien Aufständen - können zahlreiche Erfolge aufweisen. Bei Friedensbewegungen konnte hingegen trotz des Versuches, gezielt einige „erfolgreiche“ auszuwählen, nur ein historisch recht frühes Beispiel als eindeutiger Erfolg und bei den anderen sieben im besten Falle ein unbestreitbarer Beitrag zu dem gewünschten Ergebnis ausgemacht werden. Was ist das Besondere an Friedensbewegungen, im Unterschied zu anderen Bewegungen?

Wir würden die Hypothese aufstellen, dass relativ niedrige Aussicht auf Erfolg für Antikriegsbewegungen an zwei Gründen liegt: Zum einen sind Fragen von Krieg und Frieden Themen, die den Kernbereich von Staaten und deren Gewaltmonopol betreffen (s. Krippendorff 1985). Sie sind deshalb auch Themen, bei denen Kompromisse oder Nachgeben einer Regierung am

schwersten zu erreichen sind, weil ihr Nachgeben als unmittelbare Gefährdung der nationalen Sicherheit gesehen werden könnte. Und zum anderen pflegen Kriege viele Menschen in einen Sog von Bedrohungsgefühlen auf der einen und Patriotismus auf der anderen Seite zu stürzen. Sich in einem Kriegsfall gegen die eigenen Soldaten und die eigene Regierung zu stellen, gilt nicht nur im westlichen Kulturraum als Verrat und als verachtenswert. Die Denkweise „*Right or wrong, my country*“ in Frage zu stellen, ist eine beachtliche Leistung, die den westlichen Friedensbewegungen in den letzten zwanzig oder dreißig Jahren teilweise gelungen ist, aber nicht zu dem Ausmaß, der ausgereicht hätte, die hier behandelten Kriege zu verhindern. Gleichzeitig ist die Forderung ‚salonfähig‘ gemacht worden, sich selbst ein Urteil über außenpolitische Entwicklungen und die Frage, ob militärisches Handeln gerechtfertigt werden kann oder gar notwendig ist, zu bilden, anstatt den Regierenden in diesen Fragen blind zu vertrauen: Eine Reihe internationaler und nationaler Organisationen haben durch öffentliche Selbstverpflichtungserklärungen, Unterschriftenaktionen, Pressekampagnen und Aufklärungsveranstaltungen in verschiedenen außenpolitischen Konflikten erreicht, dass sich eine größere Anzahl von BürgerInnen verantwortlich für das fühlt, was ihre Regierenden außenpolitisch und militärisch tun. Sie ist bereit zu protestieren oder gar Widerstand zu leisten, wenn es ihr notwendig erscheint. Es wäre sinnvoll, weiter zu untersuchen, wie sich diese gesellschaftliche Veränderung nachweisen lässt, wie stark sie durch ökonomische Entwicklungen beeinflusst wird, und inwieweit historische Ereignisse (wie der Holocaust, die Kolonialzeit etc.), die als generationsbergreifende Traumata erlebt werden, zu diesen Verhaltens- und Einstellungsänderungen beitragen.⁹²

Wie bei der Zivilen Konfliktbearbeitung im Allgemeinen ist das Problem bei der Wirkungsforschung die, Wirkungen von Handlungen nachzuweisen, wenn ein Gewalt-Ereignis gar nicht eintritt. Jörgen Johansen kommentiert den Wert kontrafaktischer Geschichtsschreibung in seinem Kapitel über Norwegen – Schweden. Es gilt zu bedenken: Der Kalte Krieg hat nicht zu einem Dritten Weltkrieg geführt, obwohl dieser ohne Zweifel drohte. Wie viele andere Kriege könnte es gegeben haben, wenn es nicht die Antikriegsbewegungen, wie sie sich in Nordamerika und Westeuropa seit den 1960er Jahren ausgebildet haben, gegeben hätte? Vielleicht stellt sich, wenn eines Tages die Regierungsarchive aus den letzten Jahrzehnten geöffnet werden, heraus, dass es noch einige Situationen mehr gab als heute bekannt, wo Regierungen mit dem Gedanken an Krieg spielten, aber angesichts der Befürchtung, dass ihr Handeln auf viel Widerspruch in der Bevölkerung stoßen würde, darauf verzichteten?

Es wurden in dieser Kurzstudie recht unterschiedliche Bewegungen untersucht und miteinander verglichen. Im Rahmen einer größeren wissenschaftlichen Studie müssten sie zweifelsohne sauberer voneinander getrennt werden. Doch für den begrenzten Rahmen hier schien es gerade einladend, Friedensbewegungen in unterschiedlichen Kontexten zu betrachten, um zu sehen, ob sich tatsächlich kontextabhängige eindeutige Unterschiede in Bezug auf die Wirkungen der Bewegungen herausarbeiten ließen.

Das Fazit: Trotz aller Uneindeutigkeiten der Zuschreibung von Wirkungen und trotz der besonderen Schwierigkeiten, denen sich Friedensbewegungen gegenüber sehen: Es stimmt nicht, dass Friedensbewegungen noch nie einen Krieg verhindert oder gestoppt hätten oder zumindest wesentlich zu seiner Verhinderung, Deeskalation oder Beendigung beigetragen hätten.

⁹² Diese Hinweise auf Forschungsdesiderata verdanken wir Anne Dietrich.

Literatur

- Aboagye & Bah (2005) 'Introduction'. In: Aboagye, Festus and Bah, Alhaji M. S. (Hrsg.) (2005) *A Tortuous Road to Peace. The Dynamics of Regional, UN and International Humanitarian Interventions in Liberia*. Pretoria: Institute for Security Studies, S. 1-10
- Ackerman, Peter & Duvall, Jack (2000) *A Force more powerful. A century of nonviolent conflict*. New York: St. Martin's Press
- Ackerman, Peter & Kruegler, Christopher (1994) *Strategic Nonviolent Conflict. The Dynamics of the People Power in the Twentieth Century*. Westport / London: Praeger
- Adams, Nina S. (1992) 'The Women Who Left Them Behind'. In: Small and Hoover (Hrsg.) 1992:182-195
- Anderson, Terry H. (1992) 'The GI Movement and the Response from the Brass'. In: Small and Hoover (Hrsg.) 1992, S. 93-115
- Arnoldson, Klas Pontus. P. (1892) *Pax mundi : a concise account of the progress of the movement for peace by means of arbitration, neutralization, international law and disarmament : authorized English edition*, London
- Åselius, Gunnar (2005) 'Stormakterna och unionsupplösningen 1905'. In: Nilsson & Sørensen (Hrsg.) 2005: p 59-80
- Balkan Peace Team (1996/1997) *Protests in Belgrade and throughout Yugoslavia—1996/1997*. From the Balkan Peace Team, Belgrade, 10 December 1996 and, part II, 23 January 1997. Online: <http://www.hartford-hwp.com/archives/62/063.html> [16.7.2008]
- Barnes, Catherine (2007) 'CSOs, Peacebuilding and the Power of Partnerships'. In: van Tongeren, Paul and van Empel, Christine (Hrsg.) (2007) *Joint Action for Prevention. Civil Society and Government Cooperation on Conflict Prevention and Peacebuilding*. European Centre for Conflict Prevention. [Online] bei <http://conflict-prevention.net> [9.9.2008], S. 11-15
- Bekoe, Dorina A. (2008) *Implementing Peace Agreements. Lessons from Mozambique, Angola and Liberia*. New York: Palgrave
- Benedict, Hans-Jürgen (1977) 'Vom Protest zum Widerstand. Die Vietnamkriegs-Opposition in den USA und in der BRDÄ'. In: Steinweg, Reiner (Hrsg.) *Die Friedensbewegung. Friedensanalysen für Theorie und Praxis Bd. 4*, Frankfurt/Main: Suhrkamp Verlag, S. 79-106
- Benner, Thorsten and Blume, Till (2009) 'Ma Ellen': Afrikas erste Präsidentin kämpft für den Wiederaufbau des kriegsverwüsteten Landes Liberia'. In: Evangelisches Missionswerk in Deutschland (Hrsg.) 2009, S. 13-23
- Berg, Roald (2005) 'Krigsplaner och yrkesmilitärens hållning 1890-1905', in: Nilsson & Sørensen (Hrsg.) 2005: 225-244
- Beyna, Larry S.; Lund, Michael; Stacks, Stacy S.; Tuthill, Janet and Vondal, Patricia (2001) *The Effectiveness of Civil Society Initiatives in Controlling Violent Conflicts and Building Peace: A Study of Three Approaches in the Greater Horn of Africa. Synthesis Report on Key Findings and Lessons for Improving Practice*. Hrsg.: Management Systems International. [Online] bei http://www.usaid.gov/regions/afr/conflictweb/pbp_report.pdf [9.9.2008]
- BICC, FEST, IFSH, HSKF (2013) *Friedensgutachten 2013*. Hrsg. Marc von Boemcken, Ines-Jacqueline Werkner, Margret Johannsen und Bruno Schoch. Berlin: Lit Verlag
- Bittorf, Wilhelm (1990) 'Giftgas ging, Unrecht bleibt.' DER SPIEGEL 44/1990, S. 72-77
- Blom, Ida (2005) '1905 - ett glädjens år'. In: Nilsson & Sørensen (Hrsg.) 2005, S. 109-126
- Børresen, J. & Kristiansen, Tom (2005) *Levende breve fra de dodes rige. Admiral U. J. R. Børresens*

- dagboksopptegetninger 1896–1910*, Bergen, Eide Forlag.
- Børresen, Jacob (2004) 'Sjømilitære krigsforberedelser i ytre Oslofjord sommeren 1905'. *Borreminne*, S. 108-131.
- Børresen, Jacob (2005) Admiralstriden 1905-1909. *Borreminne*, p. 94-121.
- Boulding, Elise (1990) 'The Early Eighties Peak of the Peace Movement'. In: Marullo & Lofland 1990, S. 19-36
- Boutros-Ghali, Boutros (1992) *An Agenda For Peace. Preventive Diplomacy, Peacemaking and Peace-keeping. Report of the Secretary-General pursuant to the statement adopted by the Summit Meeting of the Security Council on 31 January 1992*. New York: United Nations
- Brock, Peter und Young, Nigel (1999) *Pacifism in the Twentieth Century*. Syracuse: Syracuse University Press
- Burch, Stuart (2005) 'Norway and 1905'. *History Today*, 55, 2-3
- Buro, Andreas (2005) *Die Friedensbewegung in der Bundesrepublik in ihren historischen Etappen*. <http://www.friedenskooperative.de/netzwerk/histo114.htm> [2.8.2013]
- Burrowes, Robert J., 'The Persian Gulf War and the Gulf Peace Team'. In: Moser-Puangsuwan & Weber 2000, S. 305-316
- Burstein, Paul (1999) 'Social Movements and Public Policy.' In: Giugni, Marco; McAdam, Doug and Tilly, Charles (Hrsg.) *How Social Movements Matter*. Minneapolis/London: University of Minnesota Press, S. 3-21
- Burstein, Paul und Freudenburg, William (1982) 'Ending the Vietnam War: Components of Change in Senate Voting on Vietnam War Bills'. In: *American Journal of Sociology* Vol 82, No 5, S. 991-1006
- Carter, April (1992) *Peace Movements. International Protest and World Politics Since 1945*. London & New York: Longman
- Carter, April (2011) 'People Power and Protest: The Literature on Civil Resistance in Historical Context'. In: Roberts & Ash, Timothy Garton (eds.) (2011²), S. 25-42
- Carter, April (2012) *People Power and Political Change. Key Issues and Concepts*. London / New York: Routledge
- Centre for Applied NonViolent Action & Strategies (2008) *10 Years of Nonviolent Conflict in Serbia*. Online: http://www.canvasopedia.org/content/serbian_case/nvc-serbia.htm [16.7.2008]
- Chatfield, Charles (1990) 'The Antiwar Movement and America.' In: DeBenedetti 1990, S. 387-408
- Chenoweth, Erica und Stephan, Maria J. (2011): *Why Civil Resistance Works. The Strategic Logic of Nonviolent Conflict*. New York: Colombia University Press
- Chossudovsky, Michel (2006) 'NATO's War of Aggression in Yugoslavia: Who are the War Criminals?' In: Global Research, March. [Online] available from www.globalresearch.ca/index.php?context=va&aid=2144 [7.6.2008]
- Chrisholm, Hugh (1911) *Encyclopædia Britannica* (11 ed.). Cambridge: Cambridge University Press
- Cortright, David (1992) 'GI Resistance During the Vietnam War'. In: Small and Hoover (Hrsg.) 1992, S. 116-128
- Cortright, David (2008) *Peace. A History of Movements and Ideas*. Cambridge: Cambridge University Press
- Danielsen, Rolf (2005) 'På moderationens grund. Några rättsliga och konstitutionella betraktelser över unionsupplösningen'. In: Nilsson & Sørensen (Hrsg.) 2005, S. 247-266

- Davies, Philip (1989) 'US Presidential Election Campaigns in the Vietnam Era'. In: Dumbrell 1989, S. 124-136
- De Ligt, Bart (1934) 'Efficacité de l'action directe. Des exemples probants'. In: La Patrie Humaine 12. Januar 1934, S. 2-3
- DeBenedetti, Charles, with Charles Chatfield (1990) *An American Ordeal. The Antiwar Movement of the Vietnam Era*. New York: Syracuse University Press
- Della Porta, Donatella; Kriesi, Hanspeter and Rucht, Dieter (Hrsg.) (2009²) *Social Movements in a Globalizing World*. Basingstroke: Palgrave Macmillan
- Dieterich, Johannes (2012) 'Das Ende des Kriegsfürsten'. In: Frankfurter Rudnschaun, 26.4.2012, <http://www.fr-online.de/politik/charles-taylor-vor-gericht-das-ende-des-kriegsfuersten,1472596,14993274.html> [16.8.2013]
- Due-Nielsen, Carsten (2005) 'Danmark levererade kungen'. In: Nilsson & Sørensen (Hrsg.) 2005: 91-106
- Due-Nielsen, Carsten (2005) 'Danmark levererade kungen'. In: Nilsson & Sørensen (Hrsg.) 2005, S. 91-106
- Düllfer, Jost ; Kröger, Martin und Wippich, Rolf-Harald (1997) *Vermiedene Kriege : Deeskalation von Konflikten der Großmächte zwischen Krimkrieg und Erstem Weltkrieg, 1865–1914*. Hrsg. Militärgeschichtliches Forschungsamt. München : R. Oldenbourg Verlag
- Dumbrell, John (1989a) 'Introduction'. In: Dumbrell 1989, S. 1-6
- Dumbrell, John (1989b) 'Congress and the Antiwar Movement'. In: Dumbrell 1989, S. 101-112
- Dumbrell, John (Hrsg.) (1989) *Vietnam and the Antiwar Movement. An International Perspective*. Aldershot u. a.: Avebury
- Echols, Alice (1992) 'Women Power and Women's Liberation. Exploring the Relationship Between the Antiwar Movement and the Women's Liberation Movement'. In: Small and Hoover (Hrsg.) 1992, S. 171-182
- Evangelisches Missionswerk in Deutschland (Hrsg.) (2009) *Liberia. Land der Freien – Last der Freiheit*. Hamburg:EMW
- Farber, David (1992) 'The Counterculture and the Antiwar Movement'. In: Small and Hoover (Hrsg.) 1992, S. 7-21
- Fernström, Karl (1950) *Ungsocialismen : en krönika*, Stockholm, Federativs förl.
- Fogelström, Per Anders (1971) *Kampen för fred. Berättelsen om en okänd folkerörelse*, Stockholm, Bonnier.
- Försvarsstaben, Krigshistoriska Avdelningen (1958) *Militärt kring 1905 : en skildring av militära förberedelser och åtgärder i samband med unionskrisen*, Stockholm
- Frey, Ulrich (2010a) 'Die Friedensbewegung der 1980er Jahre'. In: Friedensforum 13F/2010, S. 28 -30
- Frey, Ulrich (2010b) *Welche Rolle spielte die Friedensbewegung für den Fall der Mauer 1989 und das Ende der Blockkonfrontation?* <http://www.friedensforum.de/fix/dokumente/Welche%20Rolle%20spielte%20die%20%20Friedensbewegung%200f%FCr%201989%20und%20Ende%20der%20Blockkonforntation.pdf> [21.3.2013]
- FriedensForum 5-6/2001 bis 2/2013
- Friedrich, Rudi (1995) 'Internationales Deserteursnetzwerk'. In: Wette, Wolfram (Hrsg.) (1995) *Deserteure der Wehrmacht*. Hrsg. Wette, Wolfram. Essen:Klartext Verlag, S: 333-355

- Friedrich, Rudi. (1996) 'Arbeit mit Deserteuren und Kriegsdienstverweigerern'. In: *Jenseits der Gewalt. Arbeit für den Frieden in Ex-Jugoslavien*. Hrsg. Pax Christi. Idstein:Komzi-Verlag, S. 187-192
- Gäfvert, B. (2005) 'Unionskrisen - det svenska spioneriets pionjärtid'. In: Nilsson & Sørensen (Hrsg.) 2005: p. 207-224
- Gäfvert, Björn. (2005) 'Unionskrisen - det svenska spioneriets pionjärtid'. In: Nilsson & Sørensen (Hrsg.) 2005, S. 207-224
- Gamson, William (1990) *Strategy of Social Protest*. Belmont: Wadsworth
- Gamson, William A. (2003) 'Defining Movement „Success“'. In: Goodwin, Jeff & Jasper, James M. (Hrsg.) (2003) *The Social Movements Reader. Cases and Concepts*. Malden et al: Blackwell Publishers
- Garfinkle, Adam (1997) *Telltale Hearts. The Origins and Impact of the Vietnam Antimwar Movement*. New York: St. Martin's Griffin
- Gbowee, Leymah, with Carol Mithers (2011) *Mighty Be Our Powers. How Sisterhood, Prayer, and Sex Changed a Nation at War*. New York: Beast Books
- Gerdes, Felix (2011) *Liberia's Post-War Elite. A New Era of Inclusive Ownership or Old Wine in New Bottles?* Arbeitspapier 1/2011 des Instituts für Politikwissenschaft an der Universität Hamburg. <http://www.sozialwiss.uni-hamburg.de/publish/Ipw/Akuf/publ/AP2011-1.pdf> [24.4.2012]
- Giugni, Marco (1999) 'Introduction. How Social Movements Matter: Past Research, Present Problems, Future Developments.' In: Giugni, Marco, McAdam, Doug and Tilly, Charles (Hrsg.) *How Social Movements Matter*. Minneapolis/London: University of Minnesota Press: xiii-xxxiii
- Gjelsvik, Nikolaus (1905) 'Rigsakten som traktat.' In: *Samtiden*, 69-81
- Global Nonviolent Action Database <http://nvdatabase.swarthmore.edu/content/liberian-women-act-end-civil-war-2003>
- Goers, Oliver (o.D.) *Geschichte der bundesdeutschen Friedensbewegung*. Berlin: Arbeitskreis für Friedenspolitik – Atomwaffenfreies Europa
- Gräbener, Martin (1991) 'Der juristische Wüstensturm', *Friedensforum* 5/1991, S. 4-5.
- Graf Sponeck, Hans C. (2002) 'Die Sanktionen gegen den Irak sind ein Verstoß gegen die Genozid-Konvention. Die Lebensumstände der irakischen Bevölkerung sind erbärmlich.' *Frankfurter Rundschau* 7.2.2002, <http://www.ag-friedensforschung.de/regionen/Irak/sponeck3.html> [16.8.2012]
- Griffin-Nolan, Ed (1991) *Witness for Peace. A Story of Resistance*. Louisville: Westminster / John Knox Press
- Griffin-Nolan, Ed (2000) 'Witness for Peace'. In: Moser-Puangsuwan, Yeshua und Weber, Thomas (Hrsg.) *Nonviolent Intervention Across Borders, A Recurrent Vision*. Honolulu: Spark M. Matsunaga Institute for Peace, S. 279-304
- Hagen, Nils Ole (2002) *"Misforståelsene i 1905. Norsk og svensk arbeiderbevegelses samarbeid i unionskonflikten i 1905*. Hovedfag, University of Oslo
- Hall, Mitchell K. (1992) 'CALCAV and Religious Opposition to the Vietnam War'. In: Small and Hoover (Hrsg.) 1992, S. 35-52
- Hammar, Inger (2004) *För freden och rösträtten : kvinnorna och den svensk-norska unionens sista dagar*, Lund, Nordic Academic Press.
- Hammar, Inger 2005. 'Krig eller fred år 1905? Den svensk-norska unionsupplösningen ur ett kvinnoperspektiv.' *RIG - Kulturhistorisk tidskrift*, S. 88, 80-99

- Hänzel, Heiko und Stobbe, Heinz-Günter (2002) *Die deutsche Debatte um den Kosovo-Krieg: Schwerpunkte und Ergebnisse. Versuch einer Bilanz nach drei Jahren*. Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung, S. 86 ff
- Hansen, Reinhard (2009) ‚Die Rolle der Kirchen in den Kriegen Liberias‘. In: Evangelisches Missionswerk in Deutschland (Hrsg.) 2009, S. 149-158
- Heinemann-Grüder, Andreas und Bauer, Isabella (Hrsg.) (2013) *Zivile Konfliktbearbeitung. Vom Anspruch zur Wirklichkeit*. Opladen / Berlin / Toronto: Barbara Budrich
- Hipperson, Sarah (n.d.) *Greenham Common Women's Peace Camp. 1981–2000*.
<http://www.greenhamwpc.org.uk/> [3.7.2012]
- Holl, Karl (1988) *Pazifismus in Deutschland*. Edition Suhrkamp
- Horkildsen, D. (2005) Kyrkan och 1905. In: Nilsson & Sørensen (Hrsg.) 2005: p. 181-204
- Howard, Donna (2001) ‚2.2.1 Peace Teams‘, .In: Schweitzer, Christine, Howard, Donna, Junge, Mareike, Levine, Corey, Stieren, Carl and Wallis, Tim (2001) *Nonviolent Peaceforce Feasibility Study*. < <http://www.nonviolentpeaceforce.org/nonviolent-peaceforce-feasibility-study> > [3.7.2012]
- International Crisis Group (2002) *Liberia: The Key to Ending Regional Stability*. Africa Report N° 43, Freetown/Brussels
- Isserman, Maurice (1992) ‚You Don’t Need a Weatherman but a Postman Can be Helpful‘. In: Small and Hoover (Hrsg.) 1992, S. 22-34
- Jeffreys-Jones, Rhodri (1999) *Peace Now! American Society and the Ending of the Vietnam War*. New Haven / London: Yale University Press
- Jungar, Sune (2005) ‚Finländska opinioner kring en union i upplösning.‘. In: Nilsson & Sørensen (Hrsg.) 2005, S. 81-90
- Jürgs, Michael (2005) *Merry Christmas. Der kleine Frieden im Großen Krieg*. München: Goldmann
- Kolb, Felix (2005) *Protest, Opportunities, and Mechanisms. A Theory of Social Movements and Political Change*. Inaugural-Dissertation zur Erlangung des Doktorgrades am Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften der Freien Universität Berlin. Unpublished Ph. D thesis, Berlin
- Koopman, Ruud (2009) ‚Globalization or Still National Politics? A Comparison of Protests against the Gulf War in Germany, France, and the Netherlands‘. In: Della Porta, Donatella; Kriesi, Hanspeter and Rucht, Dieter (Hrsg.) (2009²) *Social Movements in a Globalizing World*. Basingstoke: Palgrave Macmillan, S. 57-70
- Krippendorff, Ekkehart (1985) *Staat und Krieg. Die historische Logik politischer Unvernunft*, Frankfurt a.Main: edition suhrkamp
- Küchenmeister, Thomas (2010) ‚Die Konventionen zum Verbot von Landminen und Streumunition. Ein Erfolg der Zivilgesellschaft?!‘. In: Friedensforum 1/2010, S. 39–41
- Kvinneaksjon for unionsoppløsning (n.d.) *Arkivverket*; accessed September 3, 2013
- Lawrence, Mark Atwood (2008) *The Vietnam War. A Concise International History*. Oxford / New York: Oxford University Press
- Leif, Thomas (1990) *Die strategische (Ohn-)macht der Friedensbewegung*. Opladen: Westdeutscher Verlag
- Leif, Thomas (2001) *Themen und Strategien im Spannungsfeld von basisdemokratischem Anspruch und Spektren-Interessen. Die Friedensbewegung der achtziger Jahre*.
<http://www.friedenskooperative.de/netzwerk/histo008.htm> [2.6.2012]
- Liebkecht, Karl P. A. F. 1973. *Militarism and anti-militarism, with special regard to the International Young Socialist Movement*, New York, Garland Pub. (Der deutsche Text kann im Internet ein-

- gesehen werden: <http://www.marxists.org/deutsch/archiv/liebknechtk/1907/mil-antimil/> [2.6.2012]
- Lindorfer, Simone (2009) ‚Frauen zwischen Opferstatus und Pragmatismus‘. In: Evangelisches- Missionswerk in Deutschland (Hrsg.) 2009, S. 29-34
- Lofland, John and Marullo, Sam (1990) ‚Introduction: Social Science and Peace Action in the Eighties‘. In: Marullo & Lofland 1990, S. 1-16
- MacDougall, John (1990), ‚Congress and the Campaign to Stop the MX Missile‘. In: Marullo & Lofland 1990, S. 180-190
- Magnusson, Leif (1988) *Fredskämpen : en bok om Klas Pontus Arnoldson : den förste svenske som fick Nobels fredspris*, Tumba, Stift. Sveriges invandrarinstitut och museum
- Martin, Brian (2011) *Backfire Manual. Tactics against Injustice*. <http://www.bmartin.cc/pubs/12bfm/12bfm.pdf> [2.6.2012]
- Marullo, Sam and Lofland, John (Hrsg.) (1990) *Peace Action in the Eighties. Social Science Perspectives*. Brunswick / London: Rutgers
- McGovern, George (1992) ‚Foreword‘. In: Small und Hoover (Hrsg.) 1992: xi-xiii
- McReynolds, David (1992) ‚Pacifists and the Vietnam Antiwar Movement‘. In: Small and Hoover (Hrsg.) 1992: 53-70
- Meyer, David S. (1999) ‚How the Cold War Was Really Won: The Effects of the Antinuclear-Movements of the 1980s.‘ In: Giugni, Marco, McAdam, Doug and Tilly, Charles (Hrsg.) *How Social Movements Matter*. Minneapolis/London: University of Minnesota Press, S. 182-203
- Meyrowitz, Elliott L. and Campbell, Kenneth J. (1992) ‚Vietnam Veterans and War Crimes Hearings‘. In: Small and Hoover (Hrsg.) 1992, S. 129-140
- Moser-Puangsuwan, Yeshua and Weber, Thomas (Hrsg.) (2000) *Nonviolent Intervention Across Borders. A Recurrent Vision*. Honolulu: Spark M. Matsunaga Institute for Peace
- Moyer, Bill (1987) *The Movement Action Plan. A Strategic Framework Describing the Eight States of Successful Social Movements*. <http://historyisaweapon.com/defcon1/moyermap.html> [28.7.2013]
- Muller, Jean-Marie (1999b) ‚Rétrouver les chemins de la paix.‘ In: Non-Violence Actualité No 236, June, 11
- Myhre, Jan Eivind (2012) *Norske historie 1814-1905 å bygge ein stat og skape ein nasjon*, Oslo, Det norske samlaget
- Nepstad, Sharon Erickson (2011) *Nonviolent Revolutions. Civil Resistance in the Late 20th Century*. Oxford: Oxford University Press
- Nielsen, Yngvar (1906) *Norge i 1905 : med en indledende oversigt over unionshistoriens niti aar*, Horten
- Nilsson, Torbjörn & Sørensen, Øystein (edsHrsg.) (2005) *1905 - unionsopløsningens år : nya perspektiv på ett svenske-norsket drama*. Stockholm: Carlsson
- Nordlund, K. (1905) *The Swedish-Norwegian union crisis a history with documents*, Upsala. Almqvist & Wiksell
- Oelerich, Thomas (2013) ‚„solidarisch?“ Gedanken zum Motto der diesjährigen Ökumenischen FriedensDekade‘, in: Friedensforum 4/2013, S. 10–11
- Ottosen, Morton N. (2005) *”Angreb kan tænkes rettet baade fra Land- og fra Søsiden” - Militære tiltak og vurderinger i Trøndelag 1890-1905*. MA, University of Oslo
- Overy, Bob (1982) *How Effective are Peace Movements?* Montreal: Harvest House

- Paffenholz, Thania (2010) ‚What Civil Society Can Contribute to Peacebuilding‘, .In: Paffenholz, Thania (Hrsg.) (2010) *Civil Society and Peacebuilding: A Critical Assessment*. Boulder: Lynne Rienner Publishers, S. 381-404
- Peace, Roger (2012) *A Call to Conscience. The Anti-Contra War Campaign*. Amherst and Boston: University of Massachusetts Press
- Pentz, Mike (1984) ‚Das nukleare Wettrüsten – eine neue Initiative ist jetzt dringend notwendig‘. *Wissenschaft & Frieden* 2/1984, [http://www.wissenschaft-und-frieden.de/seite.php?artikelID=0576_\[2.6.2012\]](http://www.wissenschaft-und-frieden.de/seite.php?artikelID=0576_[2.6.2012])
- Peterson, Jon (2011) ‚Peace Through Strength or Strength Through Peace? The Reagan Administration and the Nuclear Freeze Movement in 1982.‘ *Eras*, Edition 12, Issue 2, March 2011, pp. 1-32, [http://arts.monash.edu.au/publications/eras/edition-12-issue-2/articles/jpeterson.pdf_\[12.6.2014\]](http://arts.monash.edu.au/publications/eras/edition-12-issue-2/articles/jpeterson.pdf_[12.6.2014])
- Pilisuk, Marc and Gaddy, Ellen (2012) ‚Against So Much Money and Power, Can the Peace Movement Succeed?‘, .In: Pilisuk, Marc and Nagler, Michael N. (Hrsg.) (2011) *Peace Movements Worldwide*, Vol. 1, S. 236-254
- Raschke, Joachim (1988) *Soziale Bewegungen. Ein historisch-systematischer Grundriß*. Frankfurt / New York: Campus Verlag
- Rehn, Elisabeth and Sirleaf, Ellen Johnson (2002) *Women. War. Peace. The Independent Expert's Assessment on the Impact of Armed Conflict on Women and Women's Role in Peace-building*. New York: UNIFEM
- Rieker, Heinrich (2007) *Nicht schießen, wir schießen auch nicht! Versöhnung von Kriegsgegnern im Niemandsland 1914–18 und 1939–1945*. Bremen: Donat
- Risse-Kappen, Thomas (1988) *Null-Lösung, Entscheidungsprozesse zu den Mittelstreckenwaffen 1970 – 1987*. Frankfurt / New York: Campus Verlag. Hier verwendet wurde die englische Übersetzung: *The Zero Option. INF, West Germany, and Arms Control*. Boulder / London: Westview Press, 1988
- Risse-Kappen, Thomas (1995) ‚Vom Ost-West-Konflikt zur internationalen Unübersichtlichkeit‘. In: Risse-Kappen, Thomas; Wehling, Hans-Georg (Red.) (1995) *Sicherheitspolitik unter geänderten weltpolitischen Rahmenbedingungen*. Stuttgart u. a.: Kohlhammer, S. 10–25
- Roberts, Adam (2011) ‚Introduction‘, .In: Roberts & Ash (Hrsg.) (2011), S. 1-24
- Roberts, Adam und Ash, Timothy Garton (Hrsg..) (2011²) *Civil Resistance and Power Politics. The Experience of Non-violent Action from Gandhi to the Present*. Oxford: Oxford University Press
- Roggenbuck, Beate (1991) ‚Just say no – US-Golfkriegsverweigerer vor Gericht‘. In: *Friedensforum* 5/1991, S. 3
- Rohwedder, Jörg (2010) ‚Von gespaltenen Eliten und auslösenden Ereignissen‘. In: *Friedensforum* 1/2010, S. 26
- Rosenbrock, Christine (2007) *Liberia*. AKUF Kriege-Archiv. http://www.sozialwiss.uni-hamburg.de/publish/Ipw/Akuf/kriege/260_liberia.htm [20.4.2012]
- Rucht, Dieter (2007) ‚Engagement in sozialen Bewegungen. Voraussetzungen, Formen, Wirkungen.‘ In: Kolb, Felix (Hrsg.) *Damit sich was bewegt*. Hamburg: VSA Verlag, S.13–44
- Rudolf, Peter und Schaller, Christian (2012) *Targeted Killing – Zur völkerrechtlichen, ethischen und strategischen Problematik gezielten Tötens in der Terrorismus- und Aufstandsbekämpfung*. SWP Studie S1 . Berlin: SWP
- Schlichte, Klaus (2002) *Liberia*. AKUF Kriege-Archiv. [http://www.sozialwiss.uni-hamburg.de/publish/Ipw/Akuf/kriege/168_liberia.htm_\[20.4.2012\]](http://www.sozialwiss.uni-hamburg.de/publish/Ipw/Akuf/kriege/168_liberia.htm_[20.4.2012])

- Schlupp-Hauck, Wolfgang (2005) ‚Entwicklungen in der deutschen Anti-Atomwaffen-Bewegung‘, in: Friedensforum 1/2005, <http://www.friedenskooperative.de/ff/ff05/1-63.htm> [2.9.2013]
- Schock, Kurt (2005) *Unarmed Insurrections. People Power Movements in Nondemocracies*. Minneapolis: University of Minnesota Press
- Schreiber, E. M. (1976) ‚Anti-war demonstrations and American public opinion on the war in Vietnam‘. In: *British Journal of Sociology* Vol 27, No 2, June 1976, S. 225-236
- Schweitzer, Christine (2010) *Strategies of Intervention in Protracted Violent Conflicts by Civil Society Actors. The Example of Interventions in the Violent Conflicts in the Area of Former Yugoslavia, 1990–2002*. Vehrte: Soziopublishing. (Dissertation) Herunterzuladen bei: http://www.ifgk.de/oben/publikationen_all.htm [12.8.2012]
- Shapiro, Herbert (1989) ‚The Vietnam War and the American Historical Profession‘. In: Dumbrell 1989: 7-33
- Short, Anthony (1989) ‚Vietnam: Alternative Scripts.‘ In: Dumbrell 1989: 34-42
- Singe, Martin (2003) ‚Erste juristische Erfolge für Airbase-Blockierer‘. In: *Friedensforum* 4/2003, S. 3–4
- Small, Melvin (1984) ‚The Impact of the Antiwar Movement on Lyndon Johnson, 1965-68: A Preliminary Report‘. In: *Peace and Change* Vol X, No 1, Spring, S. 1-22
- Small, Melvin (1996) *Democracy and Diplomacy. The Impact of Domestic Politics on U.S. Foreign Policy, 1789–1994*. Baltimore / London: The John Hopkins University Press
- Small, Melvin and Hoover, William D. (Hrsg.) (1992) *Give Peace a Chance. Exploring the Vietnam Antwar Movement*. New York: Syracuse Press
- Sørensen, Øystein (2005) Vad kunde ha hänt? In: Nilsson & Sørensen (Hrsg.) 2005: p. 25-30
- Stay, Jochen (2003) ‚Die Kampagne "resist"‘. *Friedensforum* 1/2003, S. 24–25
- Stay, Jochen (2005) ‚Wo Recht zu Unrecht wird. Ziviler Ungehorsam in der Anti-AKW-Bewegung.‘. In: *Friedensforum* 5/2004
- Stephan, Maria J. and Chenoweth, Erica (2008) ‚Why Civil Resistance Works. The Strategic Logic of Nonviolent Conflict‘. In: *International Security*, Jg. 33, H. 33-1, S. 7–44
- Sternstein, Wolfgang (2013) ‚„Atomkraft nein danke!“ Der lange Weg zum Ausstieg. Brandes & Apsel. Frankfurt a. M.
- Stortinget. (1951) "De hemmelige møter i Stortinget 1905", Oslo
- Stråth, Bo (2005) *Union och demokrati : de förenade rikena Sverige och Norge 1814-1905*, Nora, Nya Doxa
- Strutynski, Peter (2007) ‚"Die Mehrheit der Bevölkerung lehnt diesen Einsatz ab"‘. In: *Junge Welt* 4. Juli 2007 (Beilage), <http://www.ag-friedensforschung.de/regionen/Afghanistan/strutynski4.html> [2.6.2012]
- Swordlow, Amy (1992) ‚Not My Son, Not Your Son, Not Their Sons‘. *Mothers Against the Vietnam Draft*. In: Small and Hoover (Hrsg.) 1992: 159-170
- Tempel, Konrad (2010) ‚Eine andere Welt ist möglich‘. In: *Friedensforum* 1/2010, S. 23–25
- Terjesen, Bjørn (2001) *Vi skiltes i fred : oppløsningen av den norske-svenske unionen i 1905*, Oslo, Universitetsforl.
- Thorkildsen, Dag (2005) ‚Kyrkan och 1905‘. In: Nilsson & Sørensen (Hrsg.) 2005: 181-204
- Tilly, Charles (1999) ‚From Interactions to Outcomes in Social Movements‘. In: Giugni, Marco, McAdam, Doug and Tilly, Charles (Hrsg.) *How Social Movements Matter*. Minneapolis

- olis/London: University of Minnesota Press, S. 253-270
- United Nations (2012) *UNMIL. United Nations Mission in Liberia*.
<http://www.un.org/en/peacekeeping/missions/unmil/> [26.4.2012]
- Wasmuht, Ulrike C. (1987) *Friedensbewegungen der 80er Jahre*. Gießen: Focus
- Weibull, Jörgen (1962) *Inför unionsupplösningen 1905 : konsulatfrågan*, Stockholm, Norstedt
- Wells, Tom (1994) *The War Within. America's Battle over Vietnam*. Berkeley u. a.: University of California Press
- William R. Berkowitz (1973) ‚The Impact of Anti-Vietnam Demonstrations Upon national Public Opinion and Military Indicators‘, *Soc. Sci. Res.*, vol 2, no 1 (march 1973), S. 1-14
- Wittich, Dietmar (2002) *Anhaltender Krieg und bleibende Skepsis. Spärliche Informationen, markige Sprüche und geteilte Meinungen in der Öffentlichkeit*. <http://www.ag-friedensforschung.de/themen/Medien/wittich.html> [2.6.2012]
- Wittner, Lawrence S. (1984) *Rebels Against War. The American Peace Movement, 1941–1984*. Philadelphia: Temple University Press
- Wittner, Lawrence S. (2007) ‚A Short History of Peace Action‘. In: Stassen, Glen Harold und Wittner, Lawrence S. (Hrsg.) (2007) *Peace Action. Past, Present and Future*. Boulder / London: Paradigm, S. 1–13
- Wolke, Lars Ericson (1999) Plikten framför allt. *Populär Historia*
- Wolke, Lars Ericson (2004) *Svenska knektar : indelta soldater, ryttare och båtsmän i krig och fred*, Lund, Historiska media.
- Wolke, Lars Ericson (2004) *Svenska knektar : indelta soldater, ryttare och båtsmän i krig och fred*, Lund, Historiska media.
- Zaborowski, Marcin (2009) ‚How did the Wall fall?‘ ISS Analysis.
http://www.iss.europa.eu/uploads/media/MZ_How_did_the_Wall_fall.pdf [2.6.2012]
- Ziemann, Benjamin (2008) ‚Situating Peace Movements in the Political Culture of the Cold War. Introduction‘. In: Ziemann, Benjamin (Hrsg.) (2008) *Peace Movements in Western Europe, Japan and the USA during the Cold War*. Essen: Klartext, S. 11-38
- Zunes, Stephan (2011) ‚The 1991 Gulf War and Aftermath‘. In: Pilisuk, Marc and Nagler, Michael N. (Hrsg.) (2011) *Peace Movements Worldwide*, Vol. 2, S. 354-367
- Zur Hölle mit dem Teufel – Frauen für ein freies Liberia*. Film von Gini Reticker und Abigail Disney, Begleitheft. Siehe auch: Film: <http://www.praythediavilbacktohell.com/v3/> [24.4.2012]

Danksagung

Die AutorInnen danken Martin Arnold, Anne Dietrich, Reinhard Eismann, Mirjam Mahler und Barbara Müller für das gründliche Gegenlesen und das Kommentieren dieses Arbeitspapiers.

Zu den AutorInnen

Christine Schweitzer ist wissenschaftliche Angestellte des *Instituts für Friedensarbeit und Gewaltfreie Konfliktaustragung* (www.ifgk.de) und befasst sich schwerpunktmäßig mit Themen ziviler Konfliktbearbeitung. Sie wohnt in Hamburg.

Email: CSchweitzerIFGK@aol.com

Jörgen Johansen ist Friedens- und Konfliktforscher aus Skandinavien. Er lebt seit vielen Jahren in Schweden und ist als Berater und Lehrbeauftragter an zahlreichen Institutionen in aller Welt tätig.

Email: johansen.jorgen@gmail.com

Publikationen des IFGK

Reihe „Studien zur Gewaltfreiheit“ im LIT-Verlag

Band 1: Barbara Müller: Passiver Widerstand im Ruhrkampf. Eine Fallstudie zur gewaltlosen zwischenstaatlichen Konfliktaustragung und ihren Erfolgsbedingungen. Diss. Berlin, Münster 1995. (530 Seiten; 19,50 € + Porto)

Band 2: Christian W. Büttner: Friedensbrigaden: Zivile Konfliktbearbeitung mit gewaltfreien Methoden. Münster 1995. (147 Seiten; 10 € + Porto)

Band 3: Uwe Painke: Ein Stadtteil macht mobil. Gemeinwesen gegen Gewaltkriminalität. Neighborhood Safety in den USA. Hamburg 2001. (504 Seiten, 20 €); ISBN 3-8258-5600-3.

Band 4: Burkhard Bläsi: Konflikttransformation durch Gütekraft. Interpersonale Veränderungsprozesse. Münster 2001. (ca. 200 Seiten, 10 €); ISBN 3-8258-5731-x. (Nur noch über den BSV zu beziehen)

Verfügbare Arbeitspapiere

Nr. 2: Albert Fuchs: Wie wird militärische Gewalt zur „friedensschaffenden Maßnahme“? Kognitionspsychologische Aspekte zur Beurteilung von Militäreinsätzen. Oktober 1995. (21 Seiten; 2,50 €)

Nr. 3: Barbara Müller: Zur Theorie und Praxis Sozialer Verteidigung. Februar 1996. (18 Seiten; 2,50 €)

Nr. 4: Barbara Müller und Christian W. Büttner: Optimierungschancen von Peacekeeping, Peacemaking und Peacebuilding durch gewaltfreie Interventionen? Studie zur methodischen und systematischen Operationalisierung dieser Fragestellung. Oktober 1996. (67 Seiten; 5 €)

Nr. 5: Liam Mahony und Enrique Eiguren: Internationale Begleitung zum Schutz von Menschenrechten – Szenarien, Ziele und Strategien (Übersetzung ins Deutsche: Barbara Müller). Juni 1997. (58 Seiten; 5 €)

Nr. 6: Barbara Müller und Christian Büttner: Optimizing Peacekeeping, Peacemaking and Peacebuilding through Nonviolent Intervention? A methodological and systematic operationalisation (Übersetzung ins Englische: Robin Kendon). Januar 1998. (67 Seiten; 5 €)

Nr. 8: Albert Fuchs: Wo bleibt die Moral bei der Geschichte? Parteizugehörigkeit und politisch-moralische Situationsbeurteilung als Determinanten der Entscheidung zum Einsatz der Bundeswehr in Ex-Jugoslawien. März 1998. (15 Seiten; 2,50 €)

Nr. 9: Achim Schmitz: Gewaltfreie Interventionen im ehemaligen Jugoslawien durch Organisationen der europäischen Friedensbewegung. Dezember 1998. (26 Seiten; 3,50 €)

Nr. 10: Albert Fuchs: Bundeswehr: Nicht unter "Generalverdacht", aber unter kritischem Blick. Warum sich die Gesellschaft für das Thema Bundeswehr und Rechtsextremismus besonders interessieren sollte und was Sozialwissenschaftler im Detail daran interessieren könnte. Januar 1999. (20 Seiten; 2,50 €)

Nr. 11: Christine Schweitzer: Krieg und Vertreibung im Kosovo – Ist die NATO Brandstifter oder Feuerwehr? Juni 1999. (27 Seiten; 3,50 €)

Nr. 12: Howard Clark: Kosovo: Vorbereitungen für die Zeit nach dem Krieg. Bericht für die Arbeitsgruppe Kosovo des Committee for Conflict Transformation Support. (Übersetzung ins Deutsche: Barbara Müller). Juni 1999. (28 Seiten; 3,50 €)

Nr. 13: Albert Fuchs und Claudia Schuchart: Gewaltwahrnehmung und Gewaltbegriff. Wie (un-)bestimmt ist der Alltagssprachgebrauch von „Gewalt“? Juli 2000. (24 Seiten; 3,50 €)

Nr. 14: Achim Schmitz: Kampagnen der Friedensbewegung der neunziger Jahre. Eine Analyse von Fallbeispielen. September 2000. (74 Seiten; 5 €)

Nr. 15: Albert Fuchs (unter Mitarbeit von Kristin Pösch). Rechtsextreme Orientierung, Gewaltakzeptanz und Gewalttätigkeit. Bei Schülern und Schülerinnen an Erfurter Regelschulen. Dezember 2000. (32 Seiten; 3,50 €)

Nr. 16: Martin Arnold: Gütekraft (Satjagrah): Thema für die Friedens- und Konfliktforschung. April 2001. (20 Seiten; 2,50 €)

Nr. 17: Barbara Müller: Möglichkeiten der Förderung von Friedensallianzen in Konfliktregionen durch externe Basisorganisationen. Bericht über ein Aktionsforschungsprojekt in Kroatien. Januar 2002. (48 Seiten; 4 €)

Nr. 18: Martin Arnold, Basistext: Was untersucht die Gütekraft-Forschung? Aus der Arbeitsgruppe Gütekraft. 2003. (34 Seiten; 3,50 €)

Nr. 19: Albert Fuchs: Kultur und Krieg. Juni 2003. (34 Seiten; 3,50 €)

Nr. 20: Barbara Müller und Christine Schweitzer: Zur Aktualität von Sozialer Verteidigung. Dokumentation eines Workshops von IFGK und BSV vom 15.-16. April 2005. 2006. (150 Seiten; 9,90 €)

Nr. 21: Jan Heider: Ein sozialphilosophisches Weiterdenken der Gütekraft. 2. Auflage 2007 (27 Seiten; 5 €)

- Nr. 22: Barbara Müller: Gewaltfreie Interventionen Planen und Anpassen (GIPA). Eine Handreichung. Januar 2007. (44 Seiten; 5 € + Porto)
- Nr. 23: Christine Schweitzer (Hrsg): Civilian Peacekeeping – A Barely Tapped Ressource. Januar 2010. (80 Seiten; 7,50 €)
- Nr. 24: Christine Schweitzer: Für eine Welt ohne Rüstung und Militär. Nachdenken über gewaltfreie Alternativen. September 201 (48 Seiten, 4,50 €)
- Nr. 25 Albert Fuchs, Zu 9/11 – nur politisch-mediale Konstruktionen? Ein meta-kritischer Versuch. April 2013. (37 Seiten, 4,- €)
- Nr. 26 Christine Schweitzer, Kriege verhindern oder stoppen. Der Beitrag von Friedensbewegungen. Vorabdruck Mai 2014 (82 S., 4 €)

Weitere Publikationen in (Mit-)Herausgeberschaft

- Christoph Besemer: Konflikte verstehen und lösen lernen. Ein Erklärungs- und Handlungsmodell zur Entwurzelung von Gewalt von Pat Patfoort. Mitherausgeber: Werkstatt für gewaltfreie Aktion, Baden. Heidelberg; Wahlenau. Juni 1999. (142 Seiten; 8 €)
- Howard Clark: Ziviler Widerstand im Kosovo. Mitherausgeber: Verlag Weber & Zucht, Kassel. 2003 (302 Seiten; 20 €)
- Barbara Müller: Balkan Peace Team 1994-2001. Mit Freiwilligenteams im gewaltfreien Einsatz in Krisenregionen. Mitherausgeber: Arbeit und Leben. Braunschweig 2004. (240 Seiten; 10 €)
- Barbara Müller: Konfliktbearbeitung und Friedensförderung Zugänge – Begriffe – Instrumente – Konzepte. 2005. ISBN 978-3-935431-30-9. CD-ROM, Sozio-Publishing (6 €)

Ausgewählte weitere Buch-Publikationen der MitarbeiterInnen

- Arnold, Martin und Knittel, Gudrun (Hrsg.) (1999) Gütekraft erforschen: Kraft der Gewaltfreiheit, Satyagraha, Strength to love. Minden: Versöhnungsbund e.V.
- Blum, Heike und Knittel, Gudrun (1994) Training zum gewaltfreien Eingreifen gegen Rassismus und rechtsextreme Gewalt. Köln: Kölner Trainingskollektiv für gewaltfreie Aktion und kreative Konfliktlösung
- Fuchs, Albert (2011) 'Für Recht und Frieden?' Beiträge zum pazifistischen Widerspruch, Belm-Vehrte: Sozio-Publishing
- Herwegh, Rolf und Knittel Gudrun (1995) Zuhause, eine europaweite Unterrichtskampagne zu Einwanderung, Flucht und Asyl. Hrsg.: Institut für empirische Psychologie und Sozialforschung e.V. Köln :Eigenverlag
- Müller, Barbara (2004) The Balkan Peace Team 1994–2001. Nonviolent Intervention in Crisis Areas with the Deployment of Volunteer Teams. Stuttgart: ibidem Verlag
- Schweitzer, Christine, Aust, Björn und Schlotter, Peter (Hrsg) (2004) Demokratien im Krieg. AFK-Friedensschriften Band 31, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft
- Sommer, Gert und Fuchs, Albert (Hrsg.) (2004) Krieg und Frieden. Handbuch der Konflikt- und Friedenspsychologie. Weinheim/Basel/Berlin: Beltz Verlag
- Schweitzer, Christine (2009) Erfolgreich gewaltfrei. Professionelle Praxis in ziviler Friedensförderung. Hrsg. IFA, Berlin: IFA. [Online] bei <http://www.ifa.de/pub/dokumentationen/zivik-zivile-konfliktbearbeitung/>
- Schweitzer, Christine (2009) Rekrutierung und Qualifizierung von Personal im Zivilen Friedensdienst. [Online] bei http://www.forumzfd-akademie.de/files/va_media/nid2882.media_filename.pdf
- Schweitzer, Christine (2009) Strategies of Intervention in Protracted Violent Conflicts by Civil Society Actors. The Example of Interventions in the Violent Conflicts in the Area of Former Yugoslavia, 1990–2002 (Dissertation) Herunterzuladen bei: http://www.ifgk.de/oben/publikationen_all.htm.

(alle Preise zuzüglich Versandkosten)